

Inhalt

PRÄAMBEL.....	5
Bildung, Jugend, Information, Sport.....	13
Demokratie und Kontrolle.....	24
Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke	26
Gesundheit und Soziales	33
Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz, Personal.....	38
Internationales Wien	45
Kultur und Wissenschaft	48
Sicheres Wien	56
Stadtentwicklung und Verkehr	57
Umwelt und Klimaschutz.....	66
Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung.....	73

PRÄAMBEL

Die Wiener SPÖ und die GRÜNEN Wien kommen überein, das vorliegende, gemeinsam erarbeitete Programm für Wien in den kommenden fünf Jahren (von 2010 bis 2015) zu verwirklichen, und gehen für diesen Zweck für die kommende Legislaturperiode eine Koalition ein. Diese Kooperation ist ein Österreichweit bislang einzigartiges Projekt. Nach vielen anderen europäischen Städten wie München, Köln, Zürich, Barcelona oder Paris gehen beide Parteien auch in Wien ein rot-grünes Bündnis ein, das sich den Herausforderungen der Gegenwart stellt und konkrete Wege für die Zukunft ebnet.

Wien hat gute Voraussetzungen, seine Position als eine der lebenswertesten Städte der Welt auch im 21. Jahrhundert zu festigen: eine hohe wirtschaftliche Leistungskraft, ein hohes Beschäftigungsniveau, ein vielfältiges Bildungsangebot, eine hohe Forschungsquote und eine leistungsfähige Infrastruktur. Ein wachsendes Wohnungsangebot, ein dicht ausgebautes soziales Netz, eine hohe Qualität im Gesundheitswesen, zukunftsweisende Umweltstandards, ein hohes Sicherheitsniveau und einen weltweit anerkannten Ruf Wiens als Kulturmetropole gehören ebenfalls zu den wichtigen Voraussetzungen, auf denen Wien aufbauen kann. Wien hat dabei dank vieler Errungenschaften der Vergangenheit und seines größten Potentials, nämlich der Wienerinnen und Wiener, eine gute Ausgangsposition, die Herausforderungen der Gegenwart erfolgreich zu bewältigen. Wien hat in seiner Geschichte oft bewiesen, dass es zu Aufbruch und Innovation fähig ist – und diese Tradition setzen Wiener SPÖ und die GRÜNEN Wien mit einer rot-grünen Stadtregierung im 21. Jahrhundert fort.

Die nächsten fünf Jahre bergen große Herausforderungen – und große Chancen für eine aktive, zukunftsorientierte Politik.

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlässt immer noch tiefe Spuren und erfordert weiterhin aktive Maßnahmen im Sinne von Beschäftigung und Wohlstand.
- Der Klimawandel und die Energiekrise verlangen nach einer kommunalen Strategie, die auf Energieeffizienz, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und erneuerbare Energie setzt und dabei „Grüne Jobs“ bzw. neue wirtschaftliche Möglichkeiten schafft.
- In Zeiten von Sparbudgets sind soziale Gerechtigkeit und eine Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau zu gewährleisten und weiterzuentwickeln.
- Der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Chancen künftiger Generationen auf eine zukunftsorientierte Bildung, gute und sichere Arbeit, ausreichend Einkommen und eine im umfassendsten Sinn hohe Lebensqualität müssen gesichert werden.
- Bildung ist der wesentliche Schlüssel zur Zukunft. Jedes Kind soll unabhängig von Einkommen, Herkunft, Sprachkompetenz und Bildung der Eltern die Chancen auf beste Bildung und Ausbildung haben.
- Die weitere Stärkung der Stadt als Wirtschaftsstandort ist Basis für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut sein.
- Der Strukturwandel in vielen Bereichen der Wirtschaft wird genutzt, um die Modernisierung ökologisch und nachhaltig zu gestalten und so zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Gemeinsam für die Zukunft arbeiten

Nach der Landtags- und Gemeinderatswahl am 10. Oktober 2010 haben Wiener SPÖ und die GRÜNEN Wien Gespräche zur Bildung einer gemeinsamen Koalition aufgenommen. Das vorliegende Regierungsübereinkommen ist Ergebnis dieser Gespräche und stellt für die kommenden Jahre die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den beiden Fraktionen dar.

In einer zukunftsweisenden Zusammenarbeit stellen sich die Wiener SPÖ und die GRÜNEN Wien der großen Aufgabe, wirtschaftlichen Erfolg mit sozialen und ökologischen Zielen zu verbinden. Die Zusammenarbeit zwischen der Wiener SPÖ und den GRÜNEN Wien steht

daher ebenso für wirtschaftliche Stabilität, Zukunftschancen und soziale Gerechtigkeit wie für ökologische Modernisierung und die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. All das sind die entscheidenden Grundlagen für den Erhalt einer hohen Lebensqualität und ein friedliches Zusammenleben aller in Wien. Damit wird die solidarische Gesellschaft in Wien gestärkt und Zukunft und Sicherheit für alle gewährleistet.

Die Festlegungen im Rahmen dieses Regierungsübereinkommens sind als gemeinsame Willenserklärung beider Partner partei- und ressortübergreifend und gelten daher für alle Mitglieder der neuen Stadtregierung gleichermaßen. Die vereinbarten Ziele und Vorhaben werden von den Koalitionspartnern gemeinsam erarbeitet und gemeinsam in der Öffentlichkeit und gegenüber ihren Parteigremien vertreten. Zu diesen Sachbereichen gehören insbesondere auch Fragen der Verfassung, der Geschäftsordnung, die Beschlussfassung über Voranschlag und Rechnungsabschluss der Stadt Wien, der Wirtschaftsplan und der Rechnungsabschluss der Unternehmen und Unternehmungen sowie alle im vorliegenden Arbeitsübereinkommen festgelegten Vorhaben.

Die KoalitionspartnerInnen vereinbaren für die kommende Legislaturperiode eine nachhaltige Budgetpolitik mit dem Ziel eines stabilen Haushalts der Stadt Wien. Das bedeutet, antizyklische Investitionen in Krisenjahren und (wie auch in der Vergangenheit) Schuldentilgung in wirtschaftlich prosperierenden Jahren.

GEMEINSAME WEGE...

...für Wien als Stadt der Bildung und des Wissens

Kindern und Jugendlichen ist die bestmögliche Bildung und Ausbildung in allen Bereichen anzubieten. Der Zugang zu Bildung (vom Kindergarten bis zur Universität) und Ausbildung muss gefördert und darf nicht durch finanzielle und gesellschaftliche Barrieren behindert werden. In Wien muss jedes Kind unabhängig von Einkommen, Herkunft, Sprachkompetenz und Bildung der Eltern die Chancen auf beste Bildung und Ausbildung haben. Jedes Kind soll in Wien Zugang zu erstklassigen öffentlichen Schulen haben, denn die Förderung von Interessen bzw. Talenten und der Abbau von Lernschwächen sind besser als teure Nachhilfe.

Die Spitzenstellung Wiens in der Kinderbetreuung wird weiter ausgebaut. Wien setzt verstärkt auf die Förderung der Sprachkompetenz im Kindergarten. Das Barcelona-Ziel bei den 0-3-Jährigen wird in 2 Jahren erreicht, bei den 1-3-Jährigen schafft Wien einen Versorgungsgrad von 50% und baut damit seine Spitzenposition in Österreich im Bereich der Kinderbetreuung weiter aus. Den ganztägigen Schulformen gehört die Zukunft in der Bildung. Sie werden flächendeckend und als Campus-Modell angeboten. In Wien soll die gemeinsame Schule für alle 6-15 Jährigen eingeführt werden und alle AHS- und Hauptschulstandorte als „Neue Mittelschule“ geführt werden. Alle Kinder sollen bei Schuleintritt über ausreichende Deutsch-Kenntnisse verfügen. 50 zusätzliche Mehrstufenklassen werden geschaffen. Die flächendeckende Betreuung durch SchulsozialarbeiterInnen wird sichergestellt. Ziel ist, dass kein junger Mensch die Schule verlässt ohne die Grundkompetenzen (lesen, rechnen, schreiben) ausreichend erlernt zu haben. Die Sport- und Bewegungsangebote im Kindergarten und in der Schule werden ausgebaut und fix in den Alltag integriert.

Wien ist Wissenschafts- und Universitätsstadt. Die Stadt Wien nimmt durch nachhaltige Wissenschaftspolitik ihre Verantwortung für ein offenes Forschungsklima, Interdisziplinarität und Internationalität wahr. Um die zentralen Herausforderungen für die politische Gestaltung einer Großstadt im 21. Jahrhundert besser zu verstehen und darauf basierend zu planen, investiert Wien in der Wissenschaft in Zukunftsfelder und den wissenschaftlichen Nachwuchs.

...für Wien als Stadt der Chancen und Zukunft

Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei. Deshalb soll weiter investiert werden, wobei die Prioritäten Arbeitsplätze für die Menschen, Aufträge für die Wirtschaft und Ausbildung für die jungen Menschen liegen sollen. Die Stadt Wien positioniert sich im internationalen Kontext als Qualitätswettbewerberin und setzt auf Zukunftsbranchen wie Life Sciences, Information-Kommunikation, Medien, Creative Industries, Umwelt- und Energietechnologien. Ein spezielles Augenmerk gilt der Aus- und Weiterbildung aller Wienerinnen und Wiener und der Schaffung von Öko-Jobs.

Wien wächst und braucht eine vorausschauende Stadtplanung auf Grundlage eines neuen Stadtentwicklungsplanes 2015. Der erforderliche Wohnraum soll durch innere und äußere Stadterweiterung entstehen. Die Gestaltung des öffentlichen Raums bestimmt maßgeblich die Lebensqualität. Ein neues Verkehrskonzept 2013 soll auf die geänderten Rahmenbedingungen eingehen, der öffentliche Verkehr, die Parkraumbewirtschaftung, aber auch Wohnsammelgaragen sollen weiter ausgebaut werden. BürgerInneninformation und -beteiligung hat einen hohen Stellenwert in der Stadtplanung.

...für Wien als Umwelt- und Klimaschutz-Metropole

In Wien werden ökologische Vorzeigemodelle zum Standard. Durch Energieeffizienz auf allen Ebenen, Förderprogramme für erneuerbare Energieträger und Innovationen beim Umwelt- und Klimaschutz werden Grüne Jobs geschaffen und die Treibhausgase im Sinne der Klimaschutz-Ziele reduziert. Der „Umweltverbund“, Öffentlicher Verkehr (ÖV) sowie Rad- und Fußgängerverkehr, sollen konsequent gefördert werden. Ziel ist es den Motorisierten Individualverkehr in Wien um rund ein Drittel zu reduzieren, den ÖV-Anteil auf 40% bzw. den Radverkehrsanteil von 5 auf 10% zu steigern. Der Anteil des Fußgängerverkehrs soll vom derzeitigen hohen Niveau ausgehend noch verbessert werden. Wien verstärkt die Bemühungen im Kampf gegen grenznahe Atomkraftwerke und die Renaissance der Atomkraft in Europa.

Auch der Stadtplanung liegen Nachhaltigkeitskriterien zu Grunde, die hohe Lebensqualität, Grünraumnähe und Attraktivität garantieren. Insbesondere der Grünraum soll forciert werden. 10 Parks pro Jahr werden modernisiert, umgebaut, vergrößert oder neu geschaffen. Angestrebt wird ein Nachbarschafts-/Grätzeltgarten in jedem Bezirk und ein Schulgarten pro Bezirk.

Wien wird ökologisch und sozial nachhaltig bauen. Geförderte Wohnbauten in verbessertem Niedrigenergiestandard, in Passivhausstandard und der Einsatz des ökologischen Baustoffs Holz und von Solarenergie sollen auch in den kommenden Jahren für einen verbesserten Klimaschutz und niedrige Heizkosten für die MieterInnen sorgen. 300.000m² Kollektorfläche thermische Solaranlagen werden entsprechend dem Ziel des Klimaschutz-Programm II (KLIP) bis 2020 installiert und durch weitere legislative Maßnahmen sowie den Abbau von Hemmnissen forciert. Eine Sanierungsoffensive über die gesamte Regierungsperiode im Gemeindebau wie auch die Förderungsmittel für thermischer Sanierung dienen dem Klimaschutz, der Energie- und Kosteneinsparung der MieterInnen und nachhaltiger Beschäftigung.

Sowohl bei der Müllentsorgung als auch bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung setzt Wien auf kommunale Versorger, die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge bleiben in Händen der Stadt Wien.

...für ein weltoffenes Wien, das auf Vielfalt und gemeinsame Verantwortung baut

Wien begreift die Vielfalt als Chance und Notwendigkeit für eine prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft. Ziel ist es daher, dass alle Menschen in dieser Stadt in Vielfalt respektvoll zusammenleben, eine gemeinsame Sprache sprechen können, getragen von einer klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Weil Wien für gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt steht, begleitet und unterstützt es die Wienerinnen und Wiener für ein funktionierendes Miteinander. Die zentralen Wertvorstellungen unserer Gesellschaft und die Spielregeln für ein gutes Zusammenleben in Wien werden in der "Wiener Charta des Zusammenlebens" formuliert. Die Inhalte dieser Charta werden allen Wienerinnen und Wienern bekannt gemacht. NeuzuwanderInnen werden durch „Start Wien“ begleitet und unterstützt. Eine Vereinbarung namens „Wiener Vertrag“ wird als Willkommensgeste und feierliche Eingliederung in die Stadt Wien eingeführt.

Die gemeinsame Sprache ist der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben. Wien setzt konsequent seine Sprachoffensive mit leistbaren und leichtzugänglichen Deutschkursen fort. Diversitätsorientierte Projekte im öffentlichen Raum helfen die Spielregeln des Zusammenlebens zu vermitteln, Konflikte zu vermeiden bzw. zu lösen. Weil Wien den sozialen Aufstieg für alle will, garantieren wir gleiche Chancen zu Bildung und Arbeit. Alle BürgerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, sollen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Stadt haben.

Weltoffenheit und Vielfalt prägt auch die Kulturpolitik der Stadt. Kulturpolitik ist Arbeit am Stadtprofil. Wien im 21. Jahrhundert – das ist nicht die Verwaltung des eigenen kulturellen Erbes, sondern dessen avancierte, kritische und vielfältige Entwicklung. Wir stehen daher für eine starke öffentliche Kulturfinanzierung, die nicht dem Marktdiktat, sondern Qualitätskriterien verpflichtet ist. Die migrantische Realität unserer Gesellschaft muss sich jenseits der Nischen widerspiegeln. Daher sehen wir Migrant Mainstreaming und Interkulturalität im Sinne einer aktiven Einbeziehung aller kulturellen Identitäten in das kulturelle Leben in Wien als eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturpolitik. Der Zugang zu Kunst und Kultur muss für alle Menschen verbessert und verbreitert werden.

...für ein soziales Wien mit bester Gesundheitsversorgung

Eine starke Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie sehr sie sich der Bedürfnisse von Menschen in schwierigen Lebenslagen annimmt. Wien setzt in die Armutsbekämpfung hohe Priorität. Das rot-grüne Wien bekämpft Kinderarmut: Die Mindestsicherung für alle Wiener Kinder wird deutlich erhöht und eine Kinderaktivcard eingeführt.

Vor allem soziale Dienstleistungen wirken als konkrete Armutsprävention, weil sozial benachteiligte Gruppen überproportional von ihnen profitieren: Ein starkes öffentliches Spitalswesen, das starke öffentliche Bildungswesen und der beitragsfreie Kindergarten, der leistbare öffentliche Verkehr, das starke städtische Engagement beim Wohnen – so bekämpft die Stadt Wien Armut. Die Wiener Stadtpolitik arbeitet stetig daran, die angebotenen sozialen Dienstleistungen noch kundInnen-, service- und bedarfsorientierter zugänglich zu machen.

Damit die BürgerInnen dieser Stadt gesund sind, braucht es nicht nur gute medizinische und pflegerische Leistungen, sondern eine gesundheitsfördernde Lebenswelt. Daher setzt Wien auf gesundheitsfördernde und –erhaltende Impulse. Das wichtigste Ziel in der Gesundheitspolitik der Stadt Wien ist daher die Sicherstellung der besten medizinischen Versorgung für alle WienerInnen, unabhängig von Einkommen, Alter, Herkunft oder Geschlecht. Der Ausbau der Vielfalt bei den Pflege- und Betreuungsangeboten und Sachleistungen wird fortgesetzt. Bis 2015 wird die Zahl der stationären Pflegeplätze auf 10.000 erhöht. Zentral für die Erhaltung der guten Angebote wird die Nutzung von Synergien zwischen Trägern sein – ebenso wie die weitere Entwicklung ihrer jeweiligen Stärken. Der Bau des Krankenhauses Nord wird am Ende der Legislaturperiode abgeschlossen sein. Damit verbunden ist die Umsetzung,

Evaluierung und Weiterentwicklung des Regionalen Strukturplans Gesundheit. Schwerpunkte werden dabei auf den weiteren Abbau von Akutbetten, die psychiatrische Versorgung und auf den Ausbau von Tageskliniken gelegt.

...für demokratische Mitbestimmung und Beteiligung

Das Wahlrecht in Wien, die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen sowie die parlamentarischen Kontrollinstrumentarien sollen weiter verbessert werden. Dazu gehört unter anderem ein modernes Verhältniswahlrecht. In den Geschäftsordnungen von Landtag, Gemeinderat und Bezirksvertretungen werden die Minderheitsrechte gestärkt. Ein Petitionsrecht wird eingeführt.

Wien bekennt sich zur Wichtigkeit der demokratischen Mitbestimmung der Bevölkerung in Politik und Verwaltung und fördert die aktive Beteiligung der BürgerInnen und damit die Bildung einer lebendigen Zivilgesellschaft. Die Möglichkeiten der partizipativen Demokratie werden weiterentwickelt und ausgebaut. So werden z.B. BürgerInnenversammlungen und Beteiligungsmodelle auf Bezirks- und Grätzelebene leichter initiiierbar sein und gefördert, Volksbefragungen häufiger eingesetzt und auch in Bezirken oder Grätzeln möglich gemacht werden. Die Lokale Agenda 21 wird weiterentwickelt werden.

...für ein sicheres und lebenswertes Wien

Wien soll den Menschen umfassende Sicherheit in allen Lebenslagen geben, eine in allen Bereichen lebenswerte und auch sichere Stadt sein. Sicher leben heißt soziale Sicherheit ebenso wie Schutz vor Natur- und Umweltkatastrophen, vor Energiekrisen, aber auch vor politischer Gewalt und Kriminalität.

In den kommenden Jahren geht es einerseits darum, Wien – in Zusammenarbeit und mit Unterstützung durch die Bundesregierung - sicher zu halten und dort sicher zu machen, wo es notwendig ist. Neben diesem Schutz vor Kriminalität, der Polizeiaufgabe ist, wird die Stadt ihre Aufgaben zur Sicherstellung einer von der Bevölkerung gewünschten Sauberkeit und Ordnung in unterschiedlichsten Lebensräumen wahrnehmen. Wien ist auch Stadt der Menschenrechte. Ein regelmäßiges Dialogforum "Sicherheitspolitik und Menschenrechte" zwischen NGOs, Menschenrechtsorganisationen, Polizei, Sozialarbeit etc. wird eingerichtet.

...für Gleichberechtigung

Jede Frau und jedes Mädchen soll in Wien sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können. Geschlechtergerechtigkeit soll umgesetzt und Diskriminierung von Frauen beseitigt werden. Wien fördert Frauen in allen Bereichen der Politik und Verwaltung und ermöglicht die bessere Partizipation und Teilhabe von Frauen. Um dieses Ziel zu erreichen, tragen alle Geschäftsgruppen dazu bei, denn Frauenpolitik ist Querschnittspolitik. Frauen und Mädchen sollen ihre Rolle selbst bestimmen können, frei von Gewalt leben können. Halbe/Halbe soll Realität werden; Frauen in Arbeit und Wirtschaft gleiche Chancen bei beruflichem Aufstieg, der Aus- und Weiterbildung sowie gleiches Einkommen wie Männer haben. Wien bezieht Unternehmen in die Verantwortung für Gleichstellung aktiv mit ein. Wien unterstützt unabhängige Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen und feministische Projekte und arbeitet grenzüberschreitend mit Fraueneinrichtungen und ExpertInnen aus ganz Europa zusammen. Gender Mainstreaming ist verpflichtend in allen Verwaltungsbereichen umzusetzen. Dabei darf Gender Mainstreaming die aktive Frauenförderung nicht ersetzen. Ein Wiener Gleichstellungsmonitor dient als Grundlage für die stetige Weiterentwicklung von Frauenfördermaßnahmen in Wien.

Wien ist eine Stadt der Offenheit und des gegenseitigen Respekts, in der alle ihre Lebens- und Liebesmodelle frei wählen können. Homophobie und Transphobie haben in dieser Stadt

keinen Platz. Die eingetragene PartnerInnenschaft ist ein erster wichtiger Schritt. Die Stadt bekennt sich zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtlich Liebende und tritt für die umfassende rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien ein. Im Sinne der Vielfalt und Akzeptanz wird Wien die eigenen Leistungen und Maßnahmen zusammenfassen und aufbauend auf diesen Erkenntnissen stetig weiterentwickeln (z.B. Schulungsmaßnahmen, Sensibilisierungsmaßnahmen im Altenpflegebereich, Gewaltprävention usw.).

...für eine starke internationale Rolle der Weltstadt Wien

Wien ist bis heute Brücke in Europa. Als Konferenzstadt, als wachsende Stadt mit ZuwanderInnen mit vielfältigem kulturellem Hintergrund, nutzt Wien die Standortvorteile einer Weltstadt zur Positionierung als Stadt der Kooperation. Die internationalen Aktivitäten der Stadt müssen aber weit über die EU hinausreichen, um Arbeitsplätze zu sichern, Wiens Position als Drehscheibe für Mittel- und Osteuropa zu stärken, weitere internationale Unternehmungen anzusiedeln, die Wirtschaft weiter zu internationalisieren, Wiens Stadttechnologien international zu vermarkten, den Tourismus zu fördern und letztlich auch – etwa durch Entwicklungszusammenarbeit – weltweit Armut zu bekämpfen und Gleichstellung zu fördern sowie Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung zu liefern. Europapolitik wird auf eine breite Basis gestellt: Etwa durch einen Gemeinderats-Ausschuss für Europäische und Internationale Angelegenheiten und dem Rederecht von Österreichs EuropaparlamentarierInnen zu europapolitischen Themen im Gemeinderat. Der europapolitische Dialog mit der Zivilgesellschaft wird intensiviert, z.B. durch die Einrichtung eines jährlichen „Wiener Europadialogs“. Wien soll seine Rolle im Donauraum noch stärker als bisher wahrnehmen durch ein starkes Engagement in der in Aufbau befindlichen Donauraum-Region + Schwarzmeer-Region (Donauraumstrategie der EU).

Gemeinsames Arbeitsprogramm 2010 – 2015

Stadt der Bildung und des Wissens

Wien wird Bildungshauptstadt!

Wien ist eine Bildungsmetropole, in der jeder alles lernen kann und damit ein Leben voller Chancen vor sich hat. Wien soll die Stadt mit dem fortschrittlichsten Bildungssystem Europas werden und die besten Weiterbildungsmöglichkeiten bieten.

Kindern und Jugendlichen ist die bestmögliche Bildung und Ausbildung in allen Bereichen anzubieten. Das Fundament einer guten Zukunft für die Jugend und somit für die Gesellschaft insgesamt kann nur in der Gegenwart gelegt werden. Der Zugang zu Bildung (vom Kindergarten bis zur Universität) und Ausbildung muss gefördert und darf nicht durch finanzielle und gesellschaftliche Barrieren behindert werden. In Wien muss jedes Kind unabhängig von Einkommen, Herkunft, Sprachkompetenz und Bildung der Eltern die Chancen auf beste Bildung und Ausbildung haben. Keinem Kind werden die Zugänge zu Bildung verschlossen bleiben. Je höher die Bildung, umso geringer das Risiko, arbeitslos zu werden, und umso höher die Chance auf besseres Einkommen. Einzig die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen wahrt den gesellschaftlichen Frieden. Die Stadtregierung verwirklicht daher in der Bildungspolitik das „Modell Wien“ – die Stadt der Bildung und des Wissens.

Kindergarten – Die erste Bildungseinrichtung

Rot-Grün in Wien bedeutet:

- Die Spitzenstellung Wiens in der Kinderbetreuung wird weiter ausgebaut.
- Wien setzt verstärkt auf die Förderung der Sprachkompetenz im Kindergarten.
- Das Barcelona-Ziel bei den 0-3-Jährigen wird in 2 Jahren erreicht, bei den 1-3-Jährigen schafft Wien einen Versorgungsgrad von 50%.
- Neue Ausbildungsmodelle für PädagogInnen werden ausgeweitet und für private Träger geöffnet.

Wir verstehen den Kindergarten als eine erste wichtige Bildungseinrichtung, wo Kinder spielerisch sehr Vieles lernen. Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die ganztägige Kinderbetreuung weiterhin ein zentrales Anliegen. Die städtischen Kindergärten bilden gemeinsam mit den privaten gemeinnützigen Vereinen die tragende Säule der Kinderbetreuung.

Beitragsfeier Kindergarten

Mit der Einführung des beitragsfreien Kindergartens wurde eine Vision verwirklicht, die beibehalten wird.

Ausbau des Platzangebotes

Neben ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung gehen von Kindertageseinrichtungen positive ökonomische Effekte für Familien und für die Gesamtwirtschaft aus. Zum einen sichern die Personal- und Sachaufwendungen der Kindertageseinrichtungen Beschäftigung und tragen zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Zum anderen beeinflusst das Angebot an außerhäuslicher Kinderbetreuung die aktive Erwerbsbeteiligung von Eltern und den Familien fließt ein höheres Einkommen zu.

Die Stadt Wien wird den Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes weiter forcieren und ihren Schwerpunkt insbesondere in der Erweiterung des Platzangebotes für Krippenkinder setzen. Der regionalen Versorgungssituation kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Hierfür

wird ein regionaler Versorgungsplan erarbeitet um zielgerichtet dort Plätze zu schaffen, wo sie benötigt werden.

Als Zielsetzung gilt die Erreichung des Barcelona-Ziels mit einem Versorgungsgrad von 33% bei den 0-3-Jährigen. Bei den 1-3-Jährigen hat Wien derzeit einen Versorgungsgrad von rund 42%. Die Stadtregierung peilt nach Maßgabe der budgetären Mittel in dieser Zielgruppe eine Versorgung von 50% an.

Für den Berufswiedereinstieg ist die Kinderbetreuung eine wichtige Voraussetzung. Wien stellt sicher, dass WiedereinsteigerInnen bzw. KarenzrückkehrerInnen spätestens 8 Wochen vor Arbeitsbeginn eine Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt bekommen. Die Berufstätigkeit der Eltern ist bei der Platzvergabe ein Prioritätskriterium, die Nicht-Berufstätigkeit jedoch kein Ausschließungskriterium.

Um Betriebe und Unternehmungen zur Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen zu motivieren, soll intensiv über die Möglichkeit der Errichtung von Betriebskindergärten und -kindergruppen informiert werden.

Weiters werden wienweit freistehende Räumlichkeiten auf die Nutzung als Kinderbetreuungseinrichtung – sowohl für städtische wie auch private – überprüft.

Kinder mit besonderen Bedürfnissen

In den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen werden rund 2.000 Kinder mit besonderen Bedürfnissen von SpezialistInnen betreut. Wien verfügt über Integrationsgruppen sowie über derzeit insgesamt 29 Heilpädagogische Gruppen. Mit der Gründung einer speziellen Einrichtung für Klein- und Schulkinder mit autistischer Wahrnehmung hat die Stadt Wien bereits 1983 eine wichtige Einrichtung geschaffen, um Kindern mit dieser Behinderung den Weg ins Leben zu erleichtern. Dieser Kindergarten ist weltweit der einzige, in dem Kinder mit autistischer Wahrnehmung gemeinsam mit Kindern mit Lern- und Entwicklungsstörungen betreut werden und daneben spezielle autismus-spezifische Hilfe erhalten. Aufgrund des stetig steigenden Bedarfs an Betreuungsplätzen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen wird Wien ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau von Betreuungsplätzen in diesem Bereich legen und zudem Unterstützungsmaßnahmen für diese Kinder erarbeiten.

BildungspartnerInnenschaft

Elternarbeit ist ein wichtiger Schwerpunkt der nächsten Jahre. Die bereits vorhandenen Pilotprojekte der Elternbeteiligung an einzelnen Kindergartenstandorten werden evaluiert und in Zusammenarbeit mit den PädagogInnen flächendeckend umgesetzt.

Ausbildungsoffensive

Wien hat bereits vor Jahren als einziges Bundesland zusätzliche Ausbildungswege für KindergartenpädagogInnen ins Leben gerufen. Die Ausbildungsoffensive mit den Modellen „Change“ und „Pick up“ wird weiter forciert und ausgebaut. Wien wird mit dem Bund Gespräche über eine gemeinsame Ausbildungsoffensive starten und Vorschläge für eine Neugestaltung der Pädagogischen Ausbildung erarbeiten. Vorstellbar wären die Einrichtung eines Schulversuches einer AHS-Oberstufe mit dem Schwerpunkt „Sozialberufe“ und die Möglichkeit eines daran anschließenden Curriculums (11/2 bis 2 Jahre) als Ausbildung zur KindergartenpädagogIn.

Wien bekennt sich zu einer gemeinsamen Ausbildung aller PädagogInnen (KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen).

Wien verstärkt die Bemühungen die Ausbildungsmodelle für alle Bildungsanstalten und -träger zu adaptieren, um auch für private TrägerInnen ein Angebot zu schaffen.

Qualitätssicherung

Die Stadtregierung bekennt sich zur Schaffung eines Bundesrahmengesetzes für den elementaren Bildungsbereich, der den Ländern Mindeststandards vorgibt. Zur Sicherung der hohen Qualitätsstandards in den Wiener Kindergärten wird ein Schwerpunkt auf die Fort- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen (PädagogInnen, AssistentInnen) sowie auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen gelegt. Darüber hinaus wird die derzeitige Gehaltskurve einer Evaluierung unterzogen.

Nach dem kürzlich umgesetzten Gehaltspaket und dem noch notwendigen Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen wird ein Stufenplan für weitere Maßnahmen im Bereich der Qualitätssicherung und der pädagogischen Rahmenbedingungen erarbeitet (Supervision, Gruppengröße, etc.).

Fortsetzung der sprachlichen frühen Förderung

Die Stadt Wien bekennt sich zum flächendeckenden Angebot an Kindergartenplätzen und insbesondere der Bedeutung des Kindergartens als Bildungseinrichtung im Bereich Sprache und soziale Kompetenz.

Durch gezielte und frühzeitige Sprachfördermaßnahmen ermöglicht die Stadt Wien jedem Kind die notwendigen Deutschsprachkenntnisse für den Schuleintritt. Zusätzlich forciert die Stadt Wien den verstärkten Einsatz bilingualer Modelle, um der Mehrsprachigkeit in Wiener Kindergärten in der Frühförderung gerecht zu werden.

Schule – ein Ort des Lernens und sozialen Miteinanders

Rot-Grün in Wien bedeutet:

- Die ganztägigen Schulformen sind die Zukunft in der Bildung und werden flächendeckend angeboten.
- Alle Kinder verfügen bei Schuleintritt über ausreichende Deutsch-Kenntnisse.
- Die flächendeckende Betreuung durch SchulsozialarbeiterInnen wird sichergestellt.
- Das Modell der Mehrstufenklassen wird verstärkt angeboten.
- Ein Angebot für die Sommerferienbetreuung in Wien wird erarbeitet.
- Die Entwicklung eines Modells, welches sicherstellt, dass junge Menschen nach Ende der Schulpflicht die notwendigen Grundlagen (lesen, schreiben, rechnen) für eine Berufsausbildung haben.
- In Wien soll die gemeinsame Schule für alle 6-15 Jährigen eingeführt werden. Daher sollen alle AHS- und Hauptschulstandorte als „Neue Mittelschule“ geführt werden.
- Jeder junge Mensch hat das Recht auf einen kostenfreien Pflichtschulabschluss.

Jedes Kind soll in Wien Zugang zu erstklassigen öffentlichen Schulen haben. Denn die Förderung von Interessen und Talenten, der Abbau von Lernschwächen sind besser als teure Nachhilfe.

Die internationalen Bildungsvergleiche PISA 2005 und 2007 haben gezeigt, dass die Bildungspolitik in Österreich viel zu lange in die falsche Richtung gelaufen ist. Österreich hat enormen Aufholbedarf. Das österreichische Bildungssystem ist in vielen Bereichen überaltert. Daher muss sichergestellt sein, dass Schulentwicklung und Innovation Österreichweit stattfindet. Wien kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Wien spricht sich für die Gemeinsame Schule für den gesamten Pflichtschulbereich aus. Unter keinen Umständen darf die Herkunft der Kinder über den Bildungsweg entscheiden.

Wiener Mittelschule

Die gemeinsame Bildung der 6 bis 15-Jährigen setzt sich international durch. Denn durch die Trennung in Gymnasium und Hauptschule wird über Bildungschancen und Lebenswege junger Menschen viel zu früh entschieden. Insgesamt 22 Schulstandorte sind derzeit „Wiener Mittelschulen“ – davon sechs ehemalige AHS-Standorte. Wien braucht weitere Standorte und wird sich mit Nachdruck für eine Abschaffung der 10% Grenze einsetzen und die Wiener Mittelschule ausbauen. Ziel ist es, dass alle AHS-Unterstufen und Hauptschulstandorte als Wiener Mittelschule geführt werden können.

Zur Sicherung der Qualitätsstandards setzt Wien auch auf den reformpädagogischen Unterricht: Die PädagogInnen haben Anspruch auf eine entsprechende kostenlose Aus- und Weiterbildung.

Campusmodell & Ganztagschule

Und Wien wird noch einen Schritt weiter gehen: Das Wiener Schulmodell Campus für alle 6- bis 15-Jährigen sowie Ganztagsschulen werden die Zukunft in der Bildung sein und flächendeckend angeboten. Das bereits seit dem Schuljahr 2009/10 laufende Campusmodell Monte Laa wird einer Evaluierung unterzogen. Im Bereich der Ganztagsschulen ist die Zielsetzung, in den nächsten sieben Jahren die Standorte im Pflichtschulbereich zu verdoppeln und in jedem Bezirk jeweils mindestens eine ganztägige Schulform anzubieten. Eltern sollen aber nach wie vor die Möglichkeit haben, sich für eine halbtägig geführte Schule zu entscheiden. Weiters soll im Bereich der Ganztagschule ein Modell für eine frühere Abholung an Freitagen erarbeitet werden.

Zudem soll eine Analyse aller bestehenden Schulen bezüglich ihrer Eignung als ganztägige Schulform durchgeführt werden.

Für die Ganztagsschulen werden Qualitätsstandards festgelegt und veröffentlicht. Darüber hinaus strebt Wien eine Mehrfachnutzung der Räumlichkeiten nach Möglichkeit der jeweiligen Ganztagschulstandorte an.

Schulneubau & -erweiterung

In Wien werden in den kommenden Jahren mehr als 160 Mio. Euro in die Errichtung neuer Schulen bzw. Schulerweiterungen investiert. Schwerpunktmäßig entstehen vor allem in neuen Stadtteilen Schulbauten, darüber hinaus werden aber auch bestehende Schulen erweitert und adaptiert.

Neben den bereits in Bau befindlichen Bildungscampus am Donaufeld Nord in Wien Floridsdorf wird in den kommenden Jahren am Hauptbahnhof ein weiterer Campus realisiert. Die Planungsarbeiten für weitere Campusmodelle werden fortgesetzt.

Das Schulsanierungspaket wird zügig fortgesetzt und gleichzeitig sind neue Modelle für eine Dynamisierung der Schulsanierung zu erarbeiten.

Der Bau eines neuen Berufsschulgebäudes wird gestartet und die Modernisierung der vorhandenen Berufsschulen wird verstärkt.

Das Errichten von Schulgärten am Dach oder in unmittelbarer Umgebung für jene Schulen, die dafür Bedarf anmelden und ein Konzept vorlegen, ist erwünscht.

Schnittstelle Kindergarten-Schule

Priorität hat die Sicherstellung, dass kein Kind ohne ausreichende Deutsch-Kenntnisse in die Schule eintritt. Mit der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres wurde ein weiterer Schritt für eine möglichst optimale Förderung aller Kinder ein Jahr vor Schuleintritt geschaffen. Das Fördermodell 1+1 wird einer umfassenden Evaluierung unterzogen und gegebenenfalls adaptiert.

Sprachförderung

Integration in Wiens Schulen wird nicht dem Zufall überlassen, sondern durch zahlreiche Maßnahmen in sämtlichen Schularten aktiv unterstützt. Die Maßnahmen umfassen sowohl die SchülerInnen als auch die LehrerInnen und Eltern.

Jeder Klassenverband ist eine heterogen zusammengesetzte Gruppe von SchülerInnen. Gerade deshalb ist es unabdingbar, vielfältige pädagogische (Förder)Maßnahmen zu setzen. In Wien wird bereits seit vielen Jahren mit zahlreichen Initiativen dieser Herausforderung begegnet.

Dafür ist Sprache eine wichtige Grundlage – denn wer die Unterrichtssprache möglichst gut beherrscht, der wird auch größere schulische Erfolge und bessere Bildungsabschlüsse erreichen. Integration basiert ganz wesentlich auf der Fähigkeit, miteinander zu kommunizieren und eine 'gemeinsame Sprache' zu sprechen!

Wien bekennt sich zum integrativ sowie parallel geführten Begleitunterricht im Schulwesen. Aufbauend auf derzeit insgesamt 500 BegleitlehrerInnen wird dieses Angebot ausgebaut.

Mit Sprach-Förderkursen, die von eigens hierfür geschulten LehrerInnen abgehalten werden, bekommen die Kinder 11 Stunden in der Woche die Möglichkeit, in Kleingruppen intensiv die Grundlagen der deutschen Sprache zu erarbeiten. Sie werden dabei genau dort abgeholt, wo sie stehen, und so rasch wie möglich fit für den normalen Unterricht gemacht. Dieses seit 2006/07 durchgeführte Modell wird verpflichtend für alle Kinder eingesetzt, deren Sprachkenntnisse einer Förderung bedürfen.

Die Beherrschung der eigenen Muttersprache darf keinesfalls vernachlässigt werden. Das ist essentiell für das Erlernen einer weiteren Sprache. Die Stärkung der Erstsprache ist wichtig zur Festigung der Identität des Kindes, als Basis für den Erwerb der Zweitsprache und für die interkulturelle Friedenserziehung durch die Wertschätzung und Gleichstellung aller Sprachen.

Wien bekennt sich zum Ausbau des Angebots an muttersprachlichem Unterricht und wird zudem das bilinguale Angebot mit Native Speakern an den Wiener Pflichtschulen ausbauen.

Schmelztiegel Schule: Integration & Toleranz

Wenn es einen Ort gibt, in dem wir die Zweite Generation erreichen können, dann ist es die Schule. Hier verbringen Kinder und Jugendliche mindestens neun Jahre ihres Lebens mehrere Stunden am Tag. Folglich ist die Schule nicht nur eine Bildungs- sondern auch eine Integrationseinrichtung. Dieses Bekenntnis bedeutet aber auch einiges an Reformen und Investitionen.

Die flächendeckende Betreuung durch SchulsozialarbeiterInnen an Schulen ist neben BeratungslehrerInnen, PsychagogInnen und mobilen Krisenteams ein wesentlicher Bestandteil des Wiener Schulwesens. Der weitere Ausbau vorhandener Ressourcen erfolgt auf Grundlage einer Evaluierung des Pilotprojekts Schulsozialarbeit. Grundsätzlich erfolgt der Ausbau der Schulsozialarbeit unter Einbeziehung aller Beteiligten sowie unter Einhaltung professioneller Kriterien und unter Entwicklung eines Aufgabenkatalogs. Das Ziel der Schulsozialarbeit ist die Entlastung aller Beteiligten und steht an der Schnittstelle zwischen SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und Jugendwohlfahrt.

Wien bekennt sich zur besondere Förderung von Integration und Toleranz in den Schulen als Beitrag zur Wahrung gesellschaftlichen Friedens. Diesbezügliche interkulturelle Projekte werden einen Schwerpunkt darstellen.

Konfliktmediation, interkulturelle Kommunikation werden als Freifach in der Schule angeboten, ebenso entsprechende Weiterbildungen für die Lehrenden.

Mehrstufenklassen

Das sehr erfolgreiche Modell der Mehrstufenklassen, bei dem Kinder von 6 bis 10 Jahren gemeinsam unterrichtet werden, wird weiter ausgebaut. Wien setzt sich das Ziel, im Volks-

schulbereich 50 zusätzliche Mehrstufenklassen schwerpunktmäßig in jenen Bezirken, die bislang am schwächsten ausgestattet waren, zu schaffen. Auch im Bereich der Sekundarstufe I soll das Angebot an Mehrstufenklassen erweitert werden. Verstärkt eingesetzt werden reformpädagogische Unterrichtsformen, wie Montessori, Freinet, Jenaplan usw.

Pflichtschulabschluss

Der Anteil jener Jugendlichen, die nach der Pflichtschule kaum Sinn erfassend lesen und schreiben können, ist zu hoch. Ziel muss es sein, durch eine Vielzahl an Maßnahmen, dass jeder junge Mensch nach Verlassen der Pflichtschule Lesen, Schreiben und Rechnen kann.

Das derzeitige Angebot an Hauptschulabschlusskursen wird evaluiert und optimiert.

Darüber hinaus wird ein neues Modell für SchülerInnen der Sekundarstufe I entwickelt, die in der 7. Schulstufe große Defizite in den Kulturtechniken haben. Aufgabe des neu zu entwickelnden Modells ist es sicherzustellen, dass alle jungen Menschen nach Ende der Schulpflicht gute Kenntnisse und Fähigkeiten in den Kulturtechniken besitzen und die notwendigen Grundlagen für eine Berufsausbildung haben.

Ganztägige Betreuung, Frühbetreuung & Ferienbetreuung

Der Ausbau ganztägiger Betreuungsformen wird fortgesetzt und für den Bereich der Sekundarstufe flächendeckend erweitert. Zudem wird eine Arbeitsgruppe an einem neuen Modell der Frühbetreuung an Schulen sowie eines Angebotes für die Sommerferienbetreuung arbeiten. Ziel dabei ist, allen berufstätigen Eltern, die eine Betreuung benötigen, ein dementsprechendes Angebot in den Bezirken zur Verfügung zu stellen.

Weiters wird die Ausbildung der FreizeitbetreuerInnen überarbeitet.

Eine Erhebung der Zufriedenheit jener Eltern, die ihre Kinder in der Nachmittagsbetreuung haben, wird vorbereitet.

Kostenlose Lernhilfen

Wien arbeitet an einem Modell, welches eine kostenlose Lernhilfe für SchülerInnen aus einkommensschwachen Haushalten am eigenen Schulstandort ermöglicht: Verhandlungen mit der Pädagogischen Hochschule und den Universitäten (Verknüpfung Lernhilfe mit Praxiserwerb angehender LehrerInnen) werden aufgenommen.

Lehraus- und Fortbildung & Qualitätssicherung

Wien bekennt sich zu einer gemeinsamen Ausbildung aller PädagogInnen (KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen) und strebt ein durchlässiges Ausbildungssystem an. Das LehrerInnendienstrecht ist zu vereinheitlichen.

Für die Einrichtung einer Laborschule/Übungsschule für angehende PädagogInnen werden Vorarbeiten gestartet.

Weiters wird ein Modell für die Personalsicherstellung erarbeitet (Starterwohnungen).

Wien setzt sich dafür ein, gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule auch ein Angebot im Bereich der Reformpädagogik zu schaffen.

Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen

Dem Anliegen der Integration behinderter Kinder ist weiterhin Rechnung zu tragen. In jenen Fällen, wo eine Integration sinnvoll und möglich erscheint und ein Maximum an spezifischer und qualitativ gesicherter Betreuung sichergestellt ist, ist eine Integration in die Regelschule zu ermöglichen. Wien verfügt derzeit über rund 700 Integrationsklassen im Pflichtschulbereich. Vorgesehen ist ein weiterer Ausbau.

Für den Bereich der Schulassistenz wird geschäftsgruppenübergreifend (FSW) ein Modell für eine mittel- bzw. langfristige Gestaltung, Einbettung sowie Finanzierung erarbeitet.

Bewegungsangebote

Ausbau von Bewegungsangeboten im Wiener Pflichtschulbereich sowie die Einführung einer täglichen Bewegungsstunde in Ganztagschulen.

Gewaltprävention

Wien legt ein besonderes Augenmerk auf Gewaltpräventionsprojekte in Kindergarten, Schule und Hort. Das umfasst unter anderem Projekte zur gewaltfreien Lösung von Konflikten bis hin zu Selbstverteidigungskursen.

Schuldemokratie

Ziel ist es, demokratische Beteiligung von klein auf zu lernen. Es soll eine Enquete stattfinden, auf der sowohl nationale als auch internationale best practice Beispiele zur Schuldemokratie vorgestellt werden. Auch Pilotprojekte dazu sollen umgesetzt werden, angedacht ist z.B. die Demokratiewerkstatt Wien.

Schule der Zukunft

Die Stadt Wien wird ein Pilotprojekt „Schule der Zukunft“ initiieren. Das Projekt zeichnet sich durch besonders ambitionierte Lernmethoden und einem hohen Grad an Autonomie im Rahmen einer öffentlichen Schule aus.

Administration

Zur Erleichterung der Verwaltungsarbeit an den Wiener Schulen wird ein einheitliches Datenbanksystem entwickelt sowie ein Berichtswesen erstellt, welches den Verwaltungsaufwand in den Direktionen auf seine Effizienz überprüft.

SchulleiterInnenbestellung

Schulentwicklung und Innovation erfordert die am besten geeigneten Personen: Dazu wird das Arbeitsplatzprofil geschärft, eine erstklassige Ausbildung für jede BewerberIn verbindlich vorgeschrieben und ein neues Modell zur SchulleiterInnen-Bestellung in Fortsetzung des bestehenden Objektivierungsverfahrens bis Sommer 2011 entwickelt.

Musikschulen

Wien bekennt sich zum vielfältigen musikalischen Angebot für Kinder und Jugendliche. Konkret soll die stärkere Implementierung von Musikangeboten insbesondere an neuen Schulstandorten forciert werden. Konkret ist an allen neuen Schulstandorten die Musikschule ein fixer Bestandteil der Angebotspalette.

Erwachsenenbildung

Die große Dynamik der kulturellen, sozialen, technischen und wirtschaftlichen Veränderungen stellt eine Herausforderung für das gesamte Bildungssystem dar und erfordert insbesondere innovative, zielgruppenspezifische Konzepte im Bereich des lebensbegleitenden Lernens (LLL). Komplexer werdende gesellschaftliche Zusammenhänge und Arbeitsprozesse stellen hohe Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit von Organisationen und Einzelpersonen, wobei Flexibilität und Mobilität – regional und grenzüberschreitend, beruflich und sozial, am Arbeitsplatz und im alltäglichen Zusammenleben – eine Schlüsselbedeutung zukommt. Vor diesem Hintergrund werden Bildung und laufende Weiterbildung im gesamten Lebensverlauf für alle Menschen wichtiger denn je.

Eine verstärkte, systematische und innovative Förderung von erwachsenengerechten Bildungsformen entlang des Kontinuums der allgemeinen Erwachsenenbildung sowie beruflichen Aus- und Weiterbildung ist zur Kernvoraussetzung für die Verwirklichung des lebensbegleitenden Lernens geworden.

Angebote zum Nachholen von Bildungsabschlüssen, der Erweiterung der fachlichen, sozialen und kreativen Kompetenzen, zum Zugang zu wissenschaftlichen Feldern, dem Bereich von IKT und neuen Medien für AnwenderInnen jedes Alters müssen für alle zugänglich und leistbar sein.

Die Büchereien Wiens sind eine Informations-, Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtung der Stadt Wien. Sie sind Orte der Begegnung und der Kommunikation und bieten allen Interessierten leichten, niederschweligen Zugang zu Information, Bildung und Kultur. Als kundInnenorientierter Servicebetrieb und als lebendige Organisation stellen sich die Büchereien Wiens aktuellen Entwicklungen. Das Angebot der Büchereien soll so viele Menschen wie möglich ansprechen. Daher wird ein kundenorientiertes, aktuelles und qualitativ hochwertiges Angebot an unterschiedlichen Medien bereit gestellt und gezielte Beratung zur Medienauswahl angeboten.

Kinder und Jugend

Außerschulische Jugendarbeit – Freizeitangebote mit Mehrwert

Rot-Grün in Wien bedeutet:

- Jugendarbeit, Parkbetreuung wird in allen Bezirken in Zusammenarbeit mit diesen ein fixer Bestandteil.
- Kinder und Jugendliche bestimmen bei kommunalen Projekten mit.
- Das Wiener Modell der Jugendarbeit wird als ein europäisches Vorzeigemodell etabliert.

Freizeit ist ein immer wichtiger werdender Teil des Lebens. Die eigenen Interessen und Stärken kennen zu lernen und das Freizeitangebot kritisch zu hinterfragen, sind wichtige Voraussetzungen dafür. Im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit wird Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft eine ganze Palette an permanenten Einrichtungen angeboten. Die Förderung von Demokratiebewusstsein und Toleranz sowie die Sensibilisierung im Bereich Geschlechtergerechtigkeit und soziale Integration stehen im Mittelpunkt der Arbeit.

Ziel der nächsten Jahre:

- Die außerschulische Jugendarbeit muss auf die veränderten Lebenswelten und sozio-ökonomischen Anforderungen reagieren und ihre Angebote entsprechend ausrichten.
- Lobbying für Kinder und Jugendliche, denn sie sind die Zukunft dieser Stadt: Jugendschutz, Nutzungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, u.ä.m.
- stärkere Verschränkung von ganztägigen Schulformen und Freizeitangeboten,
- stärkere Individualisierung im Freizeitverhalten – Ausbau der aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit,
- Schnittstelle zwischen Schule und Elternhaus – Aufgaben definieren (Stichwort: Wunsch nach Rückzugs- und Lernräumen von Kindern und Jugendlichen, aufgelöste Familienverbände)
- Aufsuchende Jugendarbeit und Parkbetreuung wird in Wien angeboten.
- Beteiligung am internationalen Diskurs über Jugendkulturen und Jugendarbeit im urbanen Bereich. Das Wiener Modell der Jugendarbeit wird als ein europäisches Vorzeigemodell etabliert.
- Kinder- und Jugendparlamente sind und bleiben wichtige Mitbestimmungsinstrumente. Dafür wird ein Leitfadens zur Unterstützung erarbeitet.

Kinder und Jugendliche – die richtige Hilfe zu jeder Zeit

Rot-Grün in Wien bedeutet:

- Soziale Arbeit mit Familien steht im Mittelpunkt der Jugendwohlfahrt.
- Der Prävention kommt eine besondere Bedeutung zu: Für die dafür notwendigen personellen Ressourcen wird Sorge getragen.
- Die Rahmenbedingungen für Pflegefamilien werden verbessert.
- Im Bereich des Glückspiels wird ein besonderes Augenmerk auf den Jugendschutz gelegt.

Die Jugendwohlfahrt (MAG ELF) versteht sich als größte Kinderschutzorganisation in Wien. Sie setzt sich dafür ein, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen gewährt und gestärkt werden. Gleichzeitig ist die MAG ELF mit einem umfassenden Unterstützungs- und Beratungsangebot Serviceeinrichtung für Familien und Erziehungsberechtigte.

Soziale Arbeit mit Familien/Eltern-Kind-Zentren

Die Phase rund um die Geburt des Babys und die ersten Lebensjahre mit dem Kind stellen für alle Eltern eine große Herausforderung dar. 18 Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien, 8 Eltern-Kind-Zentren, 24 Elternberatungsstandorte und 4 Familienberatungsstellen sind schon jetzt erste Anlaufstellen für Familien bei Fragen und Problemen im Lebensalltag mit Kindern. Im Sinne der Primärprävention erfolgt eine stärkere Ausrichtung der Angebote auf die Kernzielgruppe der Jugendwohlfahrt - das sind in Wien lebende Familien mit Unterstützungs- bzw. Betreuungsbedarf. Durch gezielte Schulungen soll gerade diesen Familien gezeigt werden, wie sie ihren Erziehungsalltag auch dann bewältigen können, wenn sie durch Umstände wie Trennung, Jobverlust, enge Wohnverhältnisse und Schulden in krisenhafte Situationen geraten. In den Stadterweiterungsgebieten - wie etwa Seestadt Aspern - muss für die Zukunft die Versorgung mit solchen Einrichtungen sichergestellt werden.

Das rot-grüne Projekt „Frühe Förderung“ wird auf weitere Bezirke ausgedehnt.

Familiencoaching

Teams bestehend aus SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und PsychologInnen sind in ganz Wien unterwegs. Sie machen nicht nur Präventionsarbeit, sondern betreuen auch Eltern, deren Kinder in einer Wohngemeinschaft leben, um eine Rückkehr in die Familie zu beschleunigen. Ziel ist es, Familien zu einem Zeitpunkt zu erreichen, wo ein Erziehungsproblem mit wenig Unterstützung noch gelöst werden kann, bevor es zu einem großen Problem wird. Dadurch kann der Verbleib von Kindern im Familienverband gesichert werden und eine Steigerung bei der Zahl der Fremdunterbringungen hintan gehalten werden.

Pflegeeltern, Krisenzentren und Wohngemeinschaften

Nicht daheim und doch zu Haus: Durch den konsequenten Ausbau von eigenen Wohngemeinschaften und Krisenzentren und den Zukauf von Plätzen und die enge Kooperation mit Pflegeeltern werden Kindern und Jugendlichen familienähnliche Betreuungsmöglichkeiten geboten. So können sie immer dann, wenn der Verbleib in ihrer Ursprungsfamilie nicht möglich ist, in adäquaten kleinräumlichen sozialen Bindungen heranreifen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei zukünftig auch auf Mädchen und jungen Frauen zu legen, die von Zwangsheirat und FGM bedroht sind, sowie auf minderjährige Mütter.

Die fachliche Begleitung und Betreuung von Pflegeeltern erhöht die Chance, dass in Zukunft noch mehr Menschen in Wien mit unterschiedlichsten Lebenskonzepten sich zutrauen, ein oder mehrere Pflegekinder zu übernehmen. Dafür müssen ausreichend fachliche Ressourcen zur Seite gestellt werden.

Spezielle Angebote für spezielle Bedürfnisse

Kinder mit Handicaps und speziellen Bedürfnissen werden von Eltern sehr intensiv betreut. Die enge Bindung führt oft zu Überforderungen bei den betreuenden Personen. Hier sollen gezielte Angebote der Familienhilfe und der teilstationären unterstützenden Betreuung einsetzen, die nicht nur Eltern, sondern auch das vollstationäre Unterbringungssystem entlasten. Im Rahmen eines eigenen Kompetenzzentrums für Integrationsfragen werden ratsuchende Familien betreut und mit den Betroffenen ein Unterstützungs- und Entlastungskonzept erarbeitet.

UN-Kinderrechtskonvention

Wien übernimmt im Bereich der Menschenrechte eine Leuchtturmfunktion. Die UN-Kinderrechtskonvention wird nach rechtlicher Prüfung in Wien verankert.

Wien wird eine Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention auf Bundesebene gezielt verfolgen und eine rasche Umsetzung einfordern.

Präventionsmaßnahmen – Koordination und Überblick

Um eine bessere Koordination aller Präventionseinrichtungen und -projekte im Jugendbereich zu ermöglichen, soll ein Überblicksraster über alle bestehenden Angebote (Streetwork, aufsuchende Jugendarbeit etc.) für die Bezirke erarbeitet werden.

Integration & Toleranz

Wien bekennt sich zur besonderen Förderung von Integration und Toleranz in den Kindergärten und Schulen als Beitrag zur Wahrung gesellschaftlichen Friedens. Diesbezügliche interkulturelle Projekte werden einen Schwerpunkt darstellen. Ein Beispielprojekt soll mit der „Biografiewerkstatt“ verwirklicht werden.

Wien – Sportstadt

Rot-Grün in Wien bedeutet:

- Der Breiten- und Spitzensport nimmt einen hohen Stellenwert ein und wird bestmöglich unterstützt – insbesondere im Nachwuchsbereich.
- Die Sport- und Bewegungsangebote im Kindergarten und in der Schule werden fix in den Alltag integriert.
- Allen WienerInnen werden vielfältige Möglichkeiten der Sportausübung zu leistbaren Bedingungen geboten.
- Die Sportstätten-Infrastruktur wird kontinuierlich verbessert.

Wien schätzt die Rolle des Sports in der Gesellschaft und wird weiterhin den Breiten- und Spitzensport unterstützen. Sport ist Querschnittmaterie und leistet in vielen Bereichen einen wesentlichen Beitrag, wie beispielsweise in der Gesundheitsprävention und in der Integrationspolitik. Sport setzt wirtschaftliche Impulse, bietet sinnvolle Freizeitgestaltung und ist identitätsstiftend.

Schwerpunkte der kommenden Jahre sind Nachwuchsförderung, die Verbesserung der Sportinfrastruktur und deren Barrierefreiheit.

Breiten- und Spitzensport

Der Breitensport bietet in Wien eine Vielzahl von Angeboten und Aktivitäten, von Großsportveranstaltungen über Österreichische und Wiener Meisterschaften bis hin zu vereinsgebundener und individueller Sportausübung. Die Stadt Wien stellt den zahlreichen Vereinen Sporthallen und Sportflächen weiterhin zu günstigen Konditionen zur Verfügung, um allen WienerInnen Sportausübung zu leistbaren Bedingungen zu ermöglichen.

Auch im Spitzensport will Wien international leistungsfähig sein, denn erfolgreiche SportlerInnen sind eine Visitenkarte für unsere Stadt und motivieren Kinder und Jugendliche zu Sport und Bewegung. Hier gilt es, gute Strukturen und ein gutes Umfeld für unsere Aushängeschilder zu gewährleisten

Große Sportevents sollen auch in Zukunft nicht nur den hohen Stellenwert von Sport in Wien unterstreichen, sondern auch Werbung für die jeweilige Sportart sein.

Nachwuchs- und Gesundheitsförderung

Wien strebt den Ausbau von Sport- und Bewegungsangeboten im Kindergarten- und Volksschulalter an, um den aktuellen Entwicklungen zu steigendem Übergewicht und der Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustands unserer Jugend entgegen zu wirken. Im Rahmen des Ausbaus des flächendeckenden Angebots von Ganztagschulen gilt es, ein System zu etablieren, das verstärkt Sport und Bewegung, auch in kreativen Ansätzen, in den Schulalltag integriert.

Auch im Vereinssport setzt Wien beim Nachwuchs an. Mit einer neuen Sportnachwuchsförderung werden Mannschaften und EinzelsportlerInnen unterstützt. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, dass mehr Mädchen für den Sport zu begeistern und in der Förderung besonders zu berücksichtigen sind.

Verbesserung der Sportinfrastruktur

Wiens Sportstätten-Infrastruktur wird kontinuierlich verbessert. Dazu sind neue Modelle für eine Dynamisierung der Entwicklung unserer Sportstätten zu erarbeiten.

Sport muss für alle WienerInnen gleich zugänglich sein - für Menschen mit Behinderung in gleichem Maße wie für Menschen ohne Behinderung. Barrierefreiheit ist dem Wiener Sport wichtig und wird bei allen Sanierungen und Neubauten bestmöglich berücksichtigt. Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen gesetzt, um Menschen mit Behinderungen für den Sport zu begeistern.

Wien wird mit dem neuen innovativen Modell Sportcontracting in Energie optimierende Maßnahmen der städtischen Sportanlagen investieren. Damit werden Wiens Sportstätten attraktiver. Gleichzeitig mit diesem wichtigen Beitrag für die Umwelt wird den Sportvereinen geholfen, Kosten zu sparen, die sie wiederum in die Nachwuchsförderung investieren können.

Sport & Integration

Gerade im Sport kommt dem Bereich der Integration eine bedeutende Rolle zu. Wien unterstützt Maßnahmen, die TrainerInnen und BetreuerInnen beim Erwerb von integrativen und pädagogischen Fähigkeiten unterstützen.

Wiener Bäder

Die Anlagen und Einrichtungen der Wiener Bäder werden nachhaltig und im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Energie betrieben und erneuert. Der sukzessive Ausbau und die laufende Verbesserung bei der Barrierefreiheit der Wiener Bäder sind wichtige Schwerpunkte.

Bürgerdienst

Wien bekennt sich zum umfassenden Angebot des Bürgerdienstes, der eine wichtige Servicestelle für alle WienerInnen darstellt. In Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der Wiener Stadtverwaltung trägt er wesentlich zu einem positiven Miteinander in der Stadt bei.

Demokratie und Kontrolle

Die KoalitionspartnerInnen kommen überein, das Wahlrecht in Wien, die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen sowie die parlamentarischen Kontrollinstrumentarien zu verbessern.

Wahlrechtsreform

- Ziel ist ein modernes Verhältniswahlrecht.
- Die Briefwahl muss das direkte und geheime Wahlrecht sicherstellen sowie Manipulation und Missbrauch ausschließen.
- Ziel ist es, das Wahlrecht für in Wien hauptwohnsitzgemeldete EU-BürgerInnen auf Gemeinderatsebene, für Drittstaatsangehörige (nach noch festzulegender Aufenthaltsdauer) auf Gemeinderats- und Bezirksebene zu erreichen. Die Wiener Stadtregierung setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine bundesverfassungsgesetzliche Änderung ein.
- Zur Konkretisierung der beschriebenen Vorhaben wird eine Arbeitsgruppe „Wahlrechtsreform“ unter Einbeziehung von ExpertInnen eingerichtet. Deren Arbeit beginnt mit Konstituierung im Jahr 2010 und endet mit der legislatischen Umsetzung bis längstens Ende 2012.

Mehr Partizipation und Mitbestimmung in Wien

Die Möglichkeiten der partizipativen Demokratie sollen ausgebaut, in den Geschäftsordnungen von Landtag, Gemeinderat und Bezirksvertretungen die Minderheitsrechte gestärkt werden.

- BürgerInnenversammlungen und Beteiligungsmodelle auf Bezirks- und Grätzlebene sollen leichter initiiert und gefördert, standardisierte Richtlinien für die Abhaltung von BürgerInnenversammlungen erstellt werden.
- Volksbefragungen sollen häufiger eingesetzt und auch in Bezirken oder Grätzeln möglich werden.
- Die Lokale Agenda 21 soll weiterentwickelt werden.
- Ein Petitionsrecht soll eingeführt werden.
- Für die Weiterentwicklung der direkten und partizipativen Demokratie in Wien wird eine Enquete und in Fortsetzung ein regelmäßiger „Runder Tisch“ unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen eingerichtet.

Es sollen Parteiengespräche mit dem Ziel einer weiteren Reform der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen aufgenommen werden. Schwerpunkte sollen sein:

- mehr Information, Mitsprache und Transparenz bei Budgeterstellung und –gestaltung
- mehr Information, Mitsprache und Transparenz bei Großprojekten im Bezirk
- verbessertes Anfrage-/Antragsrecht

Kontrolle

- Ausgegliederte Teile der Gemeindeverwaltung sollen einer ausreichenden Kontrolle durch den Wiener Gemeinderat unterworfen sein.
- Unabhängigkeit und Kontrollmöglichkeiten des Wiener Kontrollamtes sollen sichergestellt bzw. ausgebaut werden.
- Evaluierung der Instrumente Untersuchungskommissionen und –ausschüsse.

Institutionenreform

Eine unter Einbeziehung von ExpertInnen eingerichtete Arbeitsgruppe „Institutionenreform“ beschäftigt sich insbesondere mit einer Reform der Geschäftsordnung für die Bezirke, einer Reform der Kontrollmechanismen, der Evaluierung der Instrumente Untersuchungskommissionen und –ausschüsse sowie den rechtlichen Möglichkeiten der verstärkten Kontrolle ausgegliederter Teile der Gemeindeverwaltung durch den Wiener Gemeinderat. Ihre Arbeit beginnt mit Konstituierung im Jahr 2010 und endet mit der legislativen Umsetzung bis längstens Ende 2012.

Koordinationsstelle für Teilhabe und BürgerInnenbeteiligung

Es wird eine Koordinationsstelle für Teilhabe und BürgerInnenbeteiligung beim für diese Angelegenheiten zuständigen Stadtregerungsmitglied eingerichtet. Diese befasst sich aufbauend auf bestehenden Einrichtungen u.a. mit der Förderung von Beteiligungsmodellen für alle gesellschaftlichen Gruppen auf Bezirks- und Grätzelebene.

Parteien- und Klubförderungsgesetz

Ein neu zu schaffendes Parteien- und Klubförderungsgesetz soll mehr Transparenz im Bereich der Wiener Parteien- und Klubförderung schaffen.

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Wirtschaft

Die Wiener Wirtschaftspolitik ist ein zentrales Instrument, um – vor dem Hintergrund der Folgewirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise – in Zukunftsbereiche zu investieren und Aspekte der Nachhaltigkeit möglichst breit zu etablieren.

Wien hat die weltweite Wirtschaftskrise – auch dank der im Gemeinderat beschlossenen Konjunkturpakete - gut überstanden. Die Krise ist aber noch nicht vorbei, wie auch alle WirtschaftswissenschaftlerInnen unisono sagen. Auch für Wien liegen schwierige Jahre vor uns.

Gerade deshalb soll weiterhin investiert werden, wobei aufgrund der knappen Budgetlage noch stärker als bisher zielgerichtet gearbeitet werden muss.

Die Prioritäten für Wien liegen auf der Hand:

- Arbeitsplätze für die Menschen
- Aufträge für die Wirtschaft und
- Ausbildung für die jungen Menschen in dieser Stadt.

Gerade die Investitionen in öffentliche Dienstleistungen, die bewusste Förderung von innovativen Produkten, EPU's und KMUs, die das Rückgrat der Wiener Wirtschaft bilden, aber auch die gezielte Aus- und Fortbildung der ArbeitnehmerInnen garantieren, dass Wien weiter ein pulsierender Wirtschaftsstandort bleibt. Mit den Schwerpunkten Bildung bzw. Forschung und Entwicklung bzw. Umwelt- und Energietechnologien setzt Wiens Stadtregierung nachhaltige Investitionen.

Ein spezielles Anliegen ist die Nahversorgung, die aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen ein wichtiger Baustein der Wiener Wirtschaft ist und spezifische Unterstützung braucht.

Bestehende Stärken weiter zu vertiefen und an den Schwächen zu arbeiten, ist das deklarierte Ziel der Wiener Stadtregierung – immer unter Einbindung möglichst vieler Menschen, etwa bei dem neu anlaufenden Prozess „Wien denkt Zukunft – Innovatives Wien 2020“. Die Menschen dieser Stadt zu motivieren, sich nach Kräften einzubringen, und die besten Köpfe in dieser Stadt einzubinden, ist unabdingbare Voraussetzung und der Schlüssel zur Fortsetzung der Erfolgsgeschichte Wiens.

Eine weitere Zielsetzung ist, die vorhandenen Stärken durch überregionale Kooperationen, im Sinne eines größtmöglichen Nutzens für die gesamte Ostregion, weiter auszubauen.

Gerade der Tourismus in Wien ist eine Erfolgsgeschichte, in diesem Sinne wollen wir die erfolgreichen Initiativen von „Wien Tourismus“ fortführen.

Wien als Standort für Zukunftsbranchen

Die Stadt Wien positioniert sich im internationalen Kontext als Qualitätswettbewerberin und setzt auf eine weitere Dynamik in den Stärkefeldern Life Sciences, Informationskommunikation, Medien und Creative Industries. Dies geschieht durch Stärkung der Infrastrukturen, durch Bündelung der Aktivitäten, bestausgebildete MitarbeiterInnen, internationale Kooperationen und zielgerichtete monetäre und nicht-monetäre Unterstützungen.

Umwelt- und Energietechnologien werden als attraktive und nachhaltige Zukunftsfelder angesehen und durch Bündelung von Aktivitäten im nationalen (z.B. durch entsprechende Netzwerke und Cluster) wie im internationalen (z.B. durch gezielte und strukturierte Vermarktung der Wiener Stadttechnologien) Umfeld stimuliert.

Der in der Wirtschaftsagentur gegründete Umwelt-Cluster wird intensiviert und ausgebaut. Darüber hinaus soll gerade im Bereich der „Green Jobs“ eine Strategie zur Maximierung ökologischer Beschäftigungseffekte erarbeitet werden.

Ergänzend dazu ist eine gezielte Förderung von Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz durch eine spezielle Förderaktion („Call“) vorgesehen, in deren Rahmen Projekte unterstützt werden sollen, die die effiziente und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen zum Inhalt haben. Im Vordergrund stehen neue, auf eine Stadt zugeschnittene Innovationen und die unmittelbare Umsetzung und Anwendung solcher Lösungen.

Denn die Wiener Wirtschaftspolitik ist innovationsorientiert und wachstumsorientiert. Die Stadt Wien ist eine der dienstleistungsstärksten Metropolen Europas, bekennt sich aber aufgrund vielfältiger positiver Wechselwirkungen auch zu einem gewerblich-industriellen Sektor, dessen strategische Ausrichtung qualifikationsintensive und technologisch hochwertige Aktivitäten sind.

Zukunftsgebiete wie Aspern und Neu Marx sollen unverwechselbare Identitäten bekommen: Aspern als „work-life-Balance-City“ inklusive Technologie-Hub in Centrope, in Neu Marx der IKT-Schwerpunkt mit Medienkonvergenz.

Die Infrastruktur der Zukunft heißt „Breitband“. Als Wirtschaftsstandort von Welt wollen wir in Wien durch Kooperation mit privaten Partnern das Breitbandnetz weiter ausbauen mit speziellem Augenmerk auf Hot Spots (Neu Marx) oder neue Stadtentwicklungsgebiete (Aspern). Ziel ist ein weiterer Ausbau des kostenlosen Zugangs zu leistungsfähigen W-LAN Hotspots an zentralen Knotenpunkten der Stadt.

Gerade international gilt es, die Marke und die Lage Wiens verstärkt zu nutzen – sowohl als Tourismus- als auch als Wirtschaftsstandort, der zwischen Ost und West eine attraktive Drehscheibe bildet, etwa bei Firmenansiedlungen.

Im Sinne des oben angesprochenen Prozesses „Wien denkt Zukunft – Innovatives Wien 2020“ soll die Kooperation sowohl mit universitären Einrichtungen als auch mit internationalen Institutionen zu Fragen der internationalen und kommunalen Wirtschaftsentwicklung, zu gesellschaftlichen Trends und Zukunftsentwicklungen vorangetrieben werden. Am Ende des Prozesses sollen – analog zum FTI-Prozess - Empfehlungen für die politische Umsetzung stehen.

Weiterentwicklung der Wiener Wirtschaftsförderung

Evaluierung der Wirtschaftsförderungen (inkl. Garagenförderung) der Stadt Wien im Hinblick auf die strukturelle Relevanz, Lenkungseffekte, Effizienz, Gender-Aspekte usw. der bestehenden Instrumente sowie vor dem Hintergrund eines prognostizierten künftigen Bedarfes. Darüber hinaus sollen die unternehmensbezogenen Fördermittel des waff evaluiert werden.

Gezielte Unterstützung von Kleinstunternehmen (auch für Gründungen) durch Mobilisierung von benötigten Finanzmitteln (z.B. durch Mikrokredite, Garantien, Haftungen, Beteiligungen) sowie durch Know-how-Transfer.

Ein wichtiger und zukunftsorientierter Schwerpunkt ist die Förderung von Frauen als Unternehmerinnen, als Gründerinnen und vor allem in der Forschung und Technik.

Auch ethnische Ökonomien sind ein wichtiger Bestandteil des Wirtschaftsstandorts als ArbeitgeberInnen und als AusbilderInnen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur weiteren Internationalisierung und Vernetzung der Metropole Wien. Aufbauend auf die „Migrant Enterprises“ sollen auch spezifische Fortbildungsprogramme für UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund angeboten werden.

Ausbau der Mingo-Büros mit gezielter Schwerpunkt-Setzung und Ausweitung auf wissensintensive Unternehmungen. Mit dieser gemeinsam genutzten Infrastruktur werden ein weiterer Ausbau und eine Weiterentwicklung von günstigen Gemeinschaftsbüros insbesondere für die wichtige Zielgruppe der Einzelpersonen- und Kleinstunternehmen erreicht.

Lebendige Straßen und Plätze

Flourierende Straßen und belebte Plätze sind essenziell für die Lebensqualität in einer Stadt. Sie rücken daher verstärkt in den Fokus der Wiener Wirtschafts- und Regionalpolitik.

Ziel ist es, die vermehrt auftretenden Leerstände von Straßenlokalen (insbesondere in ehemals florierenden Einkaufsstraßen) zu reduzieren, untergenutzte Erdgeschoßzonen zu attraktivieren, Straßenzüge durch einen guten Branchenmix an wirtschaftlichen Aktivitäten wieder neu zu beleben und den Großteil der Wiener Märkte an bestehende „Best Practices“ heranzuführen.

Als Basis für diese Maßnahmen ist der Status quo zu erheben - inklusive einer Erhebung rechtlicher Möglichkeiten. Entscheidend für den Erfolg wird sein, alle relevanten Player (Stadtplanung, Förderinstitutionen, Wirtschaftskammer Wien, Bezirke, ...) einzubinden.

Im Rahmen der *Wirtschaftsagentur Wien* wird ein entsprechender Schwerpunkt samt Ansprechperson festgelegt.

Innovationsfreundliches Auftragswesen & transparente Vergabe & weitere Entbürokratisierung

Mit dem Projekt „WienWin“ nutzt die Stadt Wien ihre Rolle als Auftraggeberin, um die Innovationskraft der Wiener Wirtschaft zu stimulieren. Ziel ist es, durch Aufträge im Bereich der Stadt Wien gezielte Impulse in Richtung Wiener Kreativwirtschaft sowie innovative Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen zu setzen.

Bei allen Vergaben der Stadt soll im Rahmen des Bundesvergabegesetzes der Versuch unternommen werden, die regionale Wirtschaft engstmöglich einzubinden – im Sinne des Prinzips „So groß wie nötig, so klein wie möglich“ – wobei verstärkt auf Transparenz, fairen Handel, ökologische, soziale und genderbezogene Kriterien Wert gelegt wird.

Eine verstärkte Serviceorientierung für Wiens UnternehmerInnen wird angestrebt. Effektivität in der Verwaltung sorgt dafür, dass effizient und leistungsorientiert gearbeitet wird und gleichzeitig der Magistrat und seine Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung als ArbeitgeberIn nachkommen können.

Eine Durchforstung der Verwaltungsabläufe und notwendigen Genehmigungen für Betriebe in Wien unter Wahrung von Anrainer- und Umweltinteressen soll eine Senkung der Verwaltungskosten zur Folge haben.

Arbeitsmarkt

Eine Arbeit mit einem Existenz sichernden Einkommen zu haben, ist das Um und Auf für alle Menschen, die im Erwerbsleben stehen. Deshalb gilt unser spezielles Augenmerk der Aus- und Weiterbildung aller WienerInnen. Dies beginnt bei den Jugendlichen und endet bei den „Best Ager“.

Die Wiener Ausbildungsgarantie für Jugendliche mit ihren 5 Säulen (1. Schule, 2. Lehre, 3. Lehrwerkstätte (überbetriebliche Ausbildung), 4. Übergang Schule-Beruf, 5. Nachholen von Bildungsabschlüssen) soll weiter vorangetrieben und Kooperationen mit den Unternehmen Wiens sollen verstärkt werden.

Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt, auch um die weiterhin bestehende Einkommensschere weiter zu schließen und die gesellschaftliche Gleichstellung zu forcieren.

EIN Arbeitsmarkt für alle - niemand wird zurück gelassen: Gerade jetzt, seit der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, wird auf Reintegration speziell Langzeitbeschäftigungsloser in den Arbeitsmarkt ganz besonderer Wert gelegt und die waff-Programme noch spezifischer auf die unterschiedlichen Zielgruppen abgestimmt.

Arbeitsplätze schaffen – mit Schwerpunkt Öko-Jobs

Erstellung einer Studie über beschäftigungsintensive Bereiche unter Berücksichtigung bestehender Studien – vor allem zu den Themen Umwelt- und Klimaschutz, Umweltfreundliche Mobilität, Thermische Sanierung, Forschung, Bildung, Gesundheit, Pflege und Soziales.

Aufbauend auf diese Studien werden konkrete Empfehlungen zur Umsetzung eines "Öko-Schwerpunkts" im Hinblick auf die Schaffung von Vollzeitbeschäftigungen erarbeitet.

Mit dem BMASK und dem Wiener AMS werden Gespräche aufgenommen, um weitere Projekte in Anlehnung an die seinerzeitige „Aktion 8000“ zu entwickeln - hierbei geht es v.a. um Arbeitsplätze im öffentlichen, kommunalen und gemeinnützigen Bereich in bestimmten Arbeitsfeldern, die besonders zukunftssträftig sind, wie z.B. Umwelt, Soziales, Neue Energien, Kultur, Wissenschaft und Forschung.

Jugendliche und Junge Erwachsene unterstützen – auch im Interesse der Zukunft des Standorts Wien

Die Wiener Ausbildungsgarantie für Jugendliche mit ihren 5 Säulen (Schule, Lehre, Lehrwerkstätte (überbetriebliche Ausbildung), Übergang Schule-Beruf und Nachholen von Bildungsabschlüssen) soll weiter vorangetrieben werden.

Dabei immer die Kooperationen mit den Unternehmen Wiens verstärken.

Das heißt unter anderem:

- Übergangmanagement Schule – Beruf institutionalisieren: Unter Einbeziehung aller AkteurInnen im Bildungs- und Ausbildungsbereich wird intensiv an der Schnittstelle Schule – Beruf gearbeitet. Damit sollen auch PflichtschulabsolventInnen, die keine weitere Ausbildung absolvieren, strukturell angesprochen werden. SchulabbrecherInnen, also „Drop-Outs“, werden so wieder in die Ausbildungsschiene zurück gewonnen.
- Besonderer Schwerpunkt für Mädchen mit Migrationshintergrund an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf
- Ausbau des Pilotprojekts "Meine Chance" für die bessere berufliche Integration junger Erwachsener zwischen 19 und 25 Jahren und
- Das Modell der "Produktionsschule" für Schul- und LehrabbrecherInnen im Alter von 15-25 Jahre wird weiter verfolgt. Die Produktionsschule verbindet Lernen, Arbeiten und soziale Kompetenz.

Unterstützung von Praktika

Das Interesse von Studierenden und JungakademikerInnen an Praktika im NGO Bereich ist sehr groß. Deshalb wird ein Stipendientopf für bezahlte Ausbildungspraktika im NGO- und NPO-Bereich angestrebt.

Arbeitslosenanzwaltschaft:

Die Stadt Wien tritt mit dem ÖGB und den Wiener Fachgewerkschaften, der AK Wien (insbesondere der bereits jetzt zuständigen Abteilung "Arbeitsmarkt und Integration"), sowie mit jenen Institutionen und Vereinen, die Arbeitslose betreuen und unterstützen, insbesondere auch mit dem AMS Wien und dem *waff*, in Gespräche ein, um potentielle Defizite in der Vertretung, Beratung und Betreuung von arbeitslosen Wienerinnen und Wienern festzumachen und diesbezüglich zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten auszuloten und zu erarbeiten.

Generelle Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bleibt weiterhin ein zentrales Ziel. Deshalb verstärkte Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt, auch um die weiterhin bestehende Einkommensschere weiter zu schließen und die gesellschaftliche Gleichstellung zu forcieren. Es soll allen, die Vollzeit arbeiten wollen, dies mit dem Ziel einer Existenz sichernden Beschäftigung auch ermöglicht werden.

Zielgruppenspezifische Angebote und Maßnahmen sollen den Arbeitsmarkt gerechter machen – auch durch ein Existenz sicherndes Einkommen.

Weiterqualifizierung von in Wien lebenden MigrantInnen, um deren in der Heimat erworbene Qualifikationen noch besser in den Wirtschaftsstandort Wien einbringen zu können.

Pilotprojekte und Initiativen zu Age-Management.

Schwerpunkt für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

Bereitstellung von Mitteln für experimentelle Arbeitsmarktpolitik (z.B. Innovationsassistenz).

Finanzen

Solide Finanzen sind das Rückgrat jeder Kommune. Denn nur so ist auch ein politischer Gestaltungsspielraum möglich. Es gilt – sowohl im Einklang mit dem Bund als auch mit anderen Bundesländern – das Wiener Budget zu konsolidieren. Die Wiener Stadtregierung wird alle Anstrengungen unternehmen, um einen Beitrag zur gesamtstaatlichen Konsolidierung zu leisten, wobei allerdings die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Wien erhalten bleiben muss.

Die BürgerInnen müssen das Budget und die Beschlüsse des Gemeinderats aber auch mittragen und mitverantworten können. Deshalb wird eine noch bessere und ausführlichere Darstellung angestrebt – u.a. eine noch übersichtlichere Veröffentlichung gerade im Internet.

In diesem Sinne wird eine Arbeitsgruppe zur Erstellung von Pilotprojekten zur partizipativen Budgeterstellung in Bezirken eingerichtet.

Weiterer Ausbau des Gender Budgeting: So soll das „best practice“-Modell Wien in Zukunft Österreichweit und auch international beworben werden. Wien wird Gender Budgeting weiter über alle Geschäftsbereiche weiterentwickeln.

Energie

Die Energiepolitik der Stadt Wien orientiert sich sehr stark an den Zielen der Europäischen Union. Wesentlicher Schwerpunkt der gemeinsamen europäischen Energiepolitik ist der effiziente Umgang mit Energie sowie der Ausbau erneuerbarer Energie. Dieser Punkt hat für Ballungszentren und Städte wie Wien besondere Relevanz.

Weiters fußt die Energiepolitik der Stadt Wien auf einem Gleichgewicht, das den Erfordernissen des Umwelt- und Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit, der Energieeffizienz und der sozialen Gerechtigkeit Rechnung trägt.

Bei der Energieaufbringung ist Wien mit modernsten Innovationen, etwa dem konsequenten Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und dem Ausbau des Fernwärme- und Fernkältenetzes, richtungweisend. Die Stadt Wien hat mit diesem System wesentliche Beiträge zum Klimaschutz geleistet, sodass heute die gemessenen CO₂-Emissionen pro Kopf deutlich niedriger liegen als in anderen Bundesländern.

Diese Erfolge sind allerdings kein Ruhekiten, die neuen Ziele der EU erfordern auch von der Stadt Wien Beiträge in der Verbesserung der Energieeffizienz, beim Ausbau erneuerbarer Energieträger und bei der CO₂-Reduktion. Bereits in den vergangenen Legislaturperioden wurde im Bereich Energie eine Reihe von rot-grünen Projekten erfolgreich umgesetzt, z.B. der Bau des großen Waldbiomassekraftwerks Simmering.

Nachhaltige Effekte bei der Reduktion des Endenergieverbrauchs in Wien können nur durch ein verantwortungsvolles und vorausschauendes Handeln aller beteiligten Akteure erreicht werden. Die Rot-Grüne Stadtregierung wird dazu ihre Kräfte bündeln. Bereits bei der Erstellung des Städtischen Energieeffizienzprogrammes (SEP) und beim Klimaschutz-Konzept (KLIP I + II) hat sich gezeigt, dass ein gemeinsames Vorgehen zu konstruktiven Lösungen führt.

Ausarbeitung und Beschluss eines Versorgungssicherheitsplanes sowie eines „WEEP – Wiener Erneuerbarer Energie Plan“ bis 2012

- In Kombination mit der laut KLIP II geplanten Erstellung des „Versorgungssicherheitsplans für Energie“ deckt der WEEP insbesondere die Bereiche Energieeffizienz und Erneuerbare Energie ab. Die beiden Pläne können integriert werden.
- Strategie- und Maßnahmenplan (nach dem Vorbild des SEP – Städtischer Energieeffizienzplan), nicht nur für die Forcierung der einzelnen Erneuerbaren Energietechnologien, sondern auch für die Fernwärme.
- Einbindung der relevanten Stakeholder in Wien (Stadtwerke, Magistrat, Parteien, Wissenschaft, NGOs, Bauträger, etc.).
- Beschluss im Wiener Gemeinderat.

Prüfung einer unabhängigen „Agentur für Erneuerbare Energie & Energieeffizienz für urbane Räume“

- Diese Institution dient als Think Tank der Stadt, sammelt internationale Best-Practice-Modelle, schlägt geeignete Umsetzungsstrategien vor und bündelt Erkenntnisse bestehender Institutionen. Darüber hinaus ist die Erschließung von EU-Fördergeldern für weitere Projekte geplant.

Förderung Erneuerbare Energie

- Zur Erreichung des KLIP II-Ziels, 300.000 m² Kollektorfläche thermische Solaranlagen bis 2020 (außerhalb des Fernwärmegebietes), sind sowohl legislative Maßnahmen weiterzuentwickeln wie auch Förderhemmnisse abzubauen.
- In Gebieten, in denen keine Fernwärme-Versorgung zur Verfügung steht, wie insbesondere Kleingartensiedlungen, ist ein besonders hoher Anteil von Erneuerbaren Energieträgern anzustreben. Besonders Pelletsanlagen mit Umweltzeichen gelten als förderungswürdig in den festzulegenden Förderschwerpunktgebieten (Diese werden im Rahmen der oben genannten Konzepte erstellt).
- Prüfung und Konkretisierung der Rahmenbedingungen zur Errichtung eines Biomasse-Heizwerks mit Nahwärmenetz in einem Nicht-Fernwärme Gebiet.
- Unterstützung eines Beteiligungsmodells für ein Photovoltaik-Kraftwerk. Mehrere Standorte kommen dafür in Frage, unter anderem die industriellen Flachdächer in Liesing.
- Schulen sollen die Möglichkeit haben, eine Solar/PV-Anlage als Demonstrations- und Lernanlage installieren zu können. Dieses Projekt wird auch von der Stadt Wien ermöglicht und unterstützt.

Effiziente Energienutzung

- Ausbau der unabhängigen Energieberatung und Ausbildung der dafür notwendigen EnergieberaterInnen entsprechend des SEP (Städtischer Energieeffizienzplan). Ziel ist die Senkung des Gesamtenergieverbrauchs in Haushalten und in kleinen und mittleren Gewerbebetrieben.
- Alle Gebäude von Betrieben im Einflussbereich der Stadt (WWFF, Wiener Holding etc.) sollen in Planung, Bau und Betrieb den Prinzipien Energieeffizienz, Erneuerbare Energie und umweltverträgliche Baustoffe entsprechen. Eine Strategie mit den entsprechenden Unternehmen ist in diesem Sinne auszuarbeiten.
- Überprüfung der Fernwärme-Tarifstruktur, die vermehrt Anreize zum Energiesparen geben soll.
- Im Rahmen eines Modellprojekts „Intelligenter Stromzähler“ werden insbesondere für den gewerblichen Gebäudebereich Lösungsmodelle, Visualisierungskonzepte und technische Kriterien erprobt, um vor Umsetzung der EU-weit verpflichtenden Einführung intelligenter Stromzählern entsprechende Best-Practice-Lösungen vorzuweisen.

Gesundheit und Soziales

"Bewusst in Verantwortung für einander"

Die Wiener Stadt- und Landesregierung betrachtet Gesundheitspolitik und Sozialpolitik als einander bedingende Materien. Damit die BürgerInnen dieser Stadt gesund sind, braucht es nicht nur gute medizinische und pflegerische Leistungen, sondern eine gesundheitsfördernde Lebenswelt. Unser Angebot fokussiert daher nicht ausschließlich auf Bekämpfung und Behandlung von Krankheit, stattdessen auch auf gesundheitsfördernde und –erhaltende Impulse. Wir arbeiten daran, die Lebensumstände der Menschen stetig zu verbessern, damit sie der Gesundheit der WienerInnen dienlich sind.

Wer das Gesundheitssystem braucht, benötigt zuallererst ein Umfeld der Sicherheit und Stabilität, um wieder genesen zu können. Das wichtigste Ziel in der Gesundheitspolitik der Stadt Wien ist daher die Sicherstellung der besten medizinischen Versorgung für alle BürgerInnen, unabhängig von Einkommen, Alter, Herkunft oder Geschlecht.

Die Wiener Stadtpolitik sorgt gemeinsam mit den zehntausenden hervorragenden MitarbeiterInnen des Wiener Gesundheitssystems dafür, dass alle WienerInnen erstklassig und mit Herz die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Dabei setzt sie auf Zusammenarbeit mit den Systempartnern, die jeweils in ihrem Sektor für die entsprechende Versorgung der WienerInnen arbeiten.

Wir arbeiten aber auch daran, die sozialen Bedingungen für die WienerInnen laufend zu verbessern: Wir wollen ein gutes Leben und gesellschaftliche Teilhabe für alle. Auch hier vertrauen wir auf die soziale Kompetenz der MitarbeiterInnen der Stadt Wien in allen Bereichen und halten dabei professionelle Sozialarbeit, Beratung, Begleitung und Vertrauensaufbau für zentral. Sozialpolitik ist für die Stadt Wien ein übergreifender Schutzmantel für jene, die unserer Solidarität bedürfen.

Spitäler, Pflege und Betreuung

Die Wiener Stadtregierung verbleibt auf ihrem Weg des Ausbaus der Vielfalt bei den Pflege- und Betreuungsangeboten und Sachleistungen. Bis 2015 wird die Zahl der stationären Pflegeplätze auf 10.000 erhöht. Mit der Schließung des Geriatriezentrums Am Wienerwald wird auch eine vergangene Ära in der Betreuung und Pflege älterer Menschen beendet. Damit die Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung – in ihrem Zuhause – verbleiben können, braucht es ein dichtes komplementäres Pflege- und Betreuungsnetz. Zentral für die Erhaltung der guten Angebote wird die Nutzung von Synergien zwischen Trägern sein – ebenso wie die weitere Entwicklung ihrer jeweiligen Stärken. Das Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser wird dabei auch in Betreuung und Pflege eine wesentliche Rolle spielen.

Die Neubauten der Pflegewohnhäuser Innerfavoriten, Meidling, Liesing, Baumgarten und Simmering werden in unmittelbarer Zukunft fertig gestellt. Die Generalsanierung des Pflegewohnhauses Donaustadt wird in Angriff genommen.

Die Innovativen Wohn- und Pflegehäuser Döbling, Liebhartstal und Rosenberg bringen einen Paradigmenwechsel in der Pflege und Betreuung. Ziel ist es, auch bei hoher Pflegebedürftigkeit im Appartement bleiben zu können.

Wer im eigenen Zuhause bleiben möchte, braucht eine Vielzahl in einander greifender Angebote. Dazu zählen ambulante und mobile Dienste, die die Menschen in ihren Wohnungen aufsuchen. Dazu braucht es aber auch noch mehr Tageszentren für SeniorInnen und Angebote zu sozialer Teilhabe an Miteinander und Integration – und gegen Isolation.

Die Weiterentwicklung von Qualitätsprogrammen für die Pflege steht ebenso auf der Tagesordnung der Stadt Wien wie die Entwicklung von Personaleinsatzmodellen. Dabei wird der Charakter der Pflegewohnhäuser als Lebenswelt besonders berücksichtigt.

Sichtbare und vergleichbare Ergebnisqualität im intra- und extramuralen sowie im Pflegebereich ist ein zentrales Ziel moderner Steuerung. Die MitarbeiterInnen der Stadt können auf ihre Arbeit stolz sein und brauchen den messbaren Vergleich mit der Arbeit von Mitbewerbern nicht zu scheuen.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die WienerInnen haben sich bewährt. Die Transparenzoffensive im Wiener Gesundheitsbereich wird daher mit größter Intensität weitergeführt. Der Kampf gegen Korruption gehört dabei zu den wichtigsten Aufgaben.

Effizienz und Effektivität sind Handlungsmaximen für die öffentliche Hand. Das Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Gesundheitswesen bedingt die Selbstverpflichtung zu größtmöglichen Anstrengungen in Sachen Wirtschaftlichkeit. Jedwede Möglichkeiten zur Steigerung der eigenen Effizienz und Effektivität werden vom Wiener Krankenanstaltenverbund genützt. Im stationären Bereich erfolgt die Konzentration noch stärker als bisher auf Schwerpunktsetzung und auf die Nutzung von Synergien.

Der Bau des Krankenhauses Nord startet im Herbst 2010 und wird am Ende der Legislaturperiode abgeschlossen sein. Damit verbunden ist die Umsetzung, Evaluierung und Weiterentwicklung des Regionalen Strukturplans Gesundheit, der partnerschaftlich mit Ärztekammer und Wiener Gebietskrankenkasse erarbeitet wurde. Schwerpunkte werden dabei auf den weiteren Abbau von Akutbetten, die psychiatrische Versorgung und auf den Ausbau von Tageskliniken gelegt. Die Psychosozialen Dienste in Wien werden mit Ambulatorien und Tageskliniken ihrer zentralen Rolle in der sozialpsychiatrischen Versorgung der WienerInnen gerecht – eine deutliche Erhöhung der Versorgungswirksamkeit des niedergelassenen Bereichs wird aber auch hier mit den Systempartnern angestrebt. Das Wiener Spitalskonzept wird weitergeführt und weiter entwickelt.

Der Wirtschaftshof sowie das Mutter-Kind- und OP-Zentrum im Kaiser Franz Josef-Spital werden wie der Südzubau der Rudolfstiftung als exemplarische Beispiele für eine durchdachte und wirtschaftlich solide Planung im Wiener Krankenanstaltenverbund voran getrieben. Erfolgreiche Konzentrationsprojekte – etwa bei Küchen und Sterilgutversorgung – werden als Leitprojekte für andere Bereiche und Güter verstanden und genützt. So wird ein zentraler Einkauf realisiert.

Der gemeinsame Einsatz für die Bildung der WienerInnen ist vorrangiges Anliegen der Stadt Wien. Die Umsetzung des Schulkonzepts wird weiter verfolgt. Am Ende der aktuellen Legislaturperiode wird es fünf Schulen im Rahmen des Wiener Krankenanstaltenverbundes geben. Ebenso wird an einer generellen Verbesserung der Qualität der Ausbildung von TurnusärztInnen weiter gearbeitet.

Die Leistungsorientierung im LKF-Modell wird erhöht. Die Verweildauer und die Wiederaufnahmeraten in Wiener Spitälern werden analysiert.

E-Medikation setzt im niedergelassenen und stationären Bereich auf die Vermeidung von medizinisch unerwünschten Arzneimittel-Wechselwirkungen.

Sektorenübergreifende Kooperationen, wie sie am Beispiel Dialysezentrum in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich umgesetzt werden konnten, werden weiter dabei helfen, das Wiener Gesundheitssystem erfolgreich und modern zu erhalten. Neue Versorgungsformen im ambulanten Bereich und integrierte Versorgungsmodelle sollen mit den Systempartnern etabliert werden.

Auch im Bereich präoperativer Diagnostik wird auf eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen intra- und extramuralem Bereich gedrängt.

Wir reduzieren die finanzielle Belastung sozial benachteiligter Gruppen und von Familien mit Zwillingen und Mehrlingen durch Streichung des Spitalskostenbeitrags aus Anlass der Geburt im Wiener Krankenanstaltengesetz. Darüber hinaus ist es unser gemeinsames Ziel, auf Bundesebene eine entsprechende Regelung in § 447f Abs. 7 ASVG zu erwirken. Bis zum Inkrafttreten einer solchen Regelung wird eine Übergangsregelung auf Trägerebene angestrebt.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung des nationalsozialistischen Terrors im Wiener Gesundheitswesen ist noch nicht abgeschlossen. Die Wiener Stadtregierung bekennt sich dazu, auch weiterhin unversöhnlich auf nationalsozialistische Medizinverbrechen in Wien und den Umgang mit diesen Verbrechen nach 1945 zu blicken und die wissenschaftliche Aufarbeitung zu fördern.

Frauengesundheit

Das Themenspektrum des Wiener Programms für Frauengesundheit ist breit gestreut. Es reicht von Maßnahmen zur Förderung der Herzgesundheit, einer selbstbestimmten Haltung zum eigenen Körper, insbesondere zum Körpergewicht, einer Absage an den Schönheitswahn über Initiativen zum Brustkrebsscreening bis hin zu einem umfangreichen Angebot für junge Mütter. Spezielle Angebote gibt es auch für Frauen und Mädchen mit Behinderung. Das Programm vereint ExpertInnen aus vielen Fachrichtungen und setzt auf ein professionelles Netzwerk von Gesundheitseinrichtungen, Vereinen und Institutionen. Ziel war und ist die Mitgestaltung einer frauenfreundlichen Gesundheitspolitik, ein breites Angebot an Prävention und die nachhaltige Verankerung von frauenspezifischen Angeboten in der Wiener Gesundheitsstruktur. Dabei wird auch der Zugang zu frauenspezifischen Leistungen, z.B. in öffentlichen Spitälern, evaluiert. Von den engagierten Aktivitäten des Wiener Frauengesundheitsprogramms haben zahllose Wienerinnen profitiert. Der Fortbestand und die Weiterentwicklung dieser wichtigen Arbeit werden seitens der Wiener Stadtregierung garantiert.

Die Stadt Wien setzt weiterhin auf die Förderung eines gesunden Lebensstils durch die Frauengesundheitszentren.

Mainstreaming von Frauengesundheit hat bei allen Gesundheits- und Pflegemaßnahmen zu erfolgen.

Am solidesten wissen Frauen über Frauengesundheit Bescheid. Über 20 Prozent der PrimärärztInnen im Wiener Krankenanstaltenverbund sind schon jetzt Frauen. Bei den FachärztInnen liegt der Frauenanteil deutlich über 40 Prozent. Es braucht Frauen, die Frauen auf dem Weg in Führungspositionen unterstützen – die dann wieder Frauen unterstützen können. Die Wiener Stadtpolitik fördert Frauen und steigert den Anteil an Frauen in Führungspositionen des Wiener Gesundheitssystems.

Gesundheitsförderung

Die Stadt Wien versteht Gesundheit im Sinne der WHO umfassend und setzt darauf, Gesundheit in alle Politikfelder und Lebensbereiche zu tragen. Dabei geht es vor allem um die Förderung von gesunden Lebensweisen und die Gestaltung von gesunden Lebenswelten für die WienerInnen. Dabei setzt sie auf einen forcierten Setting-Ansatz.

Kinder (Bsp.: Gesunder Kindergarten, Gesunde Schule), Frauen (z.B.: Geh!sund – Bewegte Frauen), sozial benachteiligte Menschen (z.B.: Gesundes Grätzel, Wohnungslose) und SeniorInnen (z.B.: PASEO - Bewegtes Altern in Wien) gehören zu den wichtigsten Zielgruppen für die nachhaltige Gesundheitsförderung in Wien.

Public Health

Die Stadt Wien setzt auf eine schlagkräftige Public Health-Strategie und bedarfsgerechte Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst. Schwerpunkte sind hier der Neubau des Hygienezentrums (Desinfektionsanstalt) sowie der bedarfsgerechte Ausbau entwicklungsdiaagnostischer und therapeutischer Angebote für Kinder und Jugendliche mit den zuständigen Systempartnern.

Wir schaffen ein Projekt im Rahmen der Wiener Pflege- und PatientInnenanwaltschaft unter Mitwirkung von Ärztekammer, Systempartnern und Selbsthilfegruppen, um PatientInnen im Wiener Gesundheitswesen eine weitere Möglichkeit bieten zu können, patientInnenorientierte und unabhängige Informationen am Stand der Wissenschaft zu erhalten.

Notfallversorgung

Die Wiener Stadtregierung bekennt sich zu einer laufenden Evaluierung und Modernisierung in der Notfallversorgung.

Dabei richten wir den Blick auf die Infrastruktur und setzen Schwerpunkte wie die Optimierung der Koordination von Rettungsmannschaften und Spitälern, die Schaffung von Stroke Units zur Schlaganfallversorgung und die Sicherstellung der Flugrettungsversorgung.

Sozialpolitik

Eine starke Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie sehr sie sich der Bedürfnisse von Menschen in schwierigen Lebenslagen annimmt. Wien gilt in sehr vielen Bereichen der sozialen Infrastruktur im gesamten EU-Raum zu Recht als Vorzeigestadt.

Der Schwerpunkt ist für uns im Bereich der Sachleistungen zu legen. Soziale Dienstleistungen wirken als konkrete Armutsprävention, weil sozial benachteiligte Gruppen überproportional von ihnen profitieren: Das starke öffentliche Spitalswesen, das starke öffentliche Bildungswesen und der beitragsfreie Kindergarten, der leistbare öffentliche Verkehr, das starke städtische Engagement beim Wohnen – so bekämpft die Stadt Wien Armut. Wer reich ist, braucht keine starke Stadt - und kann sich benötigte Leistungen selbst zukaufen. Die Wiener Stadtpolitik arbeitet stetig daran, die angebotenen sozialen Dienstleistungen noch kundInnen-, service- und bedarfsorientierter zugänglich zu machen. Dabei sind insbesondere die Sozialzentren hinsichtlich möglicher weiterer Leistungsbereiche zu überprüfen und die Beratungsleistungen zu forcieren.

Die Mindestsicherung ist ein erster, essenzieller Schritt zur Harmonisierung der österreichischen Sozialstandards und zur verstärkten Bekämpfung und Vermeidung von Armut. Neben der finanziellen Unterstützung ist ein Hauptanliegen der Mindestsicherung die Förderung einer dauerhaften Eingliederung der BezieherInnen in das Erwerbsleben. Wir bekennen uns dazu, gemeinsam Österreichweit darauf zu drängen, zusätzliche und harmonisierte Schritte gegen Armut, insbesondere von Eltern, Kindern und SeniorInnen, zu setzen. Dieser Weg ist mit der Einführung der Mindestsicherung am 1. September 2010 noch lange nicht abgeschlossen.

Die durch neoliberale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskrise europaweit gestiegene Armut hat vor allem AlleinerzieherInnen und Mehrkind-Familien getroffen. Das rot-grüne Wien setzt daher deutliche Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut: Die Mindestsicherung wird für alle Wiener Kinder auf monatlich 200 Euro angehoben. Außerdem wird ein Modell für eine Kinderaktivcard entwickelt, die den Zugang zu Sport, Kultur und außerschulischer Bildung fördert. Diese Kinderaktivcard wird mit Start des Schuljahres 2011/12 schrittweise eingeführt.

Um die sozialen Leistungen und Errungenschaften der Stadt ebenso wie Verbesserungspotenziale sichtbar zu machen, um soziale Aufstiege und Abstiege nachvollziehbar zu überblicken und um Abstiegsängsten sachlich entgegen wirken zu können, wird ein Armuts- und Reichtumsbericht entsprechend Rechnung legen.

Aus allen Ecken der Welt kommen ExpertInnen nach Wien, um das System der Wiener Wohnungslosenhilfe kennenzulernen. Weitere Schritte werden in Sachen Ausbau der Delogierungsprävention gesetzt, wobei verstärkt der Housing First-Ansatz verfolgt wird. Qualitätsstandards (z.B. ein rascher Zugang zu allen Stufen des Systems der Wiener Wohnungslosenhilfe) im Wohnungslosenbereich sind von größter Wichtigkeit, das Zielgruppenma-

nagement wird im Hinblick auf spezielle Angebote für Frauen, Familien und Männer sowie hinsichtlich der zu erwartenden Integrationspotenziale verfeinert und weiter entwickelt. Die Nächtigungsgebühr in den Notschlafstellen für BezieherInnen der Wiener Mindestsicherung wird hinsichtlich ihres Steuerungspotenzials in Sachen Empowerment, sozialer Integration und Umsetzung durch SozialarbeiterInnen nach einer ersten Beobachtungsphase evaluiert.

Den WienerInnen steht mit der Behindertenhilfe ein umfassendes Angebot an spezifischen Unterstützungsleistungen zur Verfügung. Es gibt in Wien spezielle Frühförderung für Kinder mit Behinderung, Fahrtendienste, ausreichende Angebote in Sachen Arbeit und Freizeit sowie Beratungsangebote für Angehörige – und es gibt die Pflegegeldergänzungsleistung für Persönliche Assistenz. Chancengleichheit ist für uns das Schlüsselwort. Die Wiener Stadtregierung arbeitet dafür, Menschen mit Behinderung in ihrem Streben nach Selbstbestimmung zu unterstützen. Die Umsetzung der UN-"Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Behindertenrechtskonvention (BK)" als Querschnittsmaterie wird in Angriff genommen.

Sucht und Drogen

Der Wiener Weg in der Sucht- und Drogenpolitik ist ein über die Jahre gewachsener und ständig in Verbesserung befindlicher Teil der Gesundheits- und Sozialpolitik der Stadt. Eine vorausschauende Sucht- und Drogenpolitik erweitert ihren Fokus stetig. Nicht substanzgebundene Süchte sind heute weit verbreitet, auch beim Umgang mit Alkohol ist weiterhin ein fokussierter Ansatz nötig.

Die unterschiedlichen Suchtszenen werden genau beobachtet, bedarfsgerechte Angebote stehen verstärkt insbesondere an Hotspots zur Verfügung. Der neue Ganslwirt wird fertig gestellt. Danach erfolgt die Übersiedlung des TaBeNo vom Wiedner Gürtel in den Ganslwirt neu. Harm Reduction bleibt weiterhin mit bedarfsorientierten Angeboten das bestimmende Element im Umgang mit Drogen. Das Zielgruppenmanagement wird in Hinblick auf die Komorbidität von Suchterkrankten verfeinert und weiter entwickelt.

Neben der Betreuung Betroffener setzen wir stark auf Suchtprävention, die gar nicht früh genug beginnen kann, und nicht zuletzt die Bedrohung durch Spielsucht, insbesondere für Jugendliche, ernst nimmt.

SeniorInnen

Die SeniorInnen sind eine wachsende Bevölkerungsgruppe. Das ist kein Problem, wie manche meinen, sondern eine schöne Aufgabe für die Politik. Und diese Aufgabe heißt, den älteren Menschen viele schöne, aktive und selbstbestimmte Jahre zu ermöglichen. Vor allem durch zeitgemäße Freizeit-, Wohn-, Betreuungs- und Pflegeangebote.

Über 350.000 Menschen in Wien sind 60 Jahre und älter. Sie wollen und können in Wien – nach einem Leben voll Arbeit – viele schöne und aktive Jahre genießen. Die Stadt unterstützt sie in ihrer Mobilität (durch die Wiener Linien, durch eine fußgängerfreundliche Verkehrspolitik), bietet ihnen Freiräume für ihre Aktivitäten (in den 172 Pensionistenklubs und Seniorentreffs), gewohnte Nahversorgung durch Märkte, Bildung (von Büchereien bis zu Volkshochschulen), bedarfsorientierten Wohnraum, eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, aber auch bedarfsgerechte Betreuung und Pflege, wenn diese notwendig wird (durch die zahlreichen mobilen sozialen Dienste, Tageszentren, Wohngemeinschaften sowie Pflegewohnhäuser).

Wohnbauprojekte wie *generationen: wohnen* (mit flexibler Wohnraumgestaltung, Barrierefreiheit und sozialen Services) nehmen auch auf die Bedürfnisse älterer BewohnerInnen Rücksicht und werden verstärkt angeboten. Auch Stadtteilprojekte, die systematisch Verbesserungen für ältere Menschen für ganze Wohngegenden entwickeln und ein selbstbestimmtes Wohnen auch im Alter ermöglichen, werden wichtiger.

Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz, Personal

Integration und Diversität

Wien begreift die Vielfalt als Lebensrealität und als Chance sowie Notwendigkeit für eine prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft.

Ziel muss es daher sein, dass alle Menschen in unserer Stadt in Vielfalt respektvoll zusammenleben, eine gemeinsame Sprache sprechen können, getragen von einer klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wien ist eine Stadt, in der wir vielfältige Lebensstile leben, aber gemeinsam Verantwortung tragen.

Die zentralen Wertvorstellungen unserer modernen und weltoffenen Gesellschaft und die Spielregeln für ein gutes Zusammenleben in Wien sollen in der "Wiener Charta des Zusammenlebens" formuliert werden. Durch eine breit angelegte Kampagne wollen wir die Inhalte dieser Charta allen Wienerinnen und Wienern bekannt und vertraut machen.

Fundament

Weil Wien die besten Hände und Köpfe sowie eine humanitäre Grundlage und Zukunftsperspektiven für alle BürgerInnen unabhängig ihrer Herkunft braucht, muss Zuwanderung auf Basis klarer, transparenter Kriterien gesteuert werden.

Weiterbeauftragung der Wiener Zuwanderungskommission, um mit einem kriteriengeleiteten neuen Zuwanderungsmodell für die künftigen Herausforderungen optimal gerüstet zu sein.

Weil wir die rasche und erfolgreiche Integration von Neuzuwanderern ermöglichen wollen, begleitet und unterstützt Wien alle, die neu kommen, vom ersten Tag an.

Weiterführung und Ausbau von „Start Wien“, des Programms zur Integrations- und Niederlassungsbegleitung für NeuzuwanderInnen.

Ausweitung von „Start Wien“ für EU-BürgerInnen, um das gute Zusammenleben und Zukunftsperspektiven in allen Lebensbereichen zu gewährleisten. Weiters wird ein PatInnen-System initiiert.

Ziel unserer Integrationspolitik ist es, dass ZuwanderInnen WienerInnen werden. Wir wollen, dass sich alle NeuzuwanderInnen möglichst rasch mit ihrer neuen Stadt identifizieren, sich zu Wien bekennen, sich in Wien zu Hause fühlen und sich an der Entwicklung und Zukunft unserer Stadt beteiligen. Dieser Prozess wird durch „Start Wien“ maßgebend begleitet und unterstützt, gerade in der wichtigen Phase nach der Neuzuwanderung. Im Rahmen des „Start Wien“ schließt die Stadt Wien eine Vereinbarung mit jedem Neuzuwanderer, den „Wiener Vertrag“. Er gilt als Willkommensgeste und feierliche Eingliederung in die Stadt Wien. Bestandteil des „Wiener Vertrags“ sind die Unterstützungsleistungen, die Wien erbringt, sowie die „Wiener Charta des Zusammenlebens“.

Sprache

Weil die gemeinsame Sprache der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben ist, setzt Wien konsequent seine Sprachoffensive mit leistbaren und leichtzugänglichen Deutschkursen fort.

Mit dem neuen "Integrationsmonitor" sollen die Sprachkenntnisse der ZuwanderInnen künftig laufend gemessen und Fortschritte evaluiert werden. Aufbauend auf diese Sprachstandserhebungen wird die Stadt die Angebote der Sprachoffensive regelmäßig und punktgenau den aktuellen Erfordernissen anpassen und einen Mehrjahresplan entwickeln, um sicherzustellen, dass BürgerInnen mit Wiener Wohnadresse über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen, um den Alltag eigenständig zu bewältigen. Insbesondere für jene Menschen, die schon lange hier leben, sollen neue Angebote entwickelt werden, um alte Sprachlücken zu schließen.

Wien erkennt den Wert der Muttersprache als Potential und fördert sie daher.

Ausbau der Sprachangebote insbesondere für Kinder und Jugendliche (Feriensprachkurse für SeiteneinsteigerInnen und Kinder mit schlechten Deutschnoten, Deutschkurse inkl. berufsbegleitendem Sozialcoaching)

Spezielle Sprachangebote für Ältere, um bereits zu lange Sprachbarrieren abzubauen.

Fortsetzung von „Mama lernt Deutsch“, um Frauen über die Sprache zur Teilhabe an allen Gesellschaftsbereichen zu ermächtigen und sie auf dem Weg zur Integrationsvereinbarung zu begleiten.

Wien hält am System der Wiener Sprachgutscheine fest und setzt sich parallel für ein bundesweites Finanzierungskonzept ein, damit der Zugang für alle garantiert ist.

Bildung und Arbeit

Weil Wien den sozialen Aufstieg für alle will, garantieren wir gleiche Chancen zu Bildung und Arbeit.

Der Gratiskindergarten ist nicht nur ein bildungspolitischer, sondern auch ein integrationspolitischer Meilenstein.

Das Fördermodell 1+1 wird einer umfassenden Evaluierung unterzogen und gegebenenfalls adaptiert. Die ganztägige gemeinsame Schule der 10-14 jährigen ist die wichtigste Grundlage, um die gläsernen Decken im Bildungssystem zu durchbrechen. Zu dem stellt eine pädagogische Nachmittagsbetreuung sicher, dass die Kinder nicht verloren gehen. Nur über die gemeinsame Schule wird es gelingen, die Stärken zu stärken und die Schwächen zu schwächen.

„Move on! Wien“ soll ein flächendeckendes Übergangsmanagement von der Schule in die Berufsausbildung sichern. Durch nachhaltige sozialarbeiterische Unterstützung in der 7. und 8. Schulstufe soll verhindert werden, dass die Jugendlichen aus dem Bildungssystem kippen.

Sicherstellung der bestehenden Initiativen zur Elternarbeit, denn sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Zukunft ihrer Kinder. Bildungsferne darf nicht vererbt werden.

Fortführung der Arbeitsmarkterstinformation im Rahmen von „Start Wien“ mit Kompetenzerhebung, um einen raschen und den Qualifikationen entsprechenden Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Aus- und Weiterbildungsoffensiven für sozial Schwache bzw. bildungsferne ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund. Diese Maßnahmen gilt es, strukturiert zu organisieren, damit die Menschen nicht in einem Kurskarussell landen.

Durch spezielle Programme in Anschluss an „Mama lernt Deutsch“ sollen Migrantinnen gezielt auf den Arbeitsmarkteinstieg vorbereitet werden.

Damit mitgebrachte Qualifikationen nicht auf der Straße liegen bleiben, und um qualifizierte Arbeitskräfte zu halten bzw. zu bekommen, wird sich Wien beim Bund für die Vereinfachung der Nostrifikationsverfahren stark machen.

AbsolventInnen der Wiener Universitäten sollen nach Abschluss ihrer Ausbildungen ihre Qualifikationen in den Arbeitsmarkt einbringen können.

Zusammenleben

Weil Wien für gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt steht, begleitet und unterstützt es die Wienerinnen und Wiener für ein funktionierendes Miteinander. Es geht darum, über das Finden gemeinsamer Interessen ein neues Wir-Gefühl zu entwickeln.

Weiterführung der Initiative „Sei dabei“, um die Menschen miteinander in den Dialog zu bringen bzw. ihnen Mut zu machen, aufeinander zuzugehen. Denn nur, wenn man einander kennt, haben Vorurteile keine Chance.

Der aufsuchende Dialog über die Bassenagesprache wird intensiv weitergeführt.

Diversitätsorientierte Projekte im öffentlichen Raum helfen, die Spielregeln des Zusammenlebens zu vermitteln, Konflikte zu vermeiden bzw. zu lösen.

Die Ängste und Bedürfnisse aller WienerInnen unabhängig von ihrer Herkunft werden ernst genommen und sind Auftrag für die Stadt, sich der Probleme anzunehmen, zuzuhören und Lösungsstrategien zu entwickeln. „Die Stadt hört hin!“

Partizipation ist neben der Sprache der Schlüssel zur Integration. Das beginnt bei der Mitbestimmung und Mitgestaltung im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld.

Die Stadt schafft eine Dialogplattform zur Vernetzung der Communities in Wien, um MigrantInnen eine Stimme zu geben.

Messbarkeit

Weil Wien als Stadt der Vielfalt seine Zukunft sichern will, macht Wien Integration messbar und überprüft kontinuierlich die Wirksamkeit seiner Maßnahmen und Strategien.

Wien misst nicht nur die Migration, sondern auch die Integration und Diversität. Auf Basis wissenschaftlich abgesicherter Daten wird kontinuierlich der Integrationsprozess evaluiert.

Die Messbarkeit zeigt auch die Handlungsfelder für künftige Integrationsmaßnahmen auf.

Diversität

Weil Wien Vielfalt lebt, müssen alle BürgerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Stadt haben. Durch die Diversitätspolitik der Stadt wird der Blick für die Chancen und Potentiale frei, die mit der zunehmenden sozialen und kulturellen Pluralisierung unserer Stadtgesellschaft einhergehen.

ZuwanderInnen, die schon länger in Wien leben, sind ausschließlich über Diversitätsmaßnahmen zu erreichen. Es gilt, die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen.

Durch Diversitätsmanagement wird einerseits unserer veränderten sozialen und demographischen Realität, in der es keine homogene einheimische Mehrheitsbevölkerung und eine nach Ethnien, Religionen, bzw. Regionen unterschiedliche zugewanderte Minderheitsbevölkerung gibt, Rechnung getragen. Zugleich wird auch eine deutliche Abgrenzung zur Assimilation vollzogen.

In Wien wird Diversität gelebt, die Zusammensetzung der MitarbeiterInnen der Stadt spiegelt die der Gesamtbevölkerung wider. Auch in Politik, Medien und der Wirtschaft sind entsprechend viele Menschen mit Migrationshintergrund zu finden.

Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe entwickelt ein Konzept, wie die Zahl der MitarbeiterInnen mit inter- und transkultureller Kompetenz gehoben werden kann.

Haltung zeigen

Weil in Wien Rassismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz haben, zeigt Wien in einem breiten Bündnis Haltung für Vielfalt, Weltoffenheit, gegenseitigen Respekt und Humanität.

Umsetzung der im Rahmen der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus vereinbarten Maßnahmen.

Gezielte Förderung von Antirassismuserbeit, um vor allem junge Menschen zu sensibilisieren.

Initiieren einer öffentlichen Kampagne gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In einem breiten Bündnis von Politik, Wirtschaft, Medien und der Stadtgesellschaft.

Die Stadt Wien bekennt sich dazu, keine Medien und Publikationen direkt oder indirekt zu fördern, die rassistische Inhalte und fremdenfeindliche Ideen verbreiten.

Rot-grün gemeinsam für Frauen

Jede Frau und jedes Mädchen soll in Wien sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können. Wir wollen mehr Geschlechtergerechtigkeit umsetzen und Diskriminierung von Frauen beseitigen. Um dieses Ziel zu erreichen, tragen alle Geschäftsgruppen dazu bei, denn Frauenpolitik ist Querschnittspolitik. Wien fördert Frauen in allen Bereichen der Politik und Verwaltung und ermöglicht die bessere Partizipation und Teilhabe von Frauen.

Wir wollen, dass Frauen und Mädchen ihre Rolle selbst bestimmen können. Dass sie frei von Gewalt leben können. Dass Halbe/Halbe wirklich gelebt wird. Und dass Frauen in Arbeit und Wirtschaft gleiche Chancen bei beruflichem Aufstieg, der Aus- und Weiterbildung sowie gleiches Einkommen wie Männer haben. Wien sagt der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern den Kampf an und bezieht Unternehmen in die Verantwortung für Gleichstellung aktiv mit ein. Wien unterstützt unabhängige Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen und feministische Projekte und arbeitet grenzüberschreitend mit Fraueneinrichtungen und ExpertInnen aus ganz Europa zusammen.

Gender Mainstreaming ist verpflichtend in allen Verwaltungsbereichen umzusetzen. Dabei darf Gender Mainstreaming die aktive Frauenförderung nicht ersetzen. Es handelt sich um zwei Parallelstrategien mit dem gemeinsamen Ziel der Gleichstellung.

Um einen kontinuierlichen Nachweis zu erhalten, wie sich die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in Wien darstellt und entwickelt, erstellen wir einen Wiener Gleichstellungsmonitor. Der Gleichstellungsmonitor erscheint periodisch und soll die Problemlagen und Benachteiligungen von Frauen in Wien identifizieren. Er dient als Grundlage für die stetige Weiterentwicklung von Frauenfördermaßnahmen in Wien.

Selbstbestimmung für Frauen und Mädchen in Wien

Unser Ziel ist, dass sich Frauen und Mädchen frei entfalten und ihren Beruf und ihre Lebensform aus dem ganzen Spektrum aller Möglichkeiten wählen können.

Um einengende Rollenklischees aufzubrechen, setzen wir auf ein breites Maßnahmenpaket u.a. in Wiener Bildungseinrichtungen.

Die konsequente Anwendung einer gendersensiblen Pädagogik in allen Bildungseinrichtungen gepaart mit speziellen Programmen, die Mädchen für technische Berufe begeistern, soll das „weibliche“ Berufsspektrum erweitern. Der Töchertag soll weitergeführt werden.

Sexistische Werbung hat in Wien keinen Platz, denn sexistische Werbung prägt stereotype Rollenbilder und hat daher weitreichende negative gesellschaftliche Auswirkungen für die Gleichstellung. Wir richten daher eine eigene Wiener Watchgroup ein, die anhand eines zu erstellenden Richtlinienkatalogs darauf achtet, dass Werbesujets die Würde der Frau nicht verletzen und kommunalpolitische Handlungsspielräume gegen sexistische Werbung genützt werden.

Gewaltfreies Leben für Frauen und Mädchen in Wien

Junge genauso wie ältere Frauen sind unabhängig von Herkunft, sozialer Schicht, Kultur oder Bildungsstand auf vielfältige Weise von Gewalt betroffen. Gewalt hat verschiedene Ausprägungen, wie sexualisierte, körperliche und/oder psychische Gewalt im sozialen Nahraum, im Arbeits- und Ausbildungsbereich oder durch Fremdtäter, Zwangsverheiratung und weibliche Genitalverstümmelung, Frauenhandel und strukturelle Gewalt.

Wir sehen es als zentrale politische Aufgabe, die langfristige ausreichende Versorgung von Opferschutzeinrichtungen sicherzustellen, für von Gewalt betroffene Frauen rasche und unbürokratische Hilfe anzubieten und alles dafür zu tun, um bestmögliche Unterstützung und Schutz vor Gewaltakten zu gewährleisten. Das Wiener Gewaltschutz-Netz wird laufend auf Lücken überprüft und bei Bedarf ausgebaut.

Eine sichere Unterkunft im Frauenhaus bietet betroffenen Frauen die Möglichkeit, frei von Druck und Angst neue Perspektiven zu finden. Unterkunftsplätze werden kontinuierlich ausgebaut.

Wir ermutigen betroffene Frauen und Mädchen nicht nur, sich zu wehren, sondern auch sich nach außen zu wenden und Information, Unterstützung und Hilfe zu holen. Wir sehen es daher als eine wichtige Aufgabe, die Öffentlichkeit weiterhin zum Thema 'Gewalt gegen Frauen' zu sensibilisieren. Vorurteile müssen entkräftet und Beratungsstellen beworben werden.

Darüber hinaus werden alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausgeschöpft, um den Psychoterror vor Gesundheitseinrichtungen zu beenden.

Gerechte Verteilung durch HALBE-HALBE

Die gerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit in unserer Gesellschaft ist die Voraussetzung für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter.

Bewusstseinsbildende Maßnahmen sollen Männer und Frauen in einem ersten Schritt dazu motivieren, Haushaltsführung, Kindererziehung und Pflegearbeit gerecht zu teilen. Halbe-Halbe soll zur gelebten Selbstverständlichkeit werden.

Gleichstellung durch betriebliche Frauenförderung

Wir wollen Wien in Sachen betriebliche Frauenförderung zur Vorzeigestadt machen. Ein wichtiges Ziel für uns ist, die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen zu schließen. Ungleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit wird nicht toleriert.

Um Unternehmen mit Vorbildwirkung vor den Vorhang zu holen, schreiben wir einen Preis aus. Damit zeichnen wir Wiener Unternehmen aus, die sich im besonderen Maße für die Gleichstellung von Frauen engagieren.

Ein innovativer Meilenstein auf dem Weg zu Gleichstellung wurde bereits mit dem rot-grünen Projekt zur Koppelung öffentlicher Aufträge der Stadt an frauenfördernde Maßnahmen gesetzt. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein wichtiger Hebel, um in den Wiener Betrieben Gleichstellungsmaßnahmen zu initiieren. Diese Verantwortung muss eine moderne Verwaltung wahrnehmen. Die Implementierung der gekoppelten Vergabe erfolgt in einem Etappenplan und wird in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter ausgebaut.

Gleichstellung durch Chancengleichheit am Arbeitsmarkt ist unser Ziel. Gemeinsam werden wir die Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt verstärken. Wien fördert das berufliche Weiterkommen von Frauen durch innovative, aktive und pro-aktive Arbeitsmarktpolitik.

Frauen im Management von Wiener Einrichtungen und Unternehmungen werden ebenso verstärkt gefördert wie Frauen in Technik und Forschung sowie Zukunftsberufen.

Die Stadt Wien nimmt ihre Verantwortung als Arbeitgeberin sehr ernst und bekennt sich klar zu einer aktiven Frauenförderung und zur Bekämpfung von Diskriminierung. Wir forcieren offensive Umsetzungsstrategien zur Erreichung der Ziele nach dem Wiener Gleichbehandlungsgesetz.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung ist das Ziel der deutlichen Erhöhung des Frauenanteils bei Entsendungen in Aufsichtsräte, Kommissionen, Kollegialorgane etc. durch die Stadt Wien. Zur Umsetzung wird unter anderem ein entsprechendes Projekt initiiert.

Auch im öffentlichen Dienst gibt es eine Einkommensschere zwischen Frauen- und Männeinkommen. Eine Maßnahme zur Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist die weitgehende Einkommenstransparenz. Ein wesentlicher Schritt zur Einkommensgerechtigkeit ist die Offenlegung der durchschnittlichen Gehälter per Gesetz. Die Stadt bekennt sich klar dazu. Im Magistrat wird Wien Vorbildwirkung zeigen und sich selbst zur Einkommenstransparenz verpflichten.

Lesben/Schwule/Transgender

Wien ist eine Stadt der Offenheit und des gegenseitigen Respekts, in der alle ihre Lebens- und Liebesmodelle frei wählen können. Homophobie und Transphobie haben in dieser Stadt keinen Platz.

Die eingetragene PartnerInnenschaft ist ein erster wichtiger Schritt. Die Stadt bekennt sich zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtlich Liebende und tritt für die umfassende rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien ein, da ein moderner Familienbegriff alle Beziehungsformen zu beinhalten hat.

Im Rahmen eines „Wiener Pakets für Vielfalt und Akzeptanz“ will Wien die eigenen Leistungen und Maßnahmen zusammenfassen und aufbauend auf diesen Erkenntnissen stetig weiterentwickeln (z.B. Schulungsmaßnahmen, Sensibilisierungsmaßnahmen im Altenpflegebereich, Gewaltprävention usw.).

Das vereinbarte „Wiener Paket für Vielfalt und Akzeptanz“ soll folgende Punkte beinhalten:

- Verankerung gesellschaftlicher Diversität im öffentlichen Bereich
- Maßnahmen gegen Homophobie, Transphobie und Gewalt
- Sensibilisierung für Transsexualität und Transgender
- Evaluierung der NGO-Fördermodelle
- Transnationale Kooperationen im Projekt- und Öffentlichkeitsarbeitsbereich
- Engagement für absolute Gleichstellung auf Bundesebene

Personal

Die Stadt Wien bekennt sich als Arbeitgeberin zu einer Kultur der Fairness, der Gleichstellung und der sozialen Verantwortung. Als größte Arbeitgeberin in Österreich hat die Stadt Wien eine enorme Bedeutung für Arbeit und Soziales in der Stadt und trägt als öffentliche Dienstgeberin eine dementsprechende soziale Verantwortung. Es geht um angemessene Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen, gerechte Leistungsabgeltung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Wir setzen auf eine aktive und systematische Personalentwicklung und ermöglichen unseren MitarbeiterInnen individuelle Karrierechancen.

Transparente und objektivierbare Auswahlverfahren sowie durchlässige und flexible Karrierestrukturen sind die essentiellen Eckpfeiler im Bemühen um echte Chancengleichheit für alle Frauen und Männer.

Die Stadt Wien bekennt sich als Dienstgeberin zu ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren MitarbeiterInnen. Das physische und psychische Wohlergehen sowie der gleichberechtigte und niederschwellige Zugang zu qualitätsvollen Angeboten der Aus- und Weiterbildung sind wesentliche Parameter der städtischen Personalpolitik.

Unser Ziel sind exzellent ausgebildete und hoch motivierte MitarbeiterInnen, die dem Prinzip des lebenslangen Lernens folgen. Das Niveau der Aus- und Weiterbildungsangebote wird daher an höchsten internationalen Standards gemessen, die Angebote werden laufend modernisiert und gemäß aktueller Anforderungen adaptiert.

Im Wissen, dass die Lehrlinge von heute die MitarbeiterInnen von morgen sind, setzt die Stadt auf eine qualitätsvolle Lehrlingsausbildung und übernimmt eine aktive Funktion in der Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche. Dieses strategische Unternehmensziel liegt in den Händen eines modernen und neu konstituierten Lehrlingsmanagements.

Die Stadt Wien stellt sich klar gegen jede Form von Diskriminierung, gegen Mobbing und sexuelle Belästigung und stellt ihren MitarbeiterInnen unabhängige Anlaufstellen zur Seite. Die berufliche Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen ist für die Stadt Wien als Dienstgeberin von hoher Bedeutung.

Mütter und Väter finden in der Stadt Wien eine Dienstgeberin, der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiges Anliegen ist. Wir setzen auf flexible Arbeitszeitmodelle für Eltern. Ziel ist die weitere Steigerung der Inanspruchnahme der Väterkarenz. Die Einführung

eines Papamonats, um mehr jungen Vätern zu ermöglichen, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, wird (nach budgetärem Ermessen) erwogen.

Wien bekennt sich zu den im Rahmen der Pensionsreform 2005 getroffenen Regelungen. Ziel bleibt jedoch die fortgesetzte Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters. Eine moderne berufliche Gesundheitsförderung und Präventionsmaßnahmen verfolgen das Ziel, die MitarbeiterInnen lange und gesund in Beschäftigung zu halten.

Wir streben eine leistungsgerechte Entlohnung für alle MitarbeiterInnen und gleiche Verdienst- und Karrierechancen für Frauen und Männer an. Um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu heben, ist eine 50 %-Quote für Frauen in Führungspositionen im Wiener Gleichbehandlungsgesetz verankert. Darüber hinaus wird ein Pilotprojekt zur Einkommensgerechtigkeit im öffentlichen Dienst initiiert.

Wien bekennt sich zur strikten Einhaltung aller arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften und Standards. Dies ist auch in aller Strenge zu berücksichtigen, wenn es um die Beauftragung von externen Unternehmen geht.

Wir bekennen uns zu einem solidarischen, demokratischen und konstruktiven Dialog zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberIn.

Tierschutz

Der Stadt Wien ist Tierschutz ein zentrales Anliegen. Sie bekennt sich zu ihrer ethischen Verpflichtung, quer durch alle Zuständigkeitsbereiche auf das Wohl der Tiere in dieser Stadt bestmöglich zu achten und ein konfliktfreies Zusammenleben von Mensch und Tier in der Großstadt zu gewährleisten.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzt die Stadt Wien vor allem Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Kontrolle und Entwicklung moderner Tierversorgungsstandards.

In Kooperation mit allen wichtigen Tierversorgungsinstitutionen erarbeitet die Stadt Wien ein umfassendes Konzept einer nachhaltigen und zeitgemäßen Tierversorgung, das auch Qualitätsstandards für die Errichtung zukünftiger Tierversorgungseinrichtungen festlegt.

Die im Fiaker-Schutzpaket enthaltenen Maßnahmen wie die Einführung von Schwerpunktkontrollen, die Adaptierung von Standplätzen und regelmäßige unangemeldete Kontrollen der Pferdestallungen werden konsequent weiterverfolgt und in den temperatursensiblen Jahreszeiten ausgeweitet.

Die Stadt setzt sich für eine Verbesserung der Tierschutzstandards bei Haustiermessen, Reptilienbörsen und Tierhandlungen in Form von verstärkten Kontrollen und Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich der Tierhaltung sowie eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich Tierhandel ein.

Das Projekt zur schonenden Regulierung der Stadttaubenpopulation (Augsburger Taubenmodell) wird nach Ende der Pilotphase evaluiert und bei Erfolg ausgeweitet.

KonsumentInnenschutz, Wiener Märkte

Strenge Kontrollen in Handel und Gastronomie garantieren hohe Lebensmittelqualität. Darauf können sich die WienerInnen verlassen.

Gut aufgeklärte KonsumentInnen kaufen bewusster ein. Information schafft Transparenz und Lebensmittelsicherheit.

Die Stadt Wien setzt mittels eines Marktsanierungs- und eines begleitenden Belebungsprogramms, welches laufend adaptiert wird, auf die Attraktivierung der beliebten Wiener Märkte.

Es sollen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um die Wiener Märkte vor Spekulationen zu schützen.

Internationales Wien

Das Leben in Wien hat sich durch den Beitritt Österreichs zur EU und die EU-Erweiterung tiefgreifend und nachhaltig verändert. In dieser EU gilt es, dass Wien seine Interessen stark vertritt, damit die EU zu jenem Lebensraum wird, den sich die Menschen wünschen. Die internationalen Aktivitäten der Stadt müssen aber weit über die EU hinausreichen, um Arbeitsplätze zu sichern, Wiens Position als Drehscheibe für Mittel- und Osteuropa zu stärken, weitere internationale Unternehmungen anzusiedeln, die Wirtschaft weiter zu internationalisieren, Wiens Stadttechnologien international zu vermarkten, den Tourismus zu fördern und letztlich auch – etwa durch Entwicklungszusammenarbeit – weltweit Armut zu bekämpfen und Gleichstellung zu fördern sowie Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung zu liefern.

Aktive Stadtaußenpolitik - Kooperation und Solidarität über Grenzen hinweg

Wien war Jahrhunderte lang Hauptstadt eines multinationalen, multikulturellen Reiches und galt unter Bruno Kreisky als Vermittlerin zwischen Ost und West. Wien ist bis heute Brücke zwischen dem „reichen“ und dem „armen“ Europa. Wien als Konferenzstadt, als wachsende Stadt mit ZuwanderInnen mit vielfältigem kulturellem Hintergrund, nutzt die Standortvorteile einer Weltstadt zur Positionierung als Stadt der Kooperation: z.B. Wien-weite Verwendung von „Fair Trade“-Produkten im öffentlichen Beschaffungswesen, verstärkte Förderung von Austauschprogrammen, von Einrichtungen interkulturellen Lernens und der Entwicklungszusammenarbeit, Förderung von Städtekooperationen vornehmlich mit Städten Südosteuropas, Vergabe von Stipendien und Praktika für interkulturellen Dialog und Entwicklungszusammenarbeit.

Europäische Städtepolitik

Kommunalpolitik ist Europapolitik. Von den Rahmenbedingungen für öffentliche Dienste, dem Ende der Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt bis zu neuen demokratiepolitischen Instrumentarien wie der Europäischen Bürgerinitiative: Wien ist von EU-Entscheidungen in vielfacher Weise betroffen.

Die demokratische Gestaltung Europas und die Minimierung der viel diskutierten Kluft zwischen „Brüssel“ und den BürgerInnen erfordern eine offensive Europapolitik und deren intensive Diskussion mit der Zivilgesellschaft. Volksabstimmungen über EU-Verträge sind zu unterstützen, das kommunale Wahlrecht für EU-BürgerInnen auszubauen.

Gestärkt durch den Lissabon-Vertrag und das Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung, nützt die Stadt Wien ihre Schlüsselrolle in zahlreichen Städte- und Regionalnetzwerken sowie im Ausschuss der Regionen zum Schutz der kommunalen Dienstleistungen (Daseinsvorsorge), zum Ausbau des finanziellen und politischen Handlungsspielraums von Städten bzw. der Bedeutung von Städten im EU-Institutionengefüge sowie zur Schaffung hoher demokratischer und sozialer Standards (Sozialunion) innerhalb Europas. Die Förderung von Beschäftigung und nachhaltiger Entwicklung sowie die Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sind zentrale Ziele der Wiener Europapolitik.

Wien – stark in der EU

Europa muss sich von einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Sozial- und Umweltunion weiter entwickeln, wo Beschäftigung, Chancengleichheit, Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit der Bevölkerung Vorrang haben. Daseinsvorsorge muss Vorrang haben vor Zwangsliberalisierung aller Lebensbereiche und rücksichtslosem Gewinnstreben.

Bei der Sicherung der Daseinsvorsorge geht es um den Schutz vor Liberalisierung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, insbes. die Ausnahme der sozialen Dienste und das Recht der Kommunen auf eigenverantwortliche Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge gem. Art. 14 VEU bzw. Prot. 26.

Die EU braucht eine weitere Entwicklung direktdemokratischer Instrumente, z.B. europaweite Volksabstimmungen, und eine größere Transparenz der Entscheidungsprozesse, um die Akzeptanz durch die BürgerInnen zu heben.

Wien muss seine Interessen und die Interessen der BürgerInnen in der EU stark vertreten, u.a. mit dem Wien-Haus in Brüssel sowie in den Städte- und Regionalnetzwerken (u.a. dem Ausschuss der Regionen, dem RGRE, EUROCITIES, der Union der EU-Hauptstädte UCEU, und in der ARGE Donauländer).

Europapolitik wird auf eine breite Basis gestellt: Ein Gemeinderats-Ausschuss für Europäische und Internationale Angelegenheiten wird geschaffen, stadtaußenpolitische Leitlinien im Gemeinderat diskutiert, und Österreichs EuropaparlamentarierInnen erhalten ein Rederecht zu europapolitischen Themen im Gemeinderat. Der europapolitische Dialog mit der Zivilgesellschaft wird intensiviert, z.B. durch die Einrichtung eines jährlichen „Wiener Europadialogs“. Ein Internationaler Wiener Europapreis wird ausgeschrieben für herausragende Leistungen in verschiedenen Kategorien im Hinblick auf die Weiterentwicklung Europas.

Die Zusammenarbeit mit den Städten und Regionen Zentral- und Osteuropas bzw. des Westbalkans gilt es, weiter auszubauen. Grenzüberschreitende Projekte zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, der Gleichstellung und der Beschäftigung sind auszubauen, u.a. die Überregionalen Beschäftigungsinitiativen. Diesbezügliche Städtekooperationen unterstützen die europäische Integration der Länder des Balkans.

Wien – stark in CENTROPE

Die Europa Region Mitte (CENTROPE) soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aktivitäten von öffentlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen aus vier Ländern weiter fördern. CENTROPE bietet als transnationaler Begegnungsraum die Chance, neue Wege zukunftsfähiger Entwicklung zu beschreiten: Erarbeitung grenzüberschreitender Modelle von sanfter Mobilität, von interkulturellem Lernen und erneuerbarer Energie. Schaffung demokratischer Strukturen der repräsentativen Demokratie und der partizipativen Demokratie, stärkere Einbeziehung von Frauen in die Entscheidungsstrukturen. Förderung bzw. Ausbau geeigneter Pilotprojekte.

Wien soll seine Rolle im Donauraum noch stärker als bisher wahrnehmen: durch den Vorsitz in der ARGE Donauländer, durch ein starkes Engagement in der in Aufbau befindlichen Donauraum-Region + Schwarzmeer-Region (Donauraumstrategie der EU) und durch die aktive Rolle in der Baltic Sea/Adriatic-Region.

Wien – stark in der Stadtaußenpolitik

In den kommenden Jahren geht es bei internationalen Aktivitäten der Stadt u.a. darum:

Absicherung von Arbeitsplätzen, Ausbau der Position Wiens als Kompetenzzentrum für Mittel- und Osteuropa und als Standort internationaler Unternehmungen, Ankurbelung der Wiener Wirtschaft, Positionierung von Stadttechnologien auf internationalen Märkten und Förderung des Tourismus.

Stadtaußenpolitik geht über Wirtschaftspolitik hinaus. Ein Schwerpunkt muss in Mittel- und Osteuropa liegen, wo durch die geografische Nähe und historische Verbindungen die Bezugspunkte in diesen Ländern zu Wien gegeben sind. Wien hat hier eine Zukunftsaufgabe für die weitere europäische Integration und damit für dieses Projekt des nachhaltigen Frie-

dens in Europa. Weitere Aktivitäten liegen in den USA, Japan, dem Nahen Osten und in der Golfregion.

Wien soll weiterhin als offener, neutraler Boden in der internationalen Gemeinschaft gelten, eine Stätte der Begegnung und des Dialogs. Die Sicherung bestehender und die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen sind unsere Ziele.

Hilfsmaßnahmen der Stadt Wien zur Förderung von Bildung, von Gesundheit, Gleichstellung, zur Wasserversorgung, zur Aufforstung, zur Unterbringung von Flüchtlingen, zum Transport von Hilfsgütern sollen weiter Bestandteil einer Stadtpolitik sein, die ihre Mitverantwortung für die globale Entwicklung wahrnimmt.

Kultur und Wissenschaft

Präambel

Wien ist eine dynamische, moderne Kulturstadt von globaler kultureller Relevanz und mit einem weltoffenen Klima. Dass das so bleibt, ist unsere zentrale kulturpolitische Aufgabe. Kulturpolitik ist Arbeit am Stadtprofil. Wien im 21. Jahrhundert – das ist für uns nicht die Verwaltung des eigenen kulturellen Erbes, sondern dessen avancierte, kritische und vielfältige Entwicklung.

Kulturpolitik darf sich nicht zurücklehnen. Auch wo Vieles gewohnt gut ist, muss Neues angegangen werden, das Gute muss Konkurrenz in Form des Besseren erhalten.

Wir stehen daher für eine starke öffentliche Kulturfinanzierung, die nicht dem Marktdiktat, sondern Qualitätskriterien verpflichtet ist. Auch das, was „sich nicht rechnet“, hat seine Berechtigung und muss öffentlich gefördert werden.

Kunst, Kultur und der kreative Output Wiens sind ein wesentlicher Bestandteil der Dynamik dieser Stadt und eine wichtige Artikulationsmöglichkeit für die gesellschaftlich relevanten Diskurse. Kulturpolitik ist immer auch Integrations-, Sozial-, Jugend-, Frauen- und Bildungspolitik.

Die migrantische Realität unserer Gesellschaft muss sich jenseits der Nischen widerspiegeln. Daher sehen wir Migrant Mainstreaming und Interkulturalität im Sinne einer aktiven Einbeziehung aller kulturellen Identitäten in das kulturelle Leben in Wien als eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturpolitik.

Wir verfolgen eine aktivierende Kulturpolitik. Kulturpolitik muss die gesellschaftlichen Konflikte und Bruchlinien thematisieren. Wir verstehen diese Schwerpunktsetzung auch als Einladung an die Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen dieser Stadt, sich im Feld des kulturellen Brückenbaus verstärkt zu engagieren.

Wir stehen für eine Kulturpolitik der Gerechtigkeit. Das bedeutet offene, niederschwellige, inkludierende Kulturräume. Kultur und Kunst müssen für alle da sein.

Damit wir in der Globalisierung unverwechselbar bleiben, werden wir verstärkt das Neue vor Ort fördern, um eine zeitgenössische, lokale Moderne zu ermöglichen. Förderung von Kreativität bedeutet das Zulassen von Freiräumen, in denen Neues entstehen kann.

Kulturpolitik in Wien heißt auch Mut zum architektonischen Signal. Wien braucht herausragende Kulturbauten, die die Stadt als Kulturstadt des 21. Jahrhunderts definieren.

Das intellektuelle und kulturelle Leben der Stadt braucht Austausch, Kooperation und Auseinandersetzung. Wir fördern kreative Konfrontation und eine Kultur der Vernetzung.

Wir verstehen kulturelle Bildung und Vermittlung als zentralen Kulturauftrag und werden noch stärkeres Augenmerk auf die Förderung kultureller Kompetenz – vom Kindergarten an – legen.

Wien Kultur 2010 – 2015

Interkulturalität und Migrant Mainstreaming (Kultureller Austausch und Gleichstellung von MigrantInnen)

- Migration und der Umgang mit kulturellen Identitäten sind zentrale Themen der Kulturpolitik. Interkulturalität ist mehr als die Förderung von MigrantInnenvereinen. Die „Brückenbaufunktion“ der Kultur zur Sichtbarmachung und Lösung gesellschaftlicher Konflikte muss für die Stadt stärker genutzt und durch einen entsprechenden Mitteleinsatz sichergestellt werden.

- Die bessere Repräsentation von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen der Kultur und der kulturellen Institutionen, auch in Leitungsfunktionen, ist ein zentrales Ziel.
- Interkulturalität und Migrant Mainstreaming sind künftig integraler Bestandteil aller künstlerischen Konzepte.
- Interkulturalität und Migrant Mainstreaming werden als Kriterien für besondere Förderungswürdigkeit in die Förderrichtlinien aufgenommen.
- Es wird ein Konzept für die Einrichtung eines „postmigrantischen Kulturraumes“ (Vorbild „Ballhaus Naunynstrasse“ Berlin) entwickelt.
- Für die Aufgabe des „kulturellen Brückenbaus“ wird ein/e eigene/r Beauftragte/r eingesetzt.
- Ausschreibung eines Preises sowie koordinierte Calls der Wiener Kulturinstitutionen zum Thema Interkulturalität.

Offene Diskussionskultur

- Kulturpolitik bedeutet nicht nur, Antworten zu geben, sondern auch, die richtigen Fragen zu stellen. Kulturpolitik bedeutet auch die Beteiligung aller: Kunstschaffender, KunstvermittlerInnen und Gesellschaft. Kulturpolitik muss sich immer neu erfinden.
- Zu diesem Zweck wird die Plattform „Wien denkt weiter“ weiterentwickelt. Sie bietet sowohl im Web als auch im Rahmen regelmäßiger Kulturkongresse allen Interessierten die Möglichkeit, an der Zukunft dieser Stadt und ihrer Kultur mitzuarbeiten. Das Themenspektrum reicht dabei von kultur- und gesellschaftspolitisch relevanten Fragestellungen bis hin zu konkreten Zukunftsprojekten für die Stadt. Als erstes Thema wird 2011 der Schwerpunkt „Interkulturalität und Transkulturalität“ behandelt. Weitere mögliche Themen sind: Genderfragen, Aus- und Weiterbildung für kreative und künstlerische Berufe.
- Initiativen, die den programmatischen Diskurs und die Entwicklung von Visionen und Ideen fördern, werden forciert. Dabei sollen neue Formen des Dialogs und der Kunstvermittlung etwa auf Basis von Social Media berücksichtigt werden.
- Der Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft kann die Leitung der von der Stadt Wien geförderten Kultureinrichtungen mittels Mehrheitsbeschluss einmal pro Jahr zu Aussprachen über Konzepte und zur Berichtslegung einladen.

Kulturelle Partizipation

- In Wien sollen alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben. Es ist uns daher wesentliches Anliegen, den Zugang zu Kunst und Kultur zu verbessern und zu verbreitern. Insbesondere Menschen mit geringeren Bildungschancen, Menschen mit geringem Einkommen und MigrantInnen soll der Zugang zum Kulturangebot durch geeignete Maßnahmen erleichtert werden.
- Der Fokus liegt auf partizipativen Projekten, die Kommunikation und Auseinandersetzung fördern. So wird die Kulturförderschiene für Jugendliche (Cash for Culture) ausgeweitet, mit Schwerpunktsetzung auf Interkulturalität.
- Bereits bestehende Gratisangebote im Kulturbereich werden ausgebaut und Maßnahmen für Menschen mit geringem Einkommen verstärkt (Ausweitung der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“, neues Projekt: „Eine Stadt. Ein Film.“).
- Um die Beteiligung Jugendlicher am kulturellen Leben weiter zu fördern, werden neue Projekte und Initiativen entwickelt (Beispiel Go for Culture).

Vermittlung und kulturelle Bildung

- Wir werden kulturelle Bildung auf allen Ebenen verstärken. Programme, die den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern, werden weiterentwickelt (z.B. KulturlotsInnen).
- Partnerschaften zwischen Schulen und Kultureinrichtungen werden ausgebaut.
- Projekte zur Einbindung und stärkeren Berücksichtigung von MigrantInnen im Kulturbetrieb werden entwickelt.

Förderung von Qualität

- In Wien leben und arbeiten Kulturschaffende, die an sich und an ihre Arbeit höchste Qualitätsansprüche stellen und diese Qualität einem sehr urteilskräftigen und kompetenten Publikum zur Auseinandersetzung vorlegen. Für die öffentliche Kulturförderung ist Qualität auch in Zukunft zentraler Bestandteil.

Vorrang für die Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens

- Innovation und zeitgenössisches Kulturschaffen sind für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft unabdingbar. Die Handlungsspielräume dafür müssen ständig erweitert werden, nicht zuletzt durch die Erschließung neuer privater Finanzierungsquellen, z.B. über eine Stiftung für Gegenwartskunst.

Musikstadt Wien

- Wien wird international für sein Musikschaffen geschätzt. Um zukunftsfähig zu bleiben, werden die in Wien vorhandenen Plattformen für neue zeitgenössische Musik – wie z.B. Wien Modern oder das Popfest – gestärkt, und die Stadt als Inkubator für innovative musikalische Entwicklungen positioniert.
- Gemeinsam mit der Wiener Musikszene werden neue Formen der Unterstützung für junge MusikerInnen in Wien entwickelt (z.B. Touring-Modell, Proberäume).
- Musikcluster Wien: Musikeinrichtungen und Vereine der Stadt im Bereich der zeitgenössischen Musik werden stärker vernetzt und damit kreative Auseinandersetzung und Zusammenarbeit gefördert.

Film und Filmwirtschaft, Kinos

- Der österreichische Film ist wesentliches Kulturgut und ein für Wien wichtiger Wirtschaftsfaktor.
- Aufbauend auf den Erfolgen der letzten Jahre und der Intensivierung der Filmförderung wird die Stadt als Film- und Medienstandort weiter ausgebaut.
- Eine stärkere Vernetzung der Wiener Filmeinrichtungen soll zu einem „Filmcluster Wien“ führen.
- Die Wiener Kulturpolitik versteht sich als Partnerin für die Wiener Programmkinos bei infrastrukturellen Investitionen (z.B. Digitalisierung).

Digitale Medien und Kultur

- Interdisziplinäre Projekte, die digitale Kunst mit Theater, Film, Bildender Kunst, Literatur, Performance und anderen Kunstformen verbinden, werden verstärkt gefördert.
- Darüber hinaus wollen wir weitere Impulse in der Netzkultur setzen, um Wien zu einem signifikanten Knotenpunkt auf der virtuellen Landkarte zu machen.

Wien Museum Neu

- Wien erhält ein neues Stadtmuseum des 21. Jahrhunderts. Dieses neuartige Universalmuseum wird ein Zeichen moderner Architektur, ein Ort der Begegnung, eine neue

Attraktion für die Stadt, ein Haus, das die Geschichte Wiens auf spannende und anspruchsvolle Weise vermittelt, mit einer neugestalteten Dauerausstellung, die sich – kombiniert mit neuen Vermittlungsformaten – an alle Wienerinnen und Wiener richtet. Das neue Wien Museum soll zudem Ausgangspunkt für alle BesucherInnen Wiens werden. Ein Neubau wird in ökologischer Bauweise erfolgen, der inhaltliche Entwicklungsprozess wird partizipativ gestaltet.

Jüdisches Museum Wien

- Das Jüdische Museum Wien muss ein Ort der aktiven Geschichtsvermittlung, ein Kompetenzzentrum für jüdische Kultur sein.

Vereinigte Bühnen Wien

- Der Betrieb wird langfristig durch angemessene und ressortübergreifend zuordenbare Subventionen gesichert.
- Mittelfristig sollen Einsparungs- und Synergiepotenziale, auch durch angepasste Be-spielungskonzepte, in allen Bereichen genutzt werden. Angestrebt wird eine schrittwei-se Kostenreduktion.
- Frei werdende Mittel werden zur Finanzierung neuer kulturpolitischer Schwerpunkte genützt.

Evaluierung der Theaterreform

- Evaluierung der Theaterreform inklusive konkreter Empfehlungen.

Verstärkung der ressort- und institutionenübergreifenden Zusammenarbeit

- Wir begreifen Kultur als wesentlichen Bestandteil der Stadt – als solcher muss sie über Ressortgrenzen hinaus gedacht werden.
- Wir legen einen Schwerpunkt auf die Förderung der zeitgenössischen Kunstproduktion unter besonderer Berücksichtigung des inter- und transdisziplinären Arbeitens an den Schnittstellen der künstlerischen Disziplinen sowie zwischen Kunst und Wirtschaft, digi-talen Medien, Sozialem, u.a.
- Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen, die üblicherweise verschiedene Ziel-gruppen ansprechen (z.B. Konzerthaus und Brunnenpassage), werden forciert.
- Koordination und Abstimmung der verschiedenen Wiener Musiktheaterspielstätten mit dem Ziel, einander nicht zu konkurrieren, sondern vielmehr Synergien zu schaffen.
- Für die Kunst im öffentlichen Raum werden neue städtische wie private Kooperations-partner gesucht sowie die Vermittlungsarbeit intensiviert.

Kultur und Stadtentwicklung

- Ziel ist die Ansiedlung von Kulturinstitutionen in Stadterweiterungsgebieten. Kultur wird als Bestandteil von Planungsüberlegungen großer Bauvorhaben und Planungsprozes-sen in der Stadt, etwa bei der Planung von Ziel- und Stadterweiterungsgebieten oder der Erstellung des Stadtentwicklungsplans, von Beginn an verankert.

Dezentrale Kunst- und Kulturaktivitäten

- Dem Ausbau und der Stärkung von Kultureinrichtungen außerhalb des Stadtzentrums wird besonderes Augenmerk geschenkt.
- Kulturelle Aktivitäten in den Außenbezirken und an „sozialen Brennpunkten“ werden verstärkt gefördert. Bis Ende 2012 werden drei Pilotprojekte umgesetzt. Vorbild dafür sind Projekte wie „Into the City“, „Street Academy“ oder die „Brunnenpassage“.

- Die Bezirksmuseen werden attraktiviert und die Öffnung und Erweiterung des Festivals der Bezirke fortgesetzt.

Agentur für Zwischennutzung

- Kulturelle Freiräume und Zwischennutzungen von leerstehenden Gebäuden, Brachflächen und Baulücken werden in allen Stadtteilen ermöglicht. Eine zentrale Koordinationsstelle, die „Agentur für Zwischennutzung“, sammelt aktiv Meldungen über Leerstände von städtischen, bundeseigenen oder privaten Räumen und bietet diese auf Anfrage an.

Service-Center Kultur

- Das zentrale Service-Center Wien Kultur wird Kunstschaffenden und KulturveranstalterInnen als offene, sichtbare und niederschwellige Anlaufstelle („Gassenlokal“) Unterstützung bei Subventionsansuchen, Abrechnungen von Subventionen, bei der Buchhaltung usw. bieten.

Gender Mainstreaming

- Gleichstellungspolitik, Frauenförderung und Gender Mainstreaming müssen auch im Kunst- und Kulturbereich Selbstverständlichkeit werden. Deshalb wird im Rahmen der Kunst- und Kulturförderung der Stadt Wien der Frauenförderung noch stärkeres Augenmerk geschenkt werden. Die Ergebnisse der bisherigen Verankerung von Gender Mainstreaming werden einer Evaluierung unterzogen.

Öffentliche Präsenz von Kulturinitiativen

- Die Präsenz im öffentlichen Raum von kleinen und mittleren Kultureinrichtungen ist der Wiener Kulturpolitik ein Anliegen und wird dementsprechend thematisiert. Gemeinsam mit den Betroffenen werden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

Verantwortungsvoller Umgang mit der Vergangenheit

- Wien pflegt einen aktiven und bewussten Umgang mit der Vergangenheit. Bevorzugt werden kulturelle, wissenschaftliche und soziale Projekte gefördert, die zur Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus beitragen.
- Das Wiesenthal-Zentrum wird nach dem vorliegenden Konzept als Zentrum für Holocauststudien inklusive Forschung und Vermittlungsaspekten realisiert.
- Weiterhin unterstützt werden Projekte der Erinnerungskultur und der aktiven Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, insbesondere im Jugendbereich.
- Errichtung eines Mahnmals für Deserteure sowie eines Mahnmals für homosexuelle und transgender Opfer des Nationalsozialismus.
- Die Sanierung der jüdischen Friedhöfe wird gemäß dem Washingtoner Abkommen durchgeführt. Die am Jüdischen Friedhof Seegasse begonnenen Arbeiten werden fortgesetzt.
- Die Stadt Wien unterstützt weiters die Sanierung des Kornhäuslbaus am Jüdischen Friedhof Währing. Unbeschadet des Washingtoner Vertrages wird die MA 42 die Pflegearbeiten am Jüdischen Friedhof Währing fortsetzen. Außerdem wird sich die Stadt Wien in Abstimmung mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) um eine Öffnung des Friedhofs bemühen.

Anpassung und Ausweitung des Restitutionsbeschlusses

- Der Restitutionsbeschluss wird – der Novelle des Bundeskunstrückgabegesetzes folgend – auf Kunst- und Kulturgegenstände erweitert, die vor 1938 im nationalsozialistischen Deutschland entzogen wurden.

Gedenkjahr 2014

- Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs jährt sich 2014 zum 100. Mal. Im kritischen Umgang mit der Vergangenheit soll eine Vielzahl von Gedenkprojekten, auch im Wissenschaftsbereich, angeregt und gefördert werden.

Überprüfen personenbezogener Straßennamen

- Straßennamen dokumentieren die historische Entwicklung einer Stadt und sind von hoher Symbolkraft. Das Institut für Zeitgeschichte führt eine flächendeckende, systematische Überprüfung personenbezogener Bezeichnungen von Verkehrsflächen durch und arbeitet Empfehlungen zur weiteren Vorgangsweise aus.

Europäische und internationale Kulturpolitik

- Die Art und Weise, wie sich Wien mit seiner Kultur im Ausland präsentiert, ist für seine Stärkung als internationale Kulturmetropole von großer Bedeutung. Bei der Präsentation zeitgenössischer Wiener Kultur im Ausland wird daher eine bessere Abstimmung mit anderen Magistratsabteilungen, aber auch mit der Wirtschaftskammer und dem Außenministerium angestrebt. Außerdem werden zeitgenössische Kultureinrichtungen und KünstlerInnen verstärkt einbezogen, um ein differenzierteres Bild von Wien im Ausland zu zeichnen.
- Bei kulturellen Aktivitäten im Ausland konzentrieren wir uns auf (Ost)-Europa und streben mit diesen Ländern gezielte Kooperationen an.
- Eine vielfältige Stadt wie Wien muss auch aktiv den kulturellen Austausch mit den Herkunftsländern der Wiener ZuwanderInnen pflegen.

Förderung der Creative Industries

- Die Kreativwirtschaft an der Schnittstelle von Wirtschaft und Kultur ist für die kulturelle Produktion in Österreich von besonderer Bedeutung.
- Zur Stärkung des Kreativstandorts Österreich und zur Förderung österreichischer Kreativleistungen werden Initiativen und Förderprogramme in den verschiedensten Bereichen ausgebaut. So sollen Start-Ups im Bereich der Creative Industries noch stärker unterstützt werden.
- Insbesondere wird Wien junge Talente im Bereich der digitalen Innovation fördern.
- Durch verstärkte Förderung und Öffentlichkeitsarbeit für Bereiche wie Design und Mode wird Wien international als Kreativ- und Innovationsstadt positioniert.

Glücksspiel

- In Ausführung der Glücksspielgesetznovelle 2010 wird eine landesgesetzliche Regelung erarbeitet, die SpielerInnen- und Jugendschutz garantiert. Die Konzessionsvergabe wird an die neuen bundesgesetzlichen Bestimmungen angepasst

Wissenschaft und Forschung

Wien ist Wissenschafts- und Universitätsstadt. Die zahlreichen Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie freie ForscherInnen schaffen Arbeitsplätze und leisten einen wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung von Wien. Die Stadt Wien nimmt durch ihre nachhaltige Wissenschaftspolitik ihre Verantwortung für ein offenes Forschungsklima, Interdisziplinarität und Internationalität wahr. Um die zentralen Herausforderungen für die politische Gestaltung einer Großstadt im 21. Jahrhundert besser zu verstehen und darauf basierend zu planen, investiert Wien auch in der Wissenschaft in Zukunftsfelder. Für WissenschaftlerInnen,

Studierende und angehende ForscherInnen werden optimale Rahmenbedingungen für zukunftsorientierte Forschung geschaffen. Als Stadt wirken wir darauf hin, dass in Wien Forschung betrieben wird, die aktuelle gesellschaftliche Problemfelder bearbeitet.

Wir setzen uns dafür ein, dass an den Hochschulen qualitativ hochwertige Bildung und Forschung sichergestellt wird. Das bedeutet konkret ausreichende Finanzierung, Sicherstellung der universitären Mitbestimmung, finanzielle Absicherung von Studierenden u.a. durch eine Reform des Stipendiensystems sowie Evaluierung der Umsetzung des Bologna-Prozesses an allen Universitäten. Bildung entscheidet über die Zukunft der Stadt und des Landes. Wir müssen so vielen Menschen wie möglich den Zugang zur Universität ebnen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Wien auch in Zukunft genügend wissenschaftlichen Nachwuchs hat, um seine Position als Stadt der Wissenschaft und Forschung zu behaupten.

Projekte

- Forschungsschwerpunkt „Geistes-, Sozial und Kulturwissenschaften“: Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen für Wien liegen in den Bereichen Migration, Demographiewandel, Gesundheit, Pflege, Sozialwirtschaft, Energie schonendes Bauen/Mobilität/Produktion, Gemeinwohlökonomie, Demokratie. Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, die diese Felder beforschen, werden daher mit Hilfe des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) und der Wissenschaftsabteilung der MA 7 weiter gestärkt. Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen in der Stadt fließen in diese Forschungen ein. Dieser große Bereich ist damit ein dritter Forschungsschwerpunkt neben Life Science und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).
- Die Ergebnisse von "Wien denkt Zukunft" sind zentraler Bestandteil der Wissenschaftspolitik der Stadt.
- Entwicklung von Konzepten hinsichtlich neuer Plattformen und Andockstellen für WissenschaftlerInnen an der Schnittstelle von in Wien ansässigen Wissenschaftseinrichtungen mit ressortübergreifendem Ansatz und unter Berücksichtigung nationaler und internationaler Vorbilder wie das Wissenschaftszentrum Berlin, ein Haus der Wissenschaft oder die „Mingo“-Büros.
- Verstärkte Nachwuchsförderung im Bereich der Biotechnologie, Quantenphysik und der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften mit besonderem Augenmerk auf Forschungsstipendien für junge WissenschaftlerInnen.
- Die internationale Sichtbarkeit des Forschungsstandortes Wien wird durch vermehrte Abhaltung von Wissenschaftskonferenzen mit internationaler Relevanz verstärkt. Wir werden uns aktiv insbesondere um jene Konferenzen bemühen, die sich mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen in unserer Stadt beschäftigen.
- Wir werden neue Akzente in der Forschung setzen. Vor allem die Bereiche Medizintechnik, Umwelttechnologien und Physik werden auf ihr Potenzial hin untersucht. In allen Schwerpunkten geht es um den Ausbau von Forschungsinfrastruktur sowie die Förderung der besten Köpfe.
- Wien soll sich zu einem Weltkompetenzzentrum in der Medizintechnik entwickeln, und zwar durch eine neue Kooperation zwischen Medizin-Uni und Technischer Uni sowie durch verstärkte Förderungen, die sowohl internationalen Unternehmen als auch KMUs und Start-ups zu Gute kommen.
- Wien wird – als lebenswerteste Stadt der Welt – auch um seine Stadttechnologien beneidet. Deshalb wollen wir Wiens technologisches Know-how, etwa im Bereich der Umwelttechnologie, weltweit vermarkten.
- Durch Wissenschaftsvermittlung werden die Ergebnisse und Erfolge von Forschung und Wissenschaft einer breiten Öffentlichkeit bekannt und damit auch für die Praxis

verfügbar gemacht. Bei der Vergabe von Fördermitteln werden Vermittlungstätigkeiten im Rahmen der Projekte verstärkt berücksichtigt.

- Wien ist Standort von 9 Universitäten und 4 Fachhochschulen. Wir werden die gute Kommunikations- und Kooperationsbasis der Stadt mit diesen Forschungsstätten ausbauen und so die Verbindung von Forschung mit stadtrelevanter Praxis forcieren.
- Auch im Rahmen der Wiener Vorlesungen werden wir den Dialog intensivieren.
- Angesichts der aktuellen Diskussion um Migration, Integration und interkulturelle Konflikte verstehen wir unsere Forschungspolitik auch als Einladung an die Wissenschaftscommunity, sich in ihrer Forschung mit gesellschaftlichen Bruchlinien und Konflikten auseinander zu setzen und sich am kulturellen Brückenbau an sozialen Brennpunkten zu engagieren.

Sicheres Wien

Wir wollen den Menschen umfassende Sicherheit in allen Lebenslagen geben. Sicher leben heißt, sich wohl fühlen in Wien. Es bedeutet daher auch: soziale Sicherheit – durch eine aktive Bildungs-, Beschäftigungs-, Sozial-, Gesundheits- und Wohnungspolitik. Sicherheit vor Natur- und Umweltkatastrophen (wie Hochwässer, Wasser- oder Luftverschmutzungen) durch eine aktive Umweltpolitik oder eine gut ausgerüstete Wiener Feuerwehr und Wiener Rettung. Sicherheit vor Energiekrisen („Black-outs“) durch eine verantwortungsbewusste Energiepolitik. Ebenso Sicherheit vor politischer Gewalt (Radikalismus, Terrorismus) und natürlich Schutz vor Kriminalität, Kriminaltourismus und organisierter Kriminalität – durch eine ausreichend vorhandene und ausgestattete Polizei. Wien ist eine der sichersten Großstädte der Welt und soll es auch in Zukunft sein.

In den kommenden Jahren geht es darum, Wien – in Zusammenarbeit und mit Unterstützung durch die Bundesregierung - sicher zu halten und dort sicher zu machen, wo es notwendig ist.

Maßnahmen der Stadt

Es soll bei der Planung und Gestaltung von öffentlichem Raum weiter darauf geachtet werden, dass Angsträume und uneinsehbare Ecken vermieden werden sowie auf hinreichende Beleuchtung geachtet wird.

Die Stadt nimmt verschiedene Aufgaben wahr, für die früher die Wiener Polizei zuständig war (Meldegesetz, Passamt, Fundwesen etc.). Durch diese Entlastung der Polizei bei diesen Aufgaben sollen Exekutivkräfte für Sicherheitsaufgaben bereit gestellt werden.

Ein regelmäßiges Dialogforum "Sicherheitspolitik und Menschenrechte" zwischen NGOs, Menschenrechtsorganisationen, Polizei, Sozialarbeit etc. ist einzurichten.

Ordnungspolitik der Stadt

Die Stadt Wien nimmt eine Vielzahl sehr unterschiedlicher ordnungspolitischer Aufgaben wahr. Das Ziel ist vor allem die Sicherstellung einer von der Bevölkerung gewünschten Sauberkeit und Ordnung in unterschiedlichsten Lebensräumen.

In den Magistratischen Bezirksämtern, Magistratsabteilungen und Unternehmungen sind MitarbeiterInnen mit der Wahrnehmung solcher Aufgaben betraut. Diese sind sehr unterschiedlich, weshalb dafür sehr spezielle Qualifikationen und Befugnisse erforderlich sind. Die Stadt und ihre Unternehmen haben dafür eine ausreichende Zahl Bediensteter sowie einen koordinierten und effizienten Einsatz sicherzustellen.

Diese Organe der Stadt sollen durch möglichst einheitliche Kennzeichnung eine Sichtbarkeit für die BürgerInnen erhalten.

Stadtentwicklung und Verkehr

Stadtentwicklung

Ein Strategisches Konzept für die künftige Stadtentwicklung

Stadtentwicklungsplan 2015

Der „Wiener Weg“, nämlich vorausschauende Stadtplanung unter entsprechenden infrastrukturellen Rahmenbedingungen, ermöglicht ein kontrolliertes Wachstum für Wien. Damit können wir in unserer Stadt unmittelbar darauf achten, dass die Lebensqualität gleich verteilt ist. Sicherheit, Geborgenheit und Wohlstand soll für ALLE Menschen in Wien sichergestellt sein.

Laut Bevölkerungsprognose der Statistik Austria werden in Wien im Jahr 2030 mehr als 2 Mio. EinwohnerInnen leben. Hierfür soll rechtzeitig vorgesorgt werden:

- ausreichend gewidmete Flächen für geförderten Wohnbau
- Ausbau der notwendigen sozialen und technischen Infrastruktur
- Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
- Ausbau des hochrangigen Straßennetzes nach Maßgabe der verkehrsorganisatorischen sowie budgetären Rahmenbedingungen und unter Einbeziehung der BürgerInnen
- Dabei sollen jedenfalls 50 % der Gesamtfläche der Stadt Grün- und Erholungsflächen bleiben. Um dies sicherzustellen, wird bis Ende 2012 ein „Grün- und Freiflächen-Konzept“ erstellt, das im neuen Stadtentwicklungsplan 2015 aufgehen soll.

Der neue Stadtentwicklungsplan 2015 muss auf die neuen Herausforderungen reagieren! Bevölkerungswachstum, Bewältigung der Weltwirtschaftskrise, Klimawandel, Schaffung von Beschäftigung und weiterer Ausbau der wissensbasierten Stadt müssen Eingang in den STEP 2015 finden, wobei die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind.

Ein Dialogprozess auf breitester Ebene soll unmittelbar gestartet werden und breite Schichten der Bevölkerung unter Nutzung moderner Medien und Dialogformen frühzeitig einbinden.

Die Schwerpunkte der Stadtentwicklung und -planung sind folgende:

- innere Stadterweiterung: ehemalige Bahnhofs-, Industrie- und Kasernenareale wie z.B. Neu Marx, Stiftskaserne, Nordwestbahnhof, Nordbahnhof, Franz Josefs-Bahnhof.
- äußere Stadterweiterung: Entwicklung klassischer Stadterweiterungsgebiete unter der Prämisse einer gemischt funktionalen Struktur zur Gewährleistung des Grundkonzepts „Stadt der kurzen Wege“ und ökologischer Nachhaltigkeit und Energieeffizienz
- Erneuerung historischer Stadtgebiete und traditioneller Siedlungsachsen: City, Wiental, Gürtel
- Entwicklung / Belebung der Uferzonen: Donaukanal und Donau – „Wien ans Wasser“, Identifikation größerer Gebiete für neue autofreie Siedlungen / Bike Cities nach dem Muster „Bike City“ und „Bike&Swim“ im 2. Bezirk

Qualitätssicherung der Instrumente von Stadtplanung und -entwicklung

Eine laufende Qualitätssicherung der Stadtplanungsinstrumente und des Prozessmanagements bei Planungs- und Bauvorhaben wird durch regelmäßige Evaluierungs- und Reformschritte gewährleistet:

- Um die rechtlichen Möglichkeiten eines Wiener Modells zur „Flächenwidmungsabgabe/Planwertabgabe“ zu prüfen, wird eine Arbeits- und ExpertInnengruppe eingerichtet, die ein Rechtsgutachten erarbeiten soll.
- Damit eine hohe Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Planungsentscheidungen gewährleistet bleibt und weiter optimiert wird, werden regelmäßige Reformschritte bei der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung sichergestellt.
- Die Wichtigkeit der Energieeffizienz bzw. der Einsatz erneuerbarer Energie bei Büro- und Gewerbebauten wird verstärkt betont und eingefordert, u.a. durch eine Überarbeitung bzw. Ergänzung des Hochhauskonzepts durch klare Energie- und Stromeffizienzziele.
- In Zusammenarbeit mit der Wiener Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten wird eine Weiterentwicklung des Wettbewerbbleitfadens durchgeführt, um weiterhin bzw. verstärkt faire, wirtschaftliche, transparente und qualitätssichernde Vergabe- und Wettbewerbsverfahren sicherzustellen. Ziel ist es zudem, baukulturelle Leitsätze der Stadt Wien zu beschließen, die als Qualitätsrichtlinie für all jene Planungen und Bauvorhaben gelten, die im mittelbaren und unmittelbaren Einflussbereich der Stadt Wien realisiert werden.
- Um die Bezirke bei der Beurteilung von Bauprojekten zu unterstützen, wird ein „ExpertInnenpool“ bestehend aus externen Fachleuten eingerichtet, auf den die Bezirksvertretungen bei Bedarf zurückgreifen können.
- Autofreie Projekte sollen durch die Ermöglichung im Garagengesetz auch dort möglich sein, wo bereits Widmungen bestehen.
- Weiters soll eine öffentliche Enquete in Kooperation mit der für Wohnbau zuständigen Geschäftsgruppe Chancen und Risiken kleinteiliger Parzellierungen diskutieren und bewerten, um vielfältige urbane Stadtstrukturen zu entwickeln.

BürgerInneninformation und -beteiligung im Bereich der Stadtplanung

BürgerInneninformation und -beteiligung hat einen hohen Stellenwert in der Stadtplanung! Sie sind besonders in der Phase VOR dem offiziellen Verwaltungsverfahren (Flächenwidmungs- und Bebauungsplan nach BO für Wien) zweckmäßig. Hier sollen neue Wege erprobt und in der Planungspraxis der Stadt Wien eingeführt werden.

Breite und transparente Dialogprozesse sollen bereits im Vorfeld strategischer Überlegungen zur Stadtentwicklung (Stadtentwicklungsplan - STEP05, Masterplan Verkehr - MPV) und während der Erstellung der Masterpläne für die Zielgebiete geführt werden.

Dieser transparente Informations- und Kommunikationsprozess ist von der Idee über die Planung bis zur Realisierung von Projekten aufrecht zu erhalten! Dafür sind sämtliche zur Verfügung stehende Medien zu nutzen, auch unter Berücksichtigung so genannter „neuer Medien“ und 3D-Darstellungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen je nach Möglichkeit und Relevanz. Dafür ist die Stadtplanung auch mit entsprechenden Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit und die Dialogprozesse auszustatten.

Bürgerbeteiligung

Verschiedenste und sehr flexible Formen der Bürgerbeteiligung z.B. via Lokale Agenda 21 und Gebietsbetreuung sollen vor allem bei Grätzelprojekten in Bezirkskompetenz zum Einsatz kommen. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe sollen die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Lokalen Agenda 21 erörtert werden.

Zusätzlich werden anhand von Pilotprojekten klare Regeln, Instrumente und Modelle für Mediations- und Beteiligungsverfahren bei Planungsvorhaben bis Ende 2012 evaluiert und im Anschluss auf ihre mögliche Implementierung in städtebauliche Planungsprozesse hin überprüft.

Öffentlicher Raum

Die Gestaltung des öffentlichen Raums bestimmt maßgeblich die Lebensqualität in der Stadt, weshalb eine attraktive Gestaltung von Straßen und Plätzen enorm wichtig ist. Ein besonderer Schwerpunkt soll hierbei auf die Neugestaltung von Bereichen in der Inneren Stadt und von dezentralen Einkaufsstraßen und Plätzen gelegt werden.

Im wachsenden Wien sind ausreichende und qualitätsvolle Grün- und Erholungsflächen ein wichtiger Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Raumes. Um die Grün- und Freiraumversorgung aller WienerInnen auch weiterhin zu garantieren, werden Grün- und Freiraumflächen in Wien erhalten, angekauft und geschaffen.

- Projekt: In jedem Bezirk ein neuer Park und Freiraum nach Maßgabe der finanziellen Bedeckung und Beschluss in der Bezirksvertretung.
- Pilotprojekt „Selbsterntebeete“ / Gemeinschaftsgärten: Diese geben der Stadtbevölkerung die Möglichkeit, eigenes und biologisches Gemüse zu ernten. Das Angebot soll mit privaten Kooperationspartnern (andere Landwirte mit geeigneten Flächen) in unterschiedlichen Regionen Wiens ausgeweitet werden.

Eine Arbeitsgruppe wird Reformvorschläge zur Implementierung von Instrumenten und Richtwerten der Grünraumplanung als integraler Bestandteil der Planung des öffentlichen Raums sowie bei der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung erarbeiten.

Weiters wird bis Ende 2012 ein „Grün- und Freiflächen-Konzept“ erstellt, das im neuen Stadtentwicklungsplan 2015 aufgehen soll. Die bezirksbezogenen Analysen über Stärken und Schwächen im öffentlichen Raum werden aktualisiert. Im Rahmen dieser Analysen werden auch Brach- und Freiflächen identifiziert und die Bezirke ermutigt, temporäre Pilotprojekte zur Bespielung dieser zu initiieren (z.B. „Einfach-Mehrfach“-Projekte).

Sozial-Integrative Stadtentwicklung

Zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung soll verstärkt der Fokus auf eine sozial-integrative Stadtentwicklung gelegt werden. Dazu wird eine entsprechende Datenstruktur erarbeitet bzw. bereitgestellt, um eine Grundlage für konkrete stadtteilbezogene, sozialintegrative Maßnahmen zu schaffen.

Verkehr

Ein strategisches Konzept für den Wiener Verkehr

Masterplan Verkehr (Verkehrskonzept) 2013

Die Wiener Verkehrspolitik ist seit vielen Jahren geprägt vom Bestreben, die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung unter höchster Verkehrssicherheit, Gesundheitsschutz, Lebensqualität und Rücksichtnahme auf Umwelt- und Klimaschutz (CO₂ Ausstoß, Reduktion bei Feinstaub und Stickoxiden und Reduktion von Lärm) und Priorisierung der Umweltverbundverkehre zufrieden zu stellen.

- Oberste Priorität hat die Sicherheit im Verkehrsgeschehen! Wien soll auch weiterhin die verkehrssicherste Stadt Europas bleiben! Wien verpflichtet sich, auch künftig Maßnahmen zu setzen, um diesen Vorsprung weiter auszubauen.
- Das Motto der Wiener Verkehrspolitik ist „Intelligente Mobilität“ (oder wienersisch: „g’scheit unterwegs“).
- Das heißt: Der „Umweltverbund“, Öffentlicher Verkehr (ÖV) sowie Rad- und Fußgängerverkehr, soll konsequent gefördert werden. Ziel ist es, den MIV (Motorisierten Individualverkehr) in Wien um rund ein Drittel zu reduzieren, den ÖV-Anteil auf 40% bzw. den Radverkehrsanteil auf 10% zu steigern. Der Anteil des Fußgängerverkehrs soll, vom derzeitigen hohen Niveau ausgehend, noch verbessert werden.
- Moderne Technologien wie e-mobility, ITS Vienna Region (AnachB.at) usw. sind im Sinne von Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Verkehrsverbesserung einzusetzen.
- Gerade weil neue Stadtteile entstehen und sich viele WienerInnen eine Verkehrsberuhigung im innerstädtischen Bereich wünschen, soll die hochrangige Verkehrsinfrastruktur, nach Maßgabe der verkehrsorganisatorischen sowie budgetären Rahmenbedingungen, unter Einbeziehung der BürgerInnen ausgebaut werden.
- Weiters wird das bestehende Straßennetz wie bisher saniert und in einem hohen qualitativen Zustand gehalten.
- Wien als europäische Verkehrsdrehscheibe: Durch die weitere Verbesserung der Verkehrsverbindungen mit Bratislava (Twin City) und Brno (die S7 wird Wien mit Bratislava verbinden und dabei die Region dazwischen aufschließen; mit der Nordautobahn A5 bekommt Wien eine Verkehrsanbindung Richtung Norden – Brno, Praha, Berlin und Ostsee) und mit einem Ausbau des Bahnverkehrs ins Umland und in die Nachbarländer (SK, CZ, H) wird ein zeitgemäßes Netz für den öffentlichen Verkehr geschaffen. Weiters wird Wien mit dem Hauptbahnhof, dem Wienerwaldtunnel und dem Lainzer Tunnel (als Teil der „Magistrale für Europa“) sowie dem Wiener Hafen ein europäischer Schienenverkehrs- und Schifffahrtsknoten.
- Das neue Verkehrskonzept 2013 wird darüber hinaus vor allem auf die geänderten Rahmenbedingungen eingehen, wie z.B. auf die dramatische Klimaentwicklung, die wachsende Bevölkerung Wiens und die allgemeine wirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Lage.
- Das Verkehrskonzept 2013 wird in einem breit angelegten Dialogprozess unter Einbindung der Bevölkerung und der Interessenvertretungen erarbeitet.

Verkehrssicherheit in Wien

Wien ist gemeinsam mit Berlin die verkehrssicherste Stadt Europas – nirgendwo anders sind die Menschen sicherer unterwegs. Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit hat oberste Priorität. Unsere Zielsetzung ist es, die Zahl der Verkehrsoffer auf Wiens Straßen bis 2020

erneut um die Hälfte zu reduzieren. Jeder Verletzte oder Tote im Straßenverkehr ist einer zu viel!

Tempo-30-Zonen sind ein wichtiger Beitrag zur Verkehrsberuhigung und zur weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit: Dazu wird ein kartografisches Konzept über die bezirksweiten Entwicklungsmöglichkeiten von „Tempo-30-Zonen“ unter Berücksichtigung verkehrsorganisatorischer Rahmenbedingungen erstellt und veröffentlicht.

Umweltverbund fördern – sanfte Mobilität in Wien

Öffentlicher Verkehr

Dem Öffentlichen Verkehr kommt in Wien höchste Priorität zu. Der weitere Ausbau des Öffi-Netzes soll den Umstieg so attraktiv wie möglich machen.

- Das Angebot an Öffentlichen Verkehrsmitteln sicherzustellen, ist eine der wichtigsten Infrastrukturaufgaben von Städten. Deshalb bekennt sich Wien dazu, dass die Wiener Linien im öffentlichen Eigentum stehen und nicht privatisiert werden. Eine regelmäßige Evaluierung soll dies auch in Zukunft gewährleisten. Im Rahmen einer Überprüfung der Geschäftsordnung sollte die engere Anbindung der Wiener Linien an die Stadt Wien angestrebt werden.
- Die Unterstützung und verstärkte Hinwendung zum Öffentlichen Verkehr steht auch im Zusammenhang mit der Tarifgestaltung. Die Tarifstruktur soll unter den Aspekten von sozialen, temporären und leistungsorientierten, sowie klimaschutzrelevanten Optimierungsmöglichkeiten im Rahmen einer Arbeitsgruppe überprüft werden.
- Der „Fahrgastbeirat“ hat sich als Sprachrohr der Fahrgäste der Wiener Linien bewährt. Seine Kompetenz bei der Gestaltung fahrgastfreundlicher Betriebszeiten und Intervalle soll auch künftig herangezogen und damit die Kundenorientierung weiter vertieft werden.
- Beschleunigung des Öffentlichen Verkehrs bei Ampeln entsprechend den Vorgaben des Masterplan Verkehr. Die Ampel-Bevorrangung von Straßenbahn und Bus wird wiederholt überprüft.
- Die Umsetzung der 4. Ausbauphase U-Bahn hat bereits begonnen, die Vorarbeiten zur 5. Ausbauphase werden im Rahmen des MPV 2013 begonnen und unter Maßgabe der finanziellen Vereinbarungen mit dem Bund fortgesetzt. Bei der Eröffnung neuer U-Bahn-Strecken wird ein entsprechendes Verkehrskonzept für den öffentlichen Oberflächenverkehr unter Einbindung des „Fahrgastbeirates“ erstellt.
- Das Ausbauprogramm für die Straßenbahn wird nach Maßgabe der finanziellen Verfügbarkeit durch die kontinuierliche Erhöhung der Zahl der ULF's und die Verlängerung bzw. den Neubau von Straßenbahnlinien gemäß den Planungsvorgaben im Masterplan Verkehr weiter vorangetrieben. Dies betrifft u.a. die Straßenbahnverlängerung von Kagran über Hirschstetten in die Seestadt Aspern; die Neuschaffung einer Verbindung vom Donaufeld nach U1 Kagran und von Aspern weiter in die Seestadt Aspern; die Verlängerung der Straßenbahn in den Bereich Sonnwendviertel und gegebenenfalls weiter Richtung Laaer Berg; die Verlängerung in den Nordbahnhof; eine Verbindung zwischen dem Praterstern und Schwedenplatz sowie eine vom Zentrum Kagran nach Großjedlersdorf. Weiters sollen Durchmesserlinien bei den Straßenbahnen weiter forciert werden.
- Innerstädtisch sollen bei besonders überlasteten Buslinien Überlegungen für schienengebundene Verkehrsmittel in Abstimmung mit den Bezirken geprüft werden.
- Eine Neuordnung der VOR-Zonierungen wird ausdrücklich begrüßt.
- Taxis im ÖV-Verbund – Die Wiener Linien sollen diesbezüglich mit der Wiener Taxiinnung Gespräche aufnehmen.

- Eine Machbarkeitsstudie zu den regionalen Entwicklungsmöglichkeiten der Wiener Lokalbahnen (WLB) wird durchgeführt, um die ÖV-Verbindungen zwischen Wien und dem Wiener Umland zu verbessern.
- Erarbeitung eines S-Bahnkonzepts Wien für die Zeit nach Fertigstellung des Hauptbahnhofs unter Berücksichtigung dessen, dass die S-Bahn einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung des innerstädtischen Verkehrs leistet, aber von den ÖBB betrieben wird, und der Bund für die Aufrechterhaltung der Verkehrsleistung gemäß Fahrplan 1999/2000 aufzukommen hat. Besonderes Augenmerk ist auf die gute Anbindung des Hauptbahnhofs Wien in das Wiener S-Bahnnetz zu legen.

Radverkehr

Wien fördert den Radverkehr mit besonderen Anstrengungen und strebt einen Radverkehrsanteil von 10% im Jahr 2015 an.

- Weiterer Ausbau des Wiener Radwegenetzes und Errichtung von neuen Radabstellplätzen sowie von Radgaragen an Bike&Ride Knoten wie bei der Kennedybrücke.
- Als neues, innovatives Angebot errichtet Wien großzügige Radverkehrskorridore besonderer Qualität (Vorbild „Wienfluss-Radweg“): Ein Pilotprojekt für qualitätsvolle Rad-Langstreckenverbindungen beginnend im 22. Bezirk in Richtung Zentrum wird erarbeitet. Weitere Rad-Langstreckenverbindungen, beispielhaft sei hier eine „Brigittener Hauptallee“ genannt, die sich durch die Absiedlung des Nordwestbahnhofs eröffnet, sollen nach Maßgabe der budgetären Rahmenbedingungen folgen.
- Erweiterung von Citybike Wien, auch in den Außenbezirken. Ein Angebot für den automatisierten Verleih von E-Bikes soll geprüft werden.
- Zur Hebung der Verkehrssicherheit soll als integraler Bestandteil der 4. Schulstufe ein Radführerschein für alle 10-Jährigen eingeführt werden.
- Wirksame Maßnahmen gegen den Fahrraddiebstahl: z.B. automatische Fahrradkodierung beim Neukauf durch eine Kooperation mit dem Fahrradhandel
- Wien fordert weiterhin eine Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht in der Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Radfahren gegen die Einbahn ist eine wirksame, sichere und kostengünstige Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs: Dazu wird ein kartografisches Konzept über die bezirksweiten Entwicklungsmöglichkeiten von „Radfahren gegen die Einbahn“ unter Berücksichtigung verkehrsorganisatorischer Rahmenbedingungen und der Gewährleistung der Verkehrssicherheit erstellt und veröffentlicht.
- Radverkehr braucht weitere positive Imagebildung, deshalb: Einrichtung eines „Radverkehrs-Beauftragten“ außerhalb des Magistrats als kommunikativer und fachlicher Vermittler zwischen Verwaltung und BürgerInnen, der auch radverkehrsfördernde Marketingmaßnahmen umsetzen soll. Zur Schaffung einer lebendigen Fahrradkultur in Wien sollen die Wiener RadlerInnen (auch mittels „neuer Medien“) in die Radpolitik einbezogen werden.
- Der Radverkehrsplanung muss in den Magistratsdienststellen ein noch höherer Stellenwert eingeräumt werden.

FußgängerInnenverkehr

Um den Anteil der FußgängerInnen am Modal Split auch weiterhin auf hohem Niveau zu halten, ist eine weitere Attraktivierung des Öffentlichen Raums wichtig. Dazu gehört auch eine komfortable Ausgestaltung von Gehbereichen und Fußgängerzonen, z.B. auch die Neugestaltung „alter“ FuZos wie die Meidlinger Hauptstraße oder die Schaffung neuer wie bspw. abschnittsweise in der Inneren Mariahilfer Straße. Für Letztere wird ein integriertes Verkehrskonzept für den 6. und 7. Bezirk, mit Bezug auf mögliche Verkehrsverlagerungen

sowie Auswirkungen auf ÖV-Organisation und Wirtschaftsverkehr als Grundlage für weitere Planungsschritte erstellt.

- Gehsteigbreiten und Ampelschaltungen sollen, entsprechend den Vorgaben des Masterplan Verkehr, fußgängerfreundlich und den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung gerecht werden. Sämtliche Ampeln werden regelmäßig auf diese Kriterien hin überprüft. Zur weiteren Optimierung der Ampelphasen werden auch neue technologische Möglichkeiten getestet. Ein „Fußgängerverkehrs-Beauftragter“ außerhalb des Magistrats als kommunikativer und fachlicher Vermittler zwischen Verwaltung und BürgerInnen wird eingerichtet.
- Der Planung für den FußgängerInnenverkehr muss in den Magistratsdienststellen ein noch höherer Stellenwert eingeräumt werden.

„Straße fair teilen“

- Eine neue Gestaltungsphilosophie für den Straßenraum: Nach einer Idee aus den Niederlanden sollen auch in Wien die Bezirke bei der Umsetzung von Pilotprojekten unterstützt werden, bei denen Straßen, Wege und Plätze von allen VerkehrsteilnehmerInnen gemeinsam genutzt werden und der Straßenraum fair geteilt wird.
- Unter Berücksichtigung der verkehrsorganisatorischen Erfordernisse, des Öffentlichen Verkehrs und des Wirtschafts- bzw. Tourismusverkehrs wird ein Pilotprojekt über Sport- und Kulturveranstaltungen an vier Wochenenden im Jahr, inklusive der Nutzung eines noch zu definierenden Abschnitts der Wiener Ringstraße, erarbeitet und umgesetzt.
- Unterstützung der Bezirke bei der Planung, Durchführung und Evaluierung von Pilotprojekten zu autofreien Plätzen in gewachsenen Grätzeln, die die Kommunikation, Integration, Kulturveranstaltungen und Nahversorgung erleichtern sollen.

E-Mobility in Wien

E-Mobilität war und ist Bestandteil des Wiener Verkehrsgeschehens, z.B. das bestens ausgebauten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln, vor allem die U-Bahn und Straßenbahn – allesamt elektrifiziert.

Die E-Mobility-Offensive seitens der Wien Energie um E-Bikes sowie Stromtankstellen (z.B. in Parkgaragen integriert) zu bewerben, wird begrüßt. Für Stromtankstellen im Öffentlichen Raum sind stadtbildverträgliche Stadtmöbel zu entwickeln.

Alternative Antriebsformen werden in Wien auch künftig gefördert und Wien ist der Förderung neu auf den Markt kommender ökologischer Fahrzeuge aufgeschlossen. Einer Förderung von E-Autos steht nichts im Wege, sobald es marktreife Angebote und Fahrzeuge verschiedener Hersteller gibt. Künftig werden Erdgasautos weiter gefördert und darüber hinaus wird eine Förderung für Hybrid-Taxis ins Leben gerufen.

Die generellen Potentiale der E-Mobilität für Wien (inkl. E-Car-Sharing) werden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie analysiert.

Bei der E-Bike-Förderung wird künftig auch die Umrüstung gefördert, eine Erhöhung der bisherigen Förderung von 30 % der Investitionssumme wird überlegt, sobald es die finanziellen Rahmenbedingungen zulassen. Zudem wird der Ausbau der Infrastruktur für E-Mobility vorangetrieben.

Wiens Straßen

Den Umweltverbund, also Öffentlichen Verkehr sowie Rad- und Fußgängerverkehr in Wien konsequent zu fördern, heißt nicht, auf das Autostraßennetz zu vergessen. Gerade weil neue Stadtteile entstehen und sich viele Wienerinnen und Wiener eine Verkehrsberuhigung im innerstädtischen Bereich wünschen, soll die hochrangige Verkehrsinfrastruktur, nach Maß-

gabe der verkehrsorganisatorischen sowie budgetären Rahmenbedingungen und unter Einbeziehung der BürgerInnen ausgebaut werden. Weiters wird das bestehende Straßennetz wie bisher saniert und in einem hohen qualitativen Zustand gehalten.

- **A23 Hirschstetten-Raasdorf:** Verkehrserschließung der Seestadt Aspern und Entlastung Hirschstettens durch eine von der ASFINAG stadtverträglich geplante und ausgestaltete Straße.
- **A24 Abfahrt Rothneusiedl:** ein Projekt der ASFINAG. Wichtig zur Bewältigung des LKW-Verkehrs vom Logistikzentrum Inzersdorf (ist Teil des BürgerInnenbeteiligungsverfahrens für das Logistikzentrum Inzersdorf).

Wiener Hausordnung im Straßenverkehr

In Wien gibt es pro Jahr rund 14.000 Baustellen, die oftmals für Verkehrsbehinderungen sorgen. Die Baustellenkontrolle wird im Interesse der AnrainerInnen ausgebaut werden.

Parkraumbewirtschaftung und Garagenbau

Das Verkehrsaufkommen ist im innerstädtischen Bereich seit Jahren rückläufig. Die Stellplatzsituation hat sich sowohl für die Anrainerinnen und Anrainer als auch für den Wirtschaftsverkehr nachweislich verbessert. Damit hat sich die Parkraumbewirtschaftung als Lenkungsinstrument bewährt. Die Mehreinnahmen aus der PRB fließen unter anderem in die Förderung der Verkehrssicherheit (z.B. Entschärfung von Unfallhäufungsstellen), in den Ausbau von Radabstellanlagen sowie in den Bau von Park & Ride Anlagen und die Förderung von Wohnsammelgaragen.

Eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung kann jedenfalls nur mit Zustimmung der Bezirksvertretungen eingeführt werden. Diese kennen die lokale Situation besonders genau und müssen die Einführung beantragen. Die Bezirke werden von der Stadt mit verkehrsorganisatorischen Erhebungen versorgt, um eine Beschleunigung der Entscheidungsfindung herbeizuführen. In Bereichen um U-Bahn oder S-Bahn-Stationen mit P&R-Anlagen kann die Schaffung von parkraumbewirtschafteten Zonen sinnvoll sein. Auch dazu muss die Initiative von Seite der Bezirksvertretungen ausgehen.

In Wien werden die Ergebnisse der Parkraumbewirtschaftung und des Ausbaus des Öffentlichen Verkehrs evaluiert, ob sie die beabsichtigte Reduktion des MIVs bewirkt haben. Die Einführung einer Citymaut ist in dieser Legislaturperiode nicht vorgesehen.

Eine Arbeitsgruppe bzw. der Verfassungsdienst der Stadt Wien wird mit der Erstellung mehrerer Rechtsgutachten beauftragt über:

- die Voraussetzungen für die Einführung eines eigenen Landesgesetzes für die Parkraumbewirtschaftung,
- die rechtliche Situation zum Thema „Anwohnerparken“,
- die rechtliche Situation zum Thema Verkehrserreger bzw. –anschluss-Abgabe.

Die Errichtung von Wohnsammelgaragen wird besonders auf die Gründerzeitviertel und die dicht bebauten Stadtgebiete mit einem hohen Stellplatzdruck fokussiert. Dieser Bau von zusätzlichen Abstellplätzen soll eine Verlagerung von PKW-Dauerstellplätzen in Garagen und substanziell mehr Platz an der Oberfläche für die Menschen, den Radverkehr und den Öffentlichen Verkehr schaffen. Weiters soll der Bau von Wohnsammelgaragen, vornehmlich an Standorten geschehen, die bereits versiegelt sind. Dazu sollen entsprechende Konzepte erarbeitet werden.

Neuen Wohnsammelgaragen geht ein Beschluss der Bezirksvertretung voraus, gefolgt von einem durch den Bezirk organisierten Informations-, Diskussions- und Entscheidungsprozess (Bürgerversammlung, -befragung und Beschlussfassung durch den Bezirk). Eine AnrainerIn-

nen-Befragung durch den Bezirk hat nach den von der zuständigen Magistratsdienststelle vorgegebenen Kriterien zu erfolgen.

PendlerInnenverkehr

Im Rahmen des Verkehrsverbundes Ostregion (VOR) wird Wien darauf drängen, dass die Verlagerung des Pendlerverkehrs auf die öffentlichen Verkehrsmittel konsequent verfolgt und das Zonierungssystem regelmäßig auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft wird.

Um den Pendlerverkehr verstärkt vom Auto auf die Öffis in Wien umzulenken, werden weitere Park&Ride Anlagen an Einfüllpunkten Öffentlicher Verkehrsmittel möglichst am Stadtrand errichtet werden. Bei der Planung ist zu berücksichtigen, dass die PendlerInnen die P&R Anlagen benutzen und nicht den umliegenden Straßenraum verparken.

Innerstädtischer Wirtschaftsverkehr

Zur Unterstützung der Wirtschaft werden in bestehenden Geschäftsstraßen und Fußgängerzonen Lieferzeiten ermöglicht, die den Lieferverkehr kanalisieren und sicherstellen, dass für die Anlieferung ausreichend Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen und damit Einzellieferzonen entbehrlich sind.

Wichtig sind die Sicherstellung von Abstellplätzen für LKW und Busse, spezielle Regelungen für Touristenbusse in Hauptreisezeiten (Sommer, Weihnachtsmärkte, Silvester und Ostern) sowie die Prüfung umweltfreundlicher Antriebssysteme vornehmlich für Taxis, Kleintransporter und Werksverkehr.

Informations- und Kommunikationstechnologien

„Open Data“, „Open Government“

Nach internationalen Vorbildern zur Modernisierung der Stadtverwaltung, wird ein Symposium veranstaltet und in weiterer Folge von einer ExpertInnen-Gruppe ein Konzept erstellt, das die Möglichkeiten und etwaige Risiken von „Open Data“ und „Open Government“ – also der freie Zugang zu bestimmten öffentlichen (nicht personenbezogenen) Daten in für Menschen und Maschinen lesbarer Form - für Wien erörtert.

Open Source - Strategie

Basierend auf der bisherigen Strategie zur Minimierung der Abhängigkeiten von einzelnen Software-Produzenten wird eine Weiterführung der Nutzung von Open Source Software in allen Bereichen der Stadt Wien, ein verstärkter Fokus auf die internen Beschaffungsrichtlinien im Hinblick auf Open Source sowie auf eine aktive und innovationsfördernde Beschaffung gelegt.

ITS Vienna

Das Informations- und Steuerungsinstrument für die Verkehrslage in Wien wird weiterentwickelt und das Modul „AnachB.at“ verstärkt in Richtung plattformunabhängige Applikationen forciert.

Umwelt und Klimaschutz

Infrastruktur, kommunale Ver- und Entsorgung

Umweltgerechte Müllentsorgung – Entsorgungssicherheit für Wien

Wien ist eine der saubersten Städte der Welt mit höchster Entsorgungssicherheit: Zahlreiche Maßnahmen, wie ein neues „Abfall-Logistik-Zentrum“ werden die Entsorgungs- und Ausfallsicherheit bei der Müllentsorgung weiter erhöhen. Darüber hinaus muss die Entsorgungssau-tarkie Wiens auch langfristig sicherstellt werden. Die Monitoring-Berichte des Abfallwirtschaftskonzepts werden - wie im SUP-Prozess vorgesehen - im Internet veröffent-licht. Die gesamte Kette der Müllentsorgung – von der Sammlung bis zur Verwertung – ist und bleibt in kommunaler Hand. Müllimporte aus dem Ausland sind definitiv ausgeschlossen.

Abfallvermeidung ist auch künftig eine zentrale Säule der Wiener Umweltpolitik. Bei Veran-staltungen mit mehr als 1.000 BesucherInnen ist der Einsatz von Mehrweggebinden ver-pflichtend. Bei Großbaustellen ist ein Abfallwirtschaftskonzept vorgeschrieben. Bei Veranstaltungen der Stadt Wien und bei Events auf Flächen der Stadt Wien werden Getränke künftig nur in Mehrweggebinden ausgegeben.

Die Stadt Wien wird eine Initiative für ein Verbot von Plastiksackerl auf Bundesebene starten und im Bereich der Getränkeverpackungen werden die Initiativen für Mehrwegquoten (Bo-nus-Malus-System) forciert. Zur Reduktion von Energiesparlampen im Restmüll wird eine umfassende Infooffensive angestrebt, denn sie sind Sondermüll. Darüber hinaus wird eine Initiative für Pfandsysteme für Handyakkus auf Bundesebene zur Reduktion der Akkus im Restmüll angestrebt.

Moderne Abwasserentsorgung auf höchstem Umweltniveau

Zur Entsorgungssicherheit zählen auch das hochtechnisierte Kanalsystem Wiens und eine der modernsten Kläranlagen Europas. In der „ebswien hauptkläranlage“ wird aus gereinig-tem Abwasser Strom gewonnen, die Bemühungen zur Forcierung der alternativen Energien (wie Photovoltaik) werden auch im Sinne des Klimaschutzes weiter fortgesetzt. Künftig wer-den 13 % des Stromverbrauches der Kläranlage durch selbst erzeugte erneuerbare Energien gedeckt. Das erspart fast 600 t CO₂. Darüber hinaus wird die Machbarkeit der Klärschlamm-vergasung in einer Studie überprüft.

Neue Großprojekte wie etwa die Kanalaufschließung am Flugfeld Aspern sind wichtige Inve-stitionen in die sichere Zukunft des Wiener Kanalnetzes. Allein in den Asperner Sammelka-nal werden rund 19 Mio. Euro investiert. Realisiert werden hier ein 1,7 km langer Rohrkanal und ein neues Pumpwerk für die Weiterleitung der Abwässer zur Kläranlage.

Wien hat einen hohen Anschlussgrad von 99 % ans öffentliche Kanalnetz. Es gibt nur mehr wenige Bereiche, wo ein Kanalanschluss aus Kostengründen nicht erfolgen wird. In diesem Bereich wird die Errichtung einer Wurzelraumkläranlage als Pilotprojekt angestrebt.

In Sachen Wientalsammelkanal werden der Weiterbau in Richtung Auhof und weitere Opti-mierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel überprüft.

Entlastung der Kanäle vom Regenwasser

Zur besseren Bewältigung von mit dem Klimawandel zusammenhängenden Starkregener-eignissen muss ein geschäftsgruppenübergreifendes Regenwasser-Versickerungspaket geschnürt werden. Einfließen sollen hierbei auch best practice-Beispiele aus andern euro-päischen Großstädten.

Außerdem werden zur Entlastung der Kanäle von Regenwasser die Becken der ehemaligen Kläranlage Blumental zur Regenwasserrückhaltung aktiviert. Weiters werden zwei Hochleistungspumpen, je eine Regen- als auch eine Abwasserpumpe in Kaiser Ebersdorf realisiert, um die Kapazität der Kanäle zu erhöhen.

Wiener Trinkwasser – weitere Investitionen für das beste Trinkwasser der Welt

Ein mit 30 Mio. Euro pro Jahr dotiertes Rohrnetzerneuerungsprogramm wird umgesetzt und eine Informationsoffensive in diesem Bereich gestartet. Das ausgeklügelte Behältermanagement mit insgesamt 31 Wasserbehältern mit einem Speichervolumen von 1,6 Mio. m³ Wasser garantiert die Versorgung aller Wienerinnen und Wiener mit frischem Quellwasser auch zu Spitzenverbrauchszeiten. Das Behältersanierungsprogramm wird fortgesetzt. Des Weiteren wird das Potential für ein weiteres Trinkwasserkraftwerk an den beiden Hochquellenleitungen geprüft und nach Maßgabe der finanziellen Mittel umgesetzt. Um den Trinkwasserverbrauch zu verringern, wird Brauchwasser zur Bewässerung in jenen Parks eingesetzt, wo es technisch möglich und wirtschaftlich zweckmäßig ist.

Wien hat die Hausaufgaben in Sachen Austausch der Bleileitungen erfüllt und alle Leitungen im öffentlichen Raum ausgetauscht. Im Beschwerdefall wird die Wiener Umweltschutzbehörde ersucht, Bleitests im Trinkwasser durchzuführen.

Nachhaltige Quellenschutzwaldbewirtschaftung

In den Quellenschutz werden jährlich zwischen 12 und 13 Millionen Euro investiert – Wien sichert damit die nachhaltige Versorgung mit frischem Hochquellenwasser für alle Wienerinnen und Wiener in allen Bezirken der Stadt.

Wie bei der Müllentsorgung setzt Wien auch im Bereich der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung auf kommunale Versorger, die so zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge bleiben in Händen der Stadt Wien.

Vollausbau des Wiener Hochwasserschutzes bis 2015 und Renaturierung der Wienerwaldbäche

Wien baut seinen hervorragenden Hochwasserschutz weiter aus: Das Investitionsprogramm sieht bis 2015 weitere 77 Mio. Euro vor. Wien wird damit auch für „Jahrtausendhochwässer“ (Durchflussmenge von 14.000 m³/sec) gerüstet sein. Davon profitieren auch rund 20 niederösterreichische Gemeinden unterhalb von Wien.

Wien wird auch weiterhin sicherstellen, dass neben dem Ausbau des Hochwasserschutzes das Gewässer- und Altarmsystem der Unteren Lobau derart mit Wasser gespeist wird, dass im Einvernehmen mit der Trinkwasserversorgung die auenökologischen Ziele des Nationalparks erreicht werden können.

Die Renaturierung von Wienerwaldbächen ist Schwerpunkt der nächsten Jahre und wird nach dem Zeitplan des NAPs umgesetzt (z. B. Dürre Liesing, Halterbach, Mauerbach, etc)

Beim Wienfluss wird die Machbarkeit von einer naturnaheren Ausgestaltung des Abschnitts Halterbach bis Kennedybrücke untersucht.

Bei Umweltschäden wird rigoros gegen die Verursacher vorgegangen, sie müssen für von ihnen verursachte Schäden haften und Schadenersatzzahlungen leisten.

Ökokauf - Wien zeigt wie es geht ...

Wien kauft fair: Sozial verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung Wiens bei und positioniert die Stadt als Vorbild für privatwirtschaftliche

Unternehmen und andere öffentliche Haushalte. Die Stadt Wien wird die Beschaffung aus ökologischem und zertifiziert Fairm Handel im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes weiter forcieren. Zentral soll die weitere Erhöhung der Bio-Quote in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Wien sein. Des Weiteren sollen die erarbeiteten ökologischen Standards in die Ausschreibungen der Stadt Wien aufgenommen werden.

Lärmschutz entlang der Schiene wird vorangetrieben

Je 1,8 Mio. Euro stellen die Stadt Wien und die ÖBB für Lärmschutz entlang der Schiene bereit. Aktuell wird entlang der denkmalgeschützten S 45 Lärmschutz umgesetzt. Im Rahmen des Schienenlärnkatasters der MA 22 werden auch künftig Lärmschutzmaßnahmen entlang der Schiene umgesetzt und Schallschutzfenster gefördert.

Klimaschutz, Atom, Luft, Lärm

Volle Kraft für den Klimaschutz

Wien hat dank des Klimaschutz-Programms bereits heute die geringsten Pro-Kopf-Emissionen Österreichweit (5,5 t Wien vs. 11 t Österreich). Jährlich vermeidet Wien 3,1 Mio. Tonnen CO₂.

Durch das Klimaschutz-Programm II werden weitere 1,4 Mio. Tonnen vermieden und damit die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 21 % pro Kopf gegenüber 1990 verringert.

Wien wird dann zu 50 % mit der umweltfreundlichen Fernwärme beheizt. Der Kühlbedarf wird verstärkt mittels Fernkälte befriedigt.

Wien strebt eine Verstärkung der Sanierungsrate bei der thermischen Sanierung an. Zentral sind hierbei auch Maßnahmen zur Dämmung der obersten Geschoßdecken.

Die durch erneuerbare Energieträger bereitgestellte Menge an Endenergie wird mit dem KLIP II bis 2015 (gegenüber 1990) verdoppelt.

Es wird ein Versorgungssicherheitsplan für Energie im Rahmen des KLIP II umgesetzt. Dabei sind erneuerbare Energien besonders zu berücksichtigen.

Als weitere Maßnahme zum Klimaschutz wird ein „Solkraftwerk der WienerInnen“ umgesetzt. Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit mit anderen Geschäftsgruppen weitere Möglichkeiten eines Solar-Großprojekts in Wien ausgelotet.

In Sachen Geothermie werden unter Berücksichtigung bestehender Gutachten weitere Potentiale im Rahmen einer Studie analysiert. (Außerhalb Aspern; Abstimmung mit MA 27)

Die Klip-Maßnahmen werden künftig jährlich evaluiert und bei Bedarf angepasst.

Alternative Antriebsformen werden in Wien auch künftig gefördert und die Stadt Wien ist der Förderung neu auf den Markt kommender ökologischer Fahrzeuge aufgeschlossen. Einer Förderung von E-Autos steht nichts im Wege, sobald es marktreife Angebote und Fahrzeuge verschiedener Hersteller gibt. Künftig werden Erdgasautos weiter gefördert und darüber hinaus wird eine Förderung für Hybrid-Taxis ins Leben gerufen.

Die generellen Potentiale der E-Mobilität für Wien (inkl. E-Car-Sharing) werden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie analysiert.

Bei der E-Bike-Förderung wird künftig auch die Umrüstung gefördert, eine Erhöhung der bisherigen Förderung von 30 % der Investitionssumme wird überlegt, sobald es die finanziellen Rahmenbedingungen zulassen. Zudem wird der Ausbau der Infrastruktur für E-Mobility vorangetrieben.

Voller Einsatz für ein atomkraftfreies Mitteleuropa

Wien verstärkt die Bemühungen im Kampf gegen grenznahe Atomkraftwerke und die Renaissance der Atomkraft in Europa. Mit den betroffenen Nachbarländern wird eine Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energie und Umwelttechnologie (z.B. Evaluierung der „Stromboje“) angestrebt.

Im Zentrum unseres Engagements steht das slowakische AKW Mochovce, das nur 160 km von Wien entfernt ausgebaut werden soll und gegen das über 200.000 WienerInnen im Rahmen der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung ihren Einspruch deponiert haben.

Wien wird - international vernetzt - das Engagement gegen Mochovce weiterführen. Gegen die EU-Kommission hat Wien eine Klage eingebracht, die Kommission muss sich mit den dramatischen Sicherheitsmängeln in Mochovce auseinandersetzen und ihre Verantwortung wahrnehmen. Rückenwind im Kampf gegen Mochovce bekommt Wien durch die bevorstehende Entscheidung der Vereinten Nationen, dass die Slowakei gegen die Aarhus- Konvention verstoßen hat. Wien tritt in Causa Mochovce entschieden für einen Atomgipfel zwischen Österreich und der Slowakei ein sowie für eine Begehung des AKWs mit internationalen ExpertInnen. Weiteres fordert Wien hinsichtlich EURATOM, den Ausstieg Österreichs aus dem Vertrag zu bewirken, sofern keine Revision bezüglich Förderung von AKW geplant ist.

Luftgüte: 3. Feinstaubpaket kommt!

Wien hat bereits zwei umfassende Maßnahmenpakete gegen Feinstaub umgesetzt und in allen Bereichen Maßnahmen gesetzt. Weitere Maßnahmen sind notwendig und daher wird ein 3. Paket geschnürt, in dem erneut alle Verursacherguppen (Raumwärme, Verkehr, Baustellen, Industrie, etc.) erfasst werden. Mit der kürzlich erfolgten Novellierung des IG-L auf Bundesebene ergeben sich neue Spielräume für die Länder. Nun kann auch in bestehende Anlagen eingegriffen werden und auch die überfällige Österreichweite Partikelfilterpflicht für Baumaschinen ist möglich. Im Verkehrsbereich wird – nach Rücksprache mit der Geschäftsgruppe Verkehr – eine Studie über Umweltzonen erstellt.

ÖkobusinessPlan – win-win für alle

Bereits über 800 Wiener Betriebe sind Teil des ÖkobusinessPlan Wiens. Sie setzen Umweltmaßnahmen und tragen damit zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Dabei sparen sie Betriebskosten – eine win-win-Situation für alle. In den letzten 10 Jahren haben Wiens Ökobusinessplan-Betriebe über 55 Mio. Euro an Betriebskosten eingespart und die Umwelt entscheidend entlastet. Wir wollen die Anzahl der ÖkobusinessPlan-Betriebe in den nächsten Jahren verdoppeln und die Kooperation mit der Wirtschaft in Wien weiter verstärken. Dazu wird die zielgruppenspezifische Anwerbung weiterer Firmen für die Module des ÖkobusinessPlans verstärkt. Darüber hinaus soll dazu künftig auch ein geographischer Ansatz gewählt und Betriebe und Unternehmen gewisser Regionen und Viertel gezielt angesprochen werden. Wirtschaft und Umwelt sind in Wien längst keine Gegensätze mehr, sondern gute und erfolgreiche Partner, dieser Erfolgskurs soll auch künftig fortgesetzt werden.

Lärmschutz: BürgerInnenbeteiligung wird forciert

Wien ist schon seit langem aktiv gegen die Lärmbelastung. Bei der Erstellung der Lärmkarten 2012 und der darauffolgenden Aktionspläne wird die Öffentlichkeitsbeteiligung über die BezirksvorsteherInnen hinaus ausgeweitet und BürgerInnenbeteiligung ermöglicht. In die Umsetzungsprozesse werden auch lokale Akteure eingebunden.

Mobilfunk – Wienweiter Kataster

Die Kompetenz in Sachen Mobilfunkanlagen und auch der Grenzwerte liegt in der Kompetenz des Bundes. Wien wird sich für einen vollständigen Mobilfunk-Kataster im Rahmen des bereits bestehenden Katasters der Telekommunikationsbehörde einsetzen. Die Wiener Umweltschutzbehörde wird ersucht, im Beschwerdefall unabhängige Messungen an Handymasten durchzuführen.

Grünräume, Naturschutz und Landwirtschaft

Grünräume/Parks

Mehr als die Hälfte der Fläche der Millionenstadt Wien ist Grünraum. Dieser trägt als Grüne Lunge wesentlich zur hohen Lebensqualität Wiens bei.

10 Parks pro Jahr werden modernisiert, umgebaut, vergrößert oder neu geschaffen. Die Einbeziehung der NutzerInnen ist zentraler Ansatz in der Gestaltung der Parks.

40 Kinderspielplätze werden in den Bezirken jährlich den neuesten Trends entsprechend umgerüstet oder ausgebaut und noch attraktiver gemacht. Auch hier werden die NutzerInnen in die Gestaltung miteinbezogen.

Nachbarschaftsgärten werden ausgebaut – gemeinsames „Garteln“ fördert auch soziale Beziehungen und Nachbarschaftskontakte in den Bezirken. Angestrebt wird ein Nachbarschafts-/Grätzeltgarten in jedem Bezirk. Auch mit Schulen sollen Kooperationen in diesem Bereich gefunden werden, angestrebt wird ein Schulgarten in jedem Bezirk. (In Zusammenarbeit mit Geschäftsgruppe Bildung)

Selbsterntefelder geben der Stadtbevölkerung die Möglichkeit, eigenes und biologisches Gemüse zu ernten. Das Angebot soll mit privaten Kooperationspartnern (andere Landwirte mit geeigneten Flächen) in unterschiedlichen Regionen Wiens ausgeweitet werden.

Dachbegrünungen, „Grünoasen“ in Innenhöfen und grüne Häuserfassaden werden weiter gefördert und auch Pilotprojekte in der Stadt umgesetzt. Derzeit ist die Begrünung der Fassade der MA 48 am Gürtel als Vertikalbegrünungs-Pilotprojekt - in Kooperation mit der BOKU - in Umsetzung. Weitere öffentliche Gebäude für Begrünungen werden gesucht. Auch Pilotprojekte wie begrünte Garagendächer werden angestrebt. Die Umsetzung des Projekts begrüntes Garagendach in der Windmühlgasse wird auf Machbarkeit geprüft.

Künftig soll es ein verstärktes Beratungsangebot für Dach-, Innenhof und Vertikalbegrünung geben, auch die Bewerbung wird forciert. Die online-Förderansuchen werden vereinfacht. Mittelfristig wird eine Erhöhung der Fördermittel nach Maßgabe der finanziellen Mittel angedacht.

Der Grünkeil zwischen Marchfeldkanal und Alte Donau wird als Naherholungsgebiet für Bevölkerung erhalten bleiben und naturnah ausgestaltet werden. Ein gemeinsames Projekt für einen durchgängigen Grünzug in Absprache mit der Stadtplanung wird entwickelt.

Ein weiterer wichtiger Faktor in Sachen Grünraum ist der strenge Schutz der Bäume, der in Wien durch das Baumschutzgesetz garantiert ist. Im Laufe der Legislaturperiode soll gemeinsam überprüft werden, ob eine Notwendigkeit gegeben ist, das Baumschutzgesetz zu novellieren. Des Weiteren wird die technische und wirtschaftliche Machbarkeit zur Online-Stellung des Baum-Katasters der Wiener Stadtgärten überprüft. Zum weiteren Schutz der Grünflächen der Millionenstadt Wien wird zudem ein Bodenschutzgesetz erarbeitet.

Artenvielfalt fördern

Die 89 prioritär geschützten Arten, die in Wien vorkommen, machen die Stadt zu einem „Hotspot der Artenvielfalt“ – hier werden im Rahmen zahlreicher Programme, wie dem „Netzwerk Natur“ und dem Vertragsnaturschutz, etc., hunderte Einzelmaßnahmen umgesetzt, um Wien für alle Arten attraktiv zu halten. Künftig wird es hier weitere Projekte geben, beispielsweise für Salamander und auch Kröten (Amphibientunnel).

Darüber hinaus gibt es regelmäßige Populationsberichte für gefährdete Tierarten entsprechend den EU-Vorgaben und Bestandsaufnahmen für Singvögel.

Landwirtschaft – Gentechnikfreies Wien

Wien kann sich mit Gemüse selbst versorgen, Wiens Gemüse ist hochqualitativ und trägt mit den kurzen Transportwegen entscheidend zum aktiven Klimaschutz bei. Zudem ist Obst und Gemüse aus Wien garantiert gentechnikfrei. Im Rahmen der neuen Regelungen auf EU-Ebene wird Wien zur ersten gentechnikfreien Region Österreichs werden. Darüber hinaus werden Möglichkeiten zur Kennzeichnung geprüft.

Zentral ist der Biolandbau in Wien. Die Stadt Wien bewirtschaftet derzeit – mit der Umstellung des Magdalenenhofs - bereits 1.100 ha landwirtschaftliche Fläche nach den Richtlinien des biologischen Landbaus und ist somit einer der größten BiobäuerInnen Österreichs.

Nach dem Ausstieg aus dem Zuckerrübenanbau auf den konventionell bewirtschafteten Flächen der Ökonomie Laxenburg wird die schrittweise Umstellung auf Biolandbau auch auf diesen Flächen angestrebt.

Das Weingut Wien Cobenzl bewirtschaftet 48 ha Weinbauflächen und produziert vielfach prämierte Weine. Stufenweise werden die Flächen nun auf integrierte Produktion umgestellt. Darüber hinaus gibt es ein Pilotprojekt für Bioweinbau am Bisamberg, die Ergebnisse dieser Produktionsweise werden evaluiert.

Gewässer/Altlasten

Die Veröffentlichung des Wasserbuchs im Internet, an der derzeit eine Österreichweite Arbeitsgruppe arbeitet, wird von der Stadt Wien unterstützt.

Die Stadt Wien hat mit der Fertigstellung der Altlast Shell-Pilz-Gasse sämtliche Kriegsaltlasten gesichert oder saniert. Damit wurden seit 1985 EUR 80 Mio. (ohne Bundesförderung) in die Sicherung/Sanierung von Altlasten investiert und ein wesentlicher Beitrag zum Gewässerschutz geleistet. Die Altlastensicherung/-sanierung wird auch weiterhin intensiv vorangetrieben.

Entsprechend den Bestimmungen des Altlastensanierungsgesetzes hat Wien sämtliche Verdachtsflächen gemeldet. Der Verdachtsflächenkataster wird vom Umweltbundesamt geführt. Es gibt ein strenges Monitoring und Beobachtungsprogramm.

Im Rahmen der Donauraumstrategie sind Umweltschutz und Bewahrung des Ökosystems der Donau vorrangig. Ziel ist nicht der größtmögliche Ausbau der Schifffahrt, sondern deren Abstimmung auf die Funktionen des Donau-Einzugsgebiets als Grundwasser-Reservoir, Erholungsgebiet und Öko-System für Klimaschutz und Biodiversität. Angestrebt wird die ökonomische und ökologische Evaluierung der sogenannten „Flaschenhalse“, bes. die Auswirkung von deren Beseitigung auf das Öko-System Donau. Eine vordringliche Prüfung gefährlicher Industrien und Altlasten im gesamten Donauraum in Zusammenarbeit mit allen Donau-Ländern wird angestrebt.

Hausordnung, Sauberkeit und Umweltbildung

Das friedliche Zusammenleben zwischen Mensch und Hund in Wien wird ständig gefördert. Das Angebot an die HundebesitzerInnen wurde intensiv ausgebaut, es gibt über 2.500 Hundesackerlautomaten mit Gratis-Sackerl. Wiens HundebesitzerInnen halten sich größtenteils an die Sauberkeitsspielregeln. An diese werden sie durch weitere Bewusstseinsmaßnahmen und die strengen Kontrollen durch die WasteWatcher auch künftig erinnert.

Wir treten für ein konfliktfreies Zusammenleben von Mensch und Tier generell in der Großstadt ein. Jede Wienerin und jeder Wiener hat ein Recht darauf, Tiere halten zu dürfen. Voraussetzung dafür sind aber Sachkunde, Zuverlässigkeit und Rücksichtnahme auf Mitmenschen. Zentral dafür ist der verpflichtende Hundeführschein für sog. „Kampfhunde“, für den sich 89 % der Wienerinnen und Wiener bei der Volksbefragung ausgesprochen haben. Bereits 1.000 KampfhundebesitzerInnen haben den verpflichtenden Hundeführschein absolviert. Freiwillig haben den Schein bereits über 6.500 HundebesitzerInnen gemacht.

Der verpflichtende Führschein für sog. Kampfhunde wird 2013 evaluiert.

Wir treten dafür ein, dass insbesondere das Interesse der Jugend und Kinder am Tierschutz durch schulische und außerschulische Aktivitäten gefördert und vertieft wird.

Umweltbildung ist generell großgeschrieben, eine Vielzahl von Projekten wird jährlich im Rahmen der EULE, dem Umweltbildungsprogramm der Stadt Wien, umgesetzt. Der Klub der Umweltprofis soll von derzeit 5.000 Mitgliedern verdoppelt werden. Die Umweltpürnasen werden in das EULE-Programm aufgenommen.

Fluglärm

Die Stadt Wien wird Gespräche mit der Austro Control zum Thema Optimierung des Fluggeschehens über Wien (wie z.B. Nachtflüge, Flugrouten) sowie zur Optimierung der Umsetzung der Verhandlungsergebnisse aus dem Mediationsprozess aufnehmen.

Darüber hinaus wird die Stadt Wien alle Verhandlungen begünstigen, die eine Kooperation der Flughäfen Wien und Bratislava zum Ziel haben.

Weiters wird eine Studie (ähnlich der „Greiser-Studie“) erstellt, die mögliche Zusammenhänge von Nachtflügen über Wien und die Gesundheitsauswirkungen derselbigen analysiert.

Demokratie und Umweltschutz

Der Naturschutzbeirat heißt künftig Umwelt- und Naturschutzbeirat. Künftig sollen in ihm auch verstärkt Umwelt- und Naturschutz-NGOs vertreten sein.

Bei der Bestellung der Wiener Umweltschutzkommission als weisungsungebundene Anlaufstelle für Interessen des Umweltschutzes gibt es ein ExpertInnen-Hearing mit aktiver Teilnahme der NGOs.

Vor der Erstellung des Umweltberichts wird eine gemeinsame Vorgangsweise festgelegt.

Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

1. Wiener Wohnen

Wir sprechen uns für den Erhalt der Gemeindebauten im Eigentum der Stadt Wien aus.

- 1.1. Neustrukturierung des gesamten Unternehmens Wiener Wohnen in Richtung eines modernen service- und kundenorientierten Betriebes.
- 1.2. Erstellung eines Sanierungskatasters für Gemeindebauten samt Prioritätenliste
- 1.3. Sanierungsmanagement, das sich einerseits intensiver mit den MieterInnen auseinandersetzt und andererseits die bestmögliche Mittelverwendung bei Sanierungen sicherstellt
- 1.4. Sanierungsoffensive über die gesamte Regierungsperiode
- 1.5. Schaffung von barrierefreien Wohnungen bei *Wiener Wohnen* unter Berücksichtigung der baulichen Rahmenbedingungen des Hauses zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderung.
- 1.6. Bessere Vernetzung der Hausverwaltung mit sozialen Institutionen vor Ort (Wohnpartner, lokale Sozialinitiativen usw.)
- 1.7. Aufwertung der Wohnpartner als zentrale Einrichtung im Sinne einer aufsuchenden Gemeinwesenarbeit in den städtischen Wohnhausanlagen.
- 1.8. Weiterentwicklung von „Wiener Wohnen unterwegs“, um den MieterInnen ein direktes und verstärktes Service fix installiert vor Ort zu bieten. Errichtung von Außenstützpunkten bei Wiener Wohnen zur einfacheren und besseren Kontaktaufnahme für die MieterInnen.
- 1.9. Erarbeitung von Strategien zur Belebung von Erdgeschoßzonen und Nahversorgung im Gemeindebau
- 1.10. Stärkung der unabhängigen Mieterbeiräte
- 1.11. Überarbeitung des MieterInnenmitbestimmungsstatutes
- 1.12. Erleichterte Möglichkeit für MieterInnen und/oder Mieterbeiräte leerstehende Räumlichkeiten als Gemeinschaftsräume zu nutzen.
- 1.13. Evaluierung der „Erweiterten Weitergabe“
- 1.14. Möglichkeit der Vergabe einer Vormerkung eines zusätzlichen Wohnraums für getrennt lebende Elternteile bei gemeinsamer Obsorge nach Vorlage eines diesbezüglichen gerichtlichen vollstreckbaren Dokuments
- 1.15. Frühzeitige Hilfe bei drohender Delogierung auf Grund eines Mietzinsrückstandes durch den Einsatz und weiteren Ausbau der Delogierungsprävention.

2. Geförderter Wohnbau

- 2.1. Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für die Vergabe von Wohnungen im geförderten Wohnbau (Wiener Wohnen und geförderter Wohnbau). Maßnahmen zur Sicherstellung der sozialen Durchmischung sollen in diesem Zusammenhang überlegt werden.
- 2.2. In den jeweiligen Förderungszusicherungen ist festzuschreiben, dass MieterInnen bei geförderten Sanierungen durch Maklerprovisionen nicht belastet werden dürfen.
- 2.3. Es ist dringend notwendig darauf zu achten, dass auch im Wohnungsneubau ausreichend leistbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Die Anzahl supergeförderter

Wohnungen, für deren Bezug nur sehr geringe Eigenmittel erforderlich sind, soll deutlich erhöht werden.

- 2.4. Vermehrtes Augenmerk auf Leistbarkeit geförderter Wohnungen im Neubau.
- 2.5. Gemeinsame Vorbereitung eines Symposiums zum Thema „Leistbares Wohnen & housing first“.
- 2.6. Ziel ist es, in den nächsten 5 Jahren mindestens 1.000 neue leistbare Kleinwohnungen zu schaffen.
- 2.7. Erarbeitung von Wohnungsstandards und Errichtung von Wohnungen abgestimmt auf jugendliche Bedürfnisse sollen unter Einbeziehung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe kinder- und jugendgerechtes Planen erarbeitet werden.
- 2.8. Weiterführung innovativer Wohnformen im Wohnungsneubau durch konkrete Projekte, die auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten sind z.B.: Integratives Wohnen, Patchwork-Wohnen, Generationsübergreifendes Wohnen, Bike City, Bike&Swim City usw.
- 2.9. Baugruppen stellen eine innovative Ergänzung im Wiener Wohnbau dar und werden entsprechend unterstützt. Ein bestimmter Anteil der so entstehenden Wohnungen steht der Stadt Wien zur Vergabe zur Verfügung.
- 2.10. Bauträgerwettbewerbe
 - 2.10.1. Prüfung der Durchführung eines Pilotprojekts eines offenen Architekturwettbewerbs
 - 2.10.2. Verpflichtung der Abstimmung einzelner Baulose in Bezug auf die Erdgeschosszonen, soziale Infrastruktur, sowie Freiraumplanung
- 2.11. Wohnbauförderung für gemeinschaftliche Wohnprojekte im Alter. Die Selbstorganisation von Wohnen im Alter muss gefördert werden – Rahmenbedingungen für ambulant betreute Haus- und Wohngemeinschaften werden fortgeführt. Bsp: Generationenwohnen 22., Mühlgrund.

3. Wohnungsneubau – ökologischer Wohnbau

- 3.1. Wien soll auch weiterhin ökologisch und sozial nachhaltig bauen: zurzeit entsteht Europas größte Passivhaussiedlung „Eurogate“. Geförderte Wohnbauten in verbessertem Niedrigenergiestandard, in Passivhausstandard und der Einsatz des ökologischen Baustoffs Holz und von Solarenergie sollen auch in den kommenden Jahren für einen verbesserten Klimaschutz und niedrige Heizkosten für die MieterInnen sorgen. Das neu eingeführte Prinzip der sozialen Nachhaltigkeit stellt Alltagstauglichkeit und Kostenreduktion durch Planung sicher. Weitere neue Stadtteile sind zu entwickeln, um neue Wohnungen und Arbeitsplätze zu schaffen. Neubauten auf dem Areal des ehemaligen Nordbahnhofes, das „Sonwendviertel“ beim neuen Wiener Hauptbahnhof und die „Aspanggründe – Eurogate“ und die „Seestadt Aspern“. Dabei steht im Wohnungsneubau auch die „Stadt der kurzen Wege“ im Fokus (Arbeit, Freizeit und Wohnen in einem).
- 3.2. Im geförderten Wohnbau wird durch Festlegung geeigneter Kriterien sichergestellt, dass energieeffiziente Bauweise (Niedrigenergie- und Passivhausbauweise bzw. deren Weiterentwicklung v.a. die Umweltverträglichkeit/Gesamtenergiebilanz der Bau/Dämmstoffe betreffend) klar in den Vordergrund rückt. Kosteneinsatz und Einsparungen müssen in einem für MieterInnen vertretbaren Ausmaß liegen. Verankerung dieses Prinzips in allen Ausschreibungen des Wohnfonds.
- 3.3. Innerstädtische Stadtentwicklung und Verdichtung hat den Vorteil auf die vorhandene soziale Infrastruktur zurückgreifen zu können. Hier ist auch der Dachbodenausbau bei Sanierungen ein wichtiger Bestandteil.

- 3.4. Prüfung von Konzepten einer freifinanzierten Schiene im kommunalen Wohnbau mit Zuweisungsrecht der Stadt.
- 3.5. Verstärkte Installation von Solarthermie bei der Wohnbausanierung, Festschreibung entsprechender Kriterien bei den Fördervoraussetzungen
- 3.6. Verstärkter Einsatz von Thermo-Solaranlagen bei Neubauten, Vorschreibung über die Wohnbauförderungskriterien
- 3.7. Maßnahmen zum wassersparenden Bauen (Nutzung von Brauch- und Regenwasser, Bau von Brunnen, Nutzwasserkreisläufe, Versickerungsflächen)
- 3.8. Reform Garagengesetz und Bauordnung

4. Sanierung

- 4.1. Der Weg der bewohnerInnenorientierten sanften Stadterneuerung in den gründerzeitlichen Stadtteilen soll fortgesetzt werden, damit Wien noch lebenswerter wird und auch zukünftig qualitätsvolles Wohnen sichergestellt ist.
- 4.2. Wir wollen weiterhin innovative Sanierungen fördern, die den modernen Wohnbedürfnissen und -wünschen (Barrierefreiheit, Dachterrassen, ...) Rechnung tragen. Der Weg der thermischen Sanierung soll fortgesetzt werden, um die Energiekosten zu reduzieren und einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
- 4.3. Einen Schwerpunkt wird weiterhin der Gemeindebau bilden. Geplant ist die Sanierung von Bauten mit insgesamt 8.000 Wohnungen jährlich. Die thermische Sanierung ist ebenso wichtig wie die Verbesserung des Wohnungsstandards und damit verbunden die weitere Steigerung der Wohn- und Lebensqualität.
- 4.4. Prüfung wie altersgerechter Umbau frühzeitig gefördert werden kann: Derzeit wird ein alters- oder behindertengerechter Umbau von Wohnungen nur gefördert, wenn Gesundheitsschäden und Bewegungseinschränkungen bereits vorhanden sind. Ziel muss sein, dass Menschen so lange es von ihnen gewünscht und möglich ist, selbstbestimmt in ihrer Umgebung wohnen können.
- 4.5. Einführung eines „Gebäudepickerls“, das eine regelmäßige Überprüfung der Gebäudesubstanz vorsieht und verpflichtend durch den Hauseigentümer ab einem gewissen Gebäudealter durchzuführen ist.
- 4.6. Prüfung der Abwicklung von Sanierungen zentral verwalteter Amtshäuser über Contracting-Modelle
- 4.7. Prüfung des verstärkten Einsatzes von Sonnenenergie und Wasser sparenden Maßnahmen im Zuge der Sanierung stadteigener Gebäude
- 4.8. Umsetzung des Etappenplan Barrierefreiheit
- 4.9. Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Thema Trinkwasserleitungen aus Blei in Wohngebäuden

5. Grünraumplanung

- 5.1. Schaffung des notwendigen Instrumentariums zur Verbesserung und begleitenden Qualitätssicherung der Grünraumplanung bei privaten und öffentlich-geförderten Bauprojekten gemäß Ergebnissen und Handlungsempfehlungen aktueller Studien.
- 5.2. Strategische Überlegungen in der MA 69 zur Sicherung und Schaffung neuer Grün- und Freiräume auf Basis der Erhebung des Ist-Zustandes und Bündelung und horizontale Integration der Zuständigkeiten für die Grünraumversorgung in Wien.

6. Sozialintegrative Stadtentwicklung & Gemeinwesenarbeit

- 6.1. Entwicklung eines Programms für sozialintegrative Stadtentwicklung auf kleinteiliger, sozialräumlicher Ebene.
- 6.2. Die Gemeinwesenarbeit in großen Wohnhausanlagen soll ausgebaut werden, wobei auf Mehrsprachigkeit und Interkulturalität besonderes Augenmerk zu legen ist.
- 6.3. Gemeinschaftsfördernde Maßnahmen im Neubau und Sanierung helfen die Sicherheit, die Wohnzufriedenheit und – qualität zu heben. Stärkung der Gemeinschaft im Neubau und auch bei großen Sanierungen, wo es keine angestammte Wohngemeinschaft mehr gibt.
- 6.4. Die MieterInnenmitbestimmungsrechte sind im Gemeindebau weiter entwickelt als in anderen Wohnbereichen. Wir treten für eine Förderung der MieterInnenmitbestimmung im privaten und geförderten Wohnbau ein.
- 6.5. Unterstützung der präventiven Betreuungsangebote hinsichtlich möglicher Konfliktsituationen und Nachbarschaftsprobleme im geförderten und privaten Wohnbereich analog der Wohnpartner.
- 6.6. Optimierung der Zusammenarbeit von Mieterhilfe, GB STERN, GB MOBIL, Baupolizei und des Antispekulationsfonds für ein schnelles Eingreifen bei Wohnrechtsproblemen und bei Spekulationsverdacht. Die wichtige Arbeit der GB STERN MOBIL soll erhalten bleiben. Im Zuge von Blocksanierungen soll verstärktes Augenmerk auf die Entwicklung der Erdgeschoßzonen und Nahversorgung gelegt werden. Weiters werden die bereits jetzt in den Bezirken verankerten und gut angenommen Gebietsbetreuungen STERN als neutrale, intermediäre Träger von stadtteilbezogenen Entwicklungsprozessen in den Bezirken im Rahmen einer gesamtstädtischen Strategie zur Entwicklung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf aufgewertet.

7. Wohnen und Mieten

- 7.1. Informations- und Aufklärungskampagne der Stadt Wien zu überhöhten Mieten und Betriebskosten
- 7.2. Prüfung einer Möglichkeit zur Ersichtlichmachung im Internet, ob Wohngebäude dem MRG unterliegen
- 7.3. Vermehrte Serviceangebote zur Steigerung der Wohnzufriedenheit und -qualität (z.B. Schimmelhotline, Mietenservice oder Antispekulationstelefon)
- 7.4. Es soll wieder möglich sein, neue HausbesorgerInnen anzustellen.
- 7.5. Prüfung der Schaffung eines freiwilligen Gütesiegels der Stadt Wien für Wohnungsangebote gemäß Richtwertverordnung

Für die SPÖ Wien

Für die GRÜNEN Wien

Dr. Michael Häupl

Mag.^a Maria Vassilakou

Wien, am 15. November 2010